



EUROJUST

Jahresbericht 2014



© Eurojust, 2015

Diese Publikation umfasst den Zeitraum 1. Januar - 31. Dezember 2014

Katalognummer: QP-AA-15-001-DE-N

ISBN: 978-92-9490-018-0

ISSN: 2443-6488

DOI: 10.2812/641970

Für Anfragen:

Tel.: + 31 70 412 5000

E-Mail: info@eurojust.europa.eu

Website: www.eurojust.europa.eu



Jahresbericht 2014

Der Eurojust-Jahresbericht 2014 wurde aus der englischen Originalfassung ins Deutsche übersetzt.



Das Ziel von Eurojust besteht in der Förderung und Verbesserung der Koordinierung von Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen sowie der Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden der Mitgliedsstaaten im Hinblick auf schwere grenzüberschreitende Kriminalität.

Inhalt

Vermerk zum Eurojust-Beschluss	5
Akronyme und Abkürzungen.....	5
Vorwort	7
Zusammenfassung.....	8
1. EUROJUST AUF EINEN BLICK/INSTRUMENTE VON EUROJUST	12
1.1 Eurojust auf einen Blick.....	13
1.2 Instrumente von Eurojust.....	13
1.2.1 Koordinierungstreffen	13
1.2.2 Koordinierungszentren	17
1.2.3 Informationsaustausch und das CMS (Fallbearbeitungssystem) von Eurojust.....	19
1.2.4 Eurojust und JITs (gemeinsame Ermittlungsgruppen)	21
2. EUROJUST-FALLARBEIT	26
2.1 Eurojust-Fallarbeit in vorrangigen Kriminalitätsbereichen	27
2.1.1 Betrug.....	28
2.1.2 Korruption.....	29
2.1.3 Straftaten zum Nachteil der finanziellen Interessen der EU (PIF-Straftaten).....	29
2.1.4 Mobile organisierte kriminelle Vereinigungen (MOCGs).....	30
2.1.5 Drogenhandel.....	31
2.1.6 Cyberkriminalität.....	33
2.1.7 Illegale Einwanderung.....	35
2.1.8 Terrorismus.....	35
2.1.9 Menschenhandel.....	36
2.2 Eurojust-Unterstützung in weiteren Kriminalitätsbereichen	38
2.2.1 Geldwäsche.....	38
2.2.2 Umweltkriminalität.....	38
2.2.3 Meerespiraterie	38
2.2.4 Eurojust-Kontaktstelle zum Schutz des Kindes.....	38
Operation BlackShades: Fall des Jahres	39
2.3 Die Partner von Eurojust.....	42
2.3.1 Kooperationspartner: Europol.....	42
2.3.2 Kooperationspartner: OLAF.....	42
2.3.3 Zusammenarbeit mit JI-Agenturen.....	43
2.3.4 Drittstaaten und Organisationen außerhalb der Europäischen Union	44
3. HERAUSFORDERUNGEN UND BEWÄHRTE VORGEHENSWEISEN.....	48
3.1 Einführung.....	49
3.2 Drogenhandel.....	49
3.3 Cyberkriminalität	51
4. SCHWERPUNKT DES JAHRES FÜR EUROJUST: DER EUROPÄISCHE HAFTBEFEHL.....	52
5. DIE VERWALTUNG VON EUROJUST.....	58

6. EUROJUST UND PRAKTIKER-NETZWERKE	62
6.1 Europäisches Justizielles Netz	63
6.2 JIT-Netzwerk.....	63
6.3 Genozid-Netz	64
6.4 Beratendes Forum	64
BEWERTUNG UND PERSPEKTIVEN FÜR DIE ZUKUNFTS	66
WEITERE VORGEHENSWEISE NACH DEN SCHLUSSFOLGERUNGEN DES RATES	69
ZUGANG DER ÖFFENTLICHKEIT ZU DOKUMENTEN.....	70
TABELLEN UND STATISTIKEN	
<i>Fallarbeit 2002 - 2014.....</i>	<i>9</i>
<i>Bilaterale/multilaterale Fälle 2010 - 2014.....</i>	<i>9</i>
<i>Bilaterale/multilaterale Fälle pro Mitgliedsstaat.....</i>	<i>10</i>
<i>Ersuchende/ersuchte Mitgliedsstaaten</i>	<i>10</i>
<i>Koordinierungstreffen</i>	<i>16</i>
<i>Drittstaaten, Kooperationspartner und internationale Organisationen, die an Koordinierungstreffen beteiligt waren.....</i>	<i>16</i>
<i>Koordinierungszentren</i>	<i>18</i>
<i>Anzahl der Fälle gemäß Artikel 13</i>	<i>20</i>
<i>JITs</i>	<i>21</i>
<i>JIT-Finanzierung durch Eurojust (2009/12 - 2014/8).....</i>	<i>23</i>
<i>Eurojust-Fallarbeit in vorrangigen Kriminalitätsbereichen.....</i>	<i>27</i>
<i>International cooperation in the BlackShades case</i>	<i>39</i>
<i>Haupt-Kriminalitätsbereiche mit Beteiligung von Drittstaaten.....</i>	<i>44</i>
<i>Die zehn wichtigsten Drittstaaten in der Eurojust-Fallarbeit.....</i>	<i>45</i>
<i>Cases by Liaison Prosecutors 2010 to 2014.....</i>	<i>45</i>
<i>Eurojust contact points</i>	<i>46</i>
<i>Medienberichterstattung weltweit.....</i>	<i>61</i>
<i>Website-Besuche.....</i>	<i>61</i>

Vermerk zum Eurojust-Beschluss

Der Eurojust-Beschluss, d. h. der Beschluss des Rates vom 28. Februar 2002 über die Errichtung von Eurojust, zur Verstärkung der Bekämpfung der schweren Kriminalität, der durch den Beschluss 2009/426/JHA vom 16. Dezember 2008 zur Stärkung von Eurojust

ersetzt wurde, wird in diesem Bericht als „Eurojust-Beschluss“ bezeichnet. [Eine konsolidierte Fassung des Eurojust-Beschlusses](#) wurde vom Generalsekretariat ausschließlich zu Informationszwecken erstellt und ist auf unserer Website abrufbar.

Akronyme und Abkürzungen

CEPOL	Europäische Polizeiakademie
CMS	Case Management System (Fallbearbeitungssystem)
COSI	Council Standing Committee on Internal Security (Ständiger Ausschuss für die operative Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit)
EBBD	Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht
EC3	Europäisches Zentrum für Cyberkriminalität
EuHB	Europäischer Haftbefehl
EJN	Europäisches Justizielles Netz
EJTN	European Judicial Training Network (Europäisches Netz für die Aus- und Fortbildung von Richtern und Staatsanwälten)
ENCS	Eurojust National Coordination System (Nationales Eurojust-Koordinierungssystem)
EMPACT	European Multidisciplinary Platform against Criminal Threats (Europäische multidisziplinäre Plattform zur Bekämpfung krimineller Bedrohungen)
EPPO	European Public Prosecutor's Office (Europäische Staatsanwaltschaft)
FRA	Fundamental Rights Agency (Agentur der Europäischen Union für Grundrechte)
JI	Justiz und Inneres
JIT / GEG	Joint investigation team (Gemeinsame Ermittlungsgruppe)
GKI	Gemeinsame Kontrollinstanz von Eurojust
MASP	Multi-Annual Strategic Plan (mehrjähriger strategischer Aktionsplan)
MLA	Mutual legal assistance (Rechtshilfe)
MOCG	(Mobile) organisierte kriminelle Vereinigungen
MPJM	Maritime Piracy Judicial Monitor
MTIC	Missing Trader Intra-Community (Karussellbetrug)
OAP	Operativer Aktionsplan
OCC / KoDD	On-Call Coordination (Koordinierungsdauerdienst)
OCG	Organised crime group (organisierte kriminelle Vereinigung)
OLAF	Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung
PIF	Protection of the financial interests of the European Union (Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union)
SOCTA	Serious Organised Crime Threat Assessment (Bewertung der Bedrohungslage im Bereich der schweren und organisierten Kriminalität)
TCM	Terrorism Convictions Monitor
TE-SAT	Terrorism Situation and Trend Report (Bericht zu Lage und Entwicklungen des Terrorismus)
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
THB	Trafficking in human beings (Menschenhandel)



Eurojust hat sich als EU-Akteur dazu verpflichtet, seine Rolle als Zentrum für Fachwissen in den Bereichen des Rechts und der Justiz wahrzunehmen und eng mit allen beteiligten Partnern zusammenzuarbeiten.

Vorwort

Ich freue mich, Ihnen den 13. Eurojust-Jahresbericht vorstellen zu können. Der Bericht bietet einen Überblick über die Entwicklungen und wichtigsten Aktivitäten von Eurojust sowie seine Beiträge zur Unterstützung und Verbesserung der justiziellen Zusammenarbeit unter den Mitgliedsstaaten im Jahre 2014. Die Fallarbeit von Eurojust wächst jedes Jahr, und dieses Jahr war keine Ausnahme.

Die Anzahl der Fälle, bei denen Mitgliedsstaaten um die Unterstützung von Eurojust ersucht haben, ist um 14,5 Prozent auf 1 804 Fälle gestiegen. Das einzigartige Werkzeug von Eurojust, seine Koordinierungstreffen, brachte 1 882 externe Praktiker zu Eurojust - darunter Staatsanwälte, Richter und Polizisten - um Operationen zu optimieren, die Koordinierung und Kooperation im Hinblick auf strategische und operative Handlungen zu erleichtern und rechtliche und praktische Schwierigkeiten zu lösen, die auf die Unterschiede zwischen den 30 Rechtssystemen der Europäischen Union zurückgehen. Zusätzlich dazu boten Koordinierungszentren effektive Echtzeitunterstützung.

Gemeinsame Ermittlungsgruppen (JITs) unterstützen im Verbund mit Koordinierungstreffen und Koordinierungszentren die Mitgliedsstaaten bei der Aufnahme und Verarbeitung wichtiger fallbezogener Informationen. Diese Werkzeuge sorgen für schnelle, ergebnisorientierte Zusammenarbeit.

Eurojust unterstützt weiterhin die Einrichtung und Tätigkeit von JITs, was zu einem Anstieg der von Eurojust unterstützten JITs um 20 Prozent geführt hat. Die Anzahl der von Eurojust finanzierten JITs ist ebenfalls beträchtlich gestiegen, was ein deutlicher Indikator dafür ist, dass dieses Werkzeug in zunehmendem Maße von den Mitgliedsstaaten genutzt wird.

Der Schwerpunkt im vorliegenden Jahresbericht liegt auf dem EuHB sowie auf den Herausforderungen und bewährten Vorgehensweisen im Zusammenhang mit Drogenhandels- und Cyberkriminalitätsfällen. Eurojust hat drei Seminare über Drogenhandel, Cyberkriminalität und den EuHB gehalten. Das Seminar über Drogenhandel war kontrollierten Lieferungen, neuen psychoaktiven Substanzen und

Drogenausgangsstoffen gewidmet. Im Seminar über Cyberkriminalität ging es um die Zulässigkeit von Beweismitteln, und das Seminar über den EuHB hatte Probleme und bewährte Vorgehensweisen im Bereich des EuHB zum Inhalt. Diese Bereiche bergen beachtliche Herausforderungen und Schwierigkeiten für die Praktiker, weshalb wir eng zusammenarbeiten müssen, um effektive Lösungen zu finden.

Es kommt auch ein Fall aus dem Bereich der Cyberkriminalität zur Sprache, *BlackShades*, eine von mehreren Erfolgsgeschichten des Jahres 2014. Diese Erfolge sind das Ergebnis der spürbar gestiegenen Anerkennung und Nutzung von Eurojust, die sich in der Zunahme der Fallbearbeitungen widerspiegelt.

Kontinuierlicher Fortschritt wird erzielt bei der Unterstützung und Stärkung der Koordinierung und Kooperation zwischen nationalen Ermittlungsbehörden und Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedsstaaten bei der Bekämpfung schwerer grenzüberschreitender Kriminalität, was auch auf eine verbesserte Kooperation mit Drittstaaten zutrifft. 2014 unterzeichnete Eurojust ein Kooperationsabkommen mit Moldawien, stärkte seine Beziehung mit den JI-Agenturen und unterzeichnete zwei Vereinbarungen mit FRA und EBDD.

Die sechste Runde der gegenseitigen Bewertungen wurde abgeschlossen, und ein Aktionsplan zur Umsetzung der Empfehlungen von Eurojust verabschiedet. 2014 begann auch die Arbeit an der externen Bewertung. Diese Bewertungen werden zum effektiven und wirksamen Funktionieren von Eurojust beitragen.

Eurojust hat sechs neue nationale Mitglieder willkommen geheißen und freut sich auf die Ankunft des neuen Verbindungsstaatsanwalts aus der Schweiz im Jahr 2015.

Zur effektiven Verhütung und Bekämpfung von schwerer grenzüberschreitender Kriminalität und Terrorismus ist ein multidisziplinärer Ansatz unverzichtbar, der auf einem verbesserten Informationsaustausch zwischen den verschiedenen Akteuren und auf einer intensiveren Nutzung vorhandener Werkzeuge basiert. Als EU-Akteur hat sich Eurojust dazu verpflichtet, seine Rolle als Zentrum für rechtliches und justizielles Fachwissen wahrzunehmen und eng mit allen beteiligten Partnern zusammenzuarbeiten.

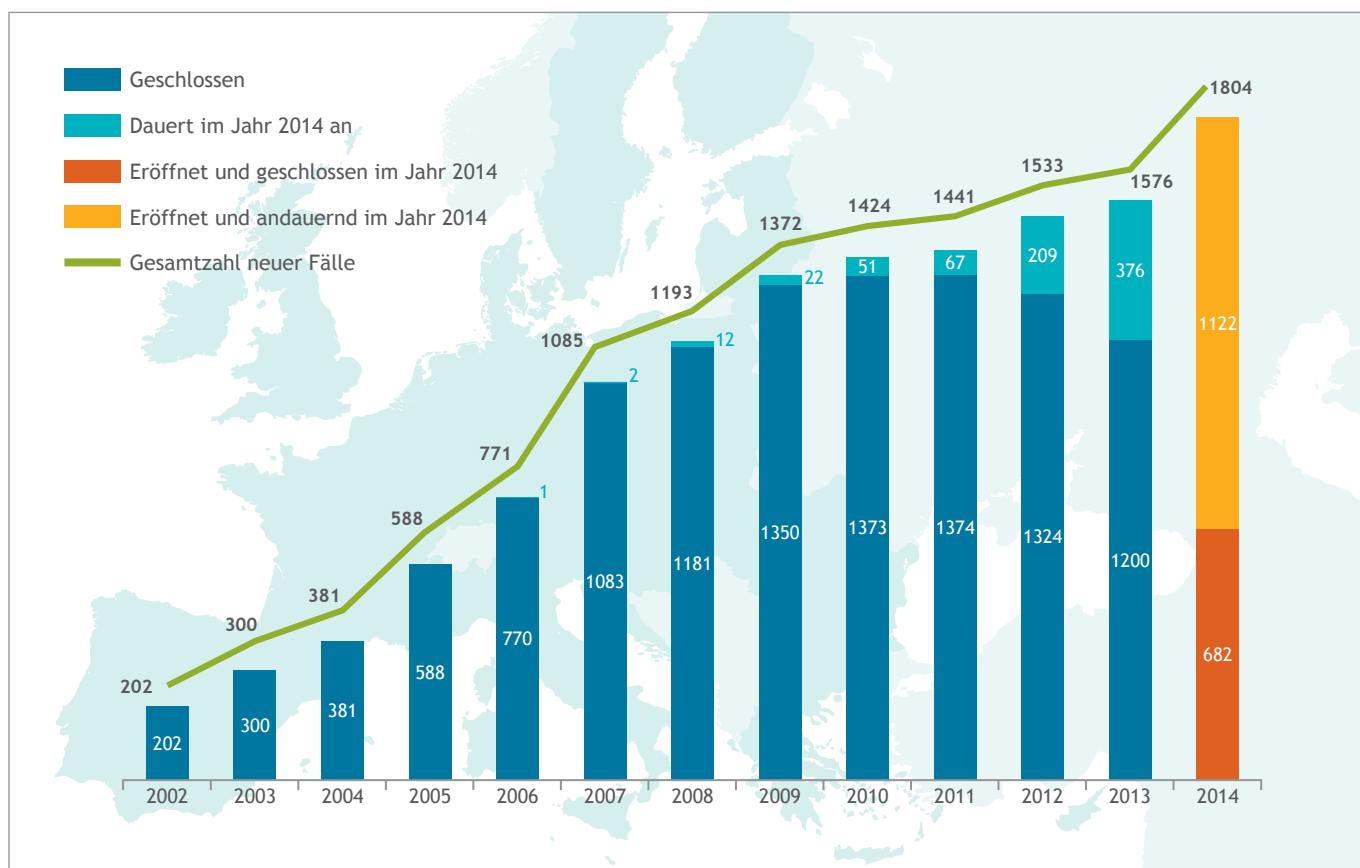
Ich hoffe, dass Ihnen die Lektüre dieses Berichtes Freude bereiten wird.



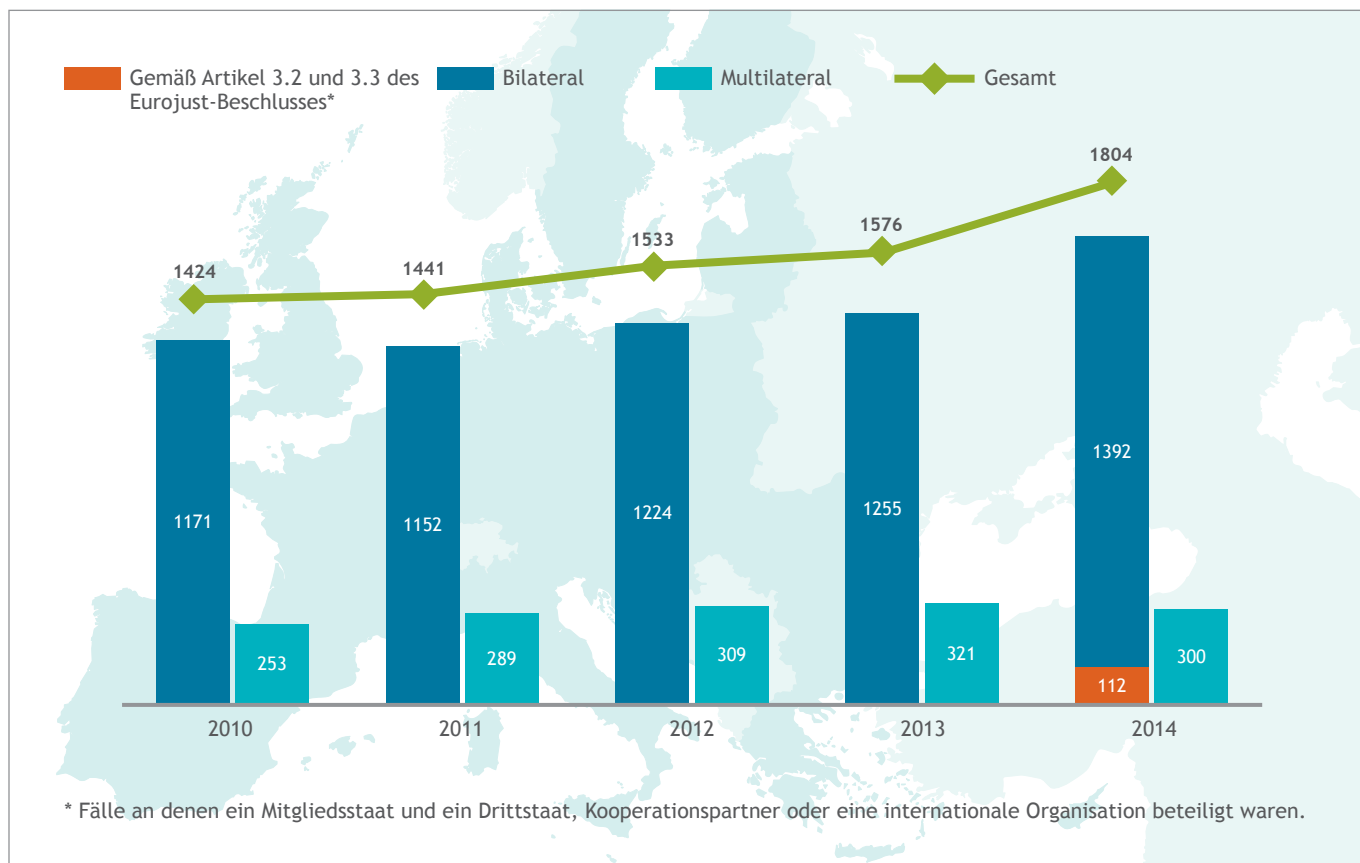
Michèle CONINSX
Präsidentin von Eurojust

Zusammenfassung

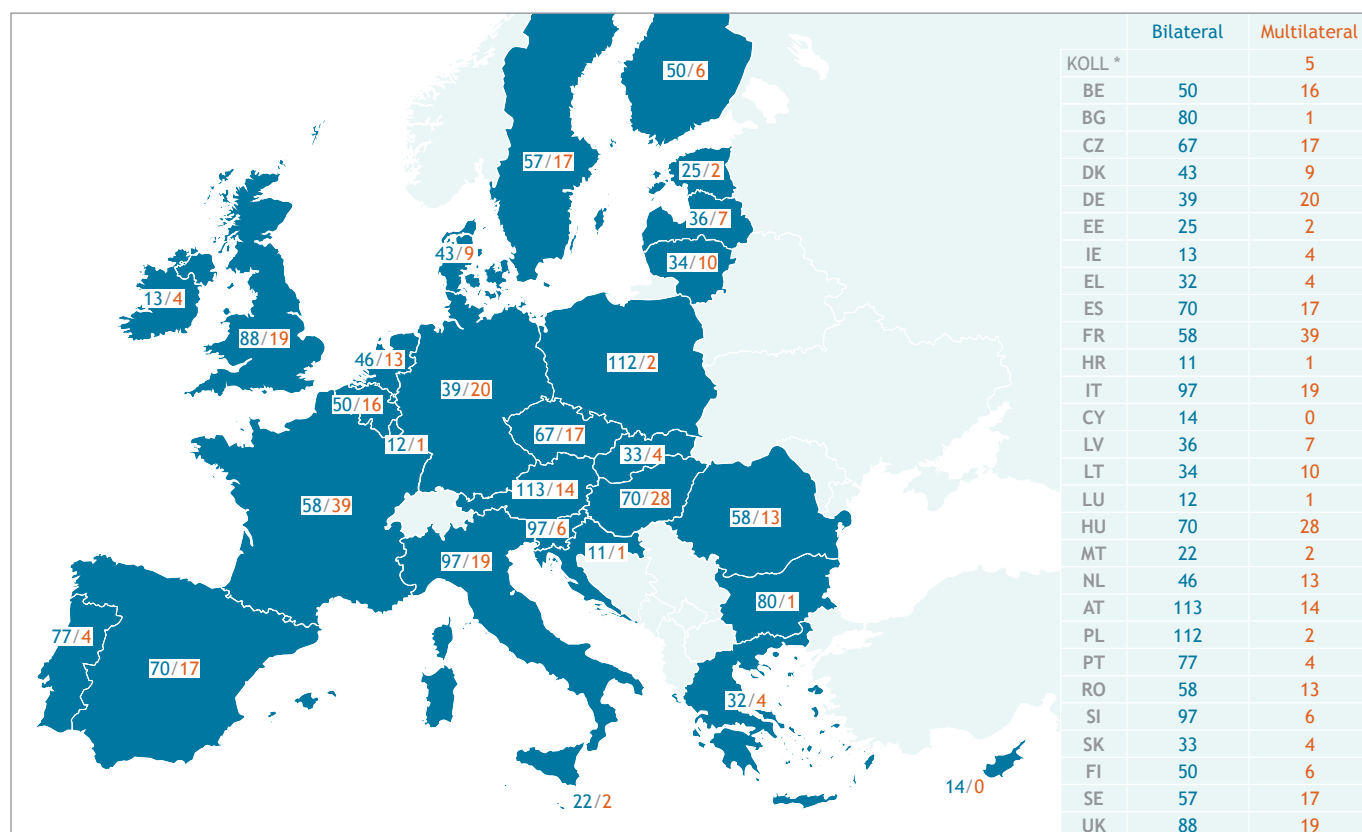
- ▶ Die **Anzahl der Fälle**, bei denen Mitgliedsstaaten um die Unterstützung von Eurojust bei der Bekämpfung schwerer grenzüberschreitender Kriminalität ersucht haben, ist um 14,5 Prozent gestiegen, von 1 576 Fällen im Jahr 2013 auf 1 804 im Jahr 2014.
- ▶ Zur Unterstützung der Koordinierung und Zusammenarbeit zwischen nationalen Behörden wurden **Koordinierungstreffen** (197), **Koordinierungszentren** (10) und **Gemeinsame Ermittlungsgruppen** eingesetzt, und die Mitarbeit von Europol (98) und OLAF (3) an den Koordinierungstreffen intensiviert. Die Anzahl der von Europol unterstützten JITs betrug 122, wovon 45 im Jahr 2014 neu eingerichtet worden sind. Eurojust hat darüber hinaus 67 JITs finanziell unterstützt.
- ▶ Eine Zunahme der **Fallarbeit** durch Eurojust konnte in folgenden Bereichen beobachtet werden: Drogenhandel, Betrug, Cyberkriminalität, PIF-Straftaten, illegale Einwanderung, Korruption und Geldwäsche.
- ▶ In 266 Fällen wurde um die Hilfe von Eurojust bei der Vollstreckung von **Europäischen Haftbefehlen** ersucht. Auch konzentrierte Eurojust seine Aktivitäten auf den EuHB, berichtete über seine Fallarbeit und Erfahrungen und organisierte ein strategisches Seminar zu diesem Thema.
- ▶ Mit sechs Mitgliedsstaaten wurden **sichere Netzwerkverbindungen** eingerichtet - wodurch die Gesamtanzahl auf 11 Verbindungen anwuchs - um den sicheren Austausch von Informationen zu erleichtern.
- ▶ Eurojust nahm 2014 an der Entwicklung des Politikzyklus 2014-2017 sowie der **Operativen Aktionspläne für 2015** teil. Eurojust hat im Juli auch ein Kollegiumsmitglied an das EC3 abgeordnet.
- ▶ Eurojust organisierte zwei **strategische Seminare** in Verbindung mit den Sitzungen des **beratenden Forums** unter der griechischen und italienischen Präsidentschaft:
 - *The European Arrest Warrant: which way forward? (Der europäische Haftbefehl: wie geht es weiter?) und die 7. Sitzung des beratenden Forums am 10. und 11. Juni.*
 - *Towards Greater Cooperation in Freezing and Confiscation of the Proceeds of Crime: a Practitioners' Approach (Wege zur intensiveren Zusammenarbeit bei der Sicherstellung und Einziehung von Erträgen aus Straftaten: ein Ansatz aus der Praxis) und die 8. Sitzung des beratenden Forums am 11. und 12. Dezember.*
- ▶ Eurojust organisierte darüber hinaus drei **strategische Sitzungen** und eine **taktische Sitzung**:
 - *Die jährliche strategische Sitzung zum Thema Terrorismus am 4. Juni und die taktische Sitzung zum Thema Terrorismus am 5. Juni.*
 - *Die strategische Sitzung zum Thema Drogenhandel am 29.-30. September.*
 - *Die strategische Sitzung „Cybercrime – rising to the challenges of the 21st century“ (Cyberkriminalität - den Herausforderungen des 21sten Jahrhunderts begegnen), am 19. und 20. November.*
- ▶ Eurojust richtete eine Sitzung der Eurojust-Kontaktstellen und Verbindungsstaatsanwälte am 16. und 17. Oktober sowie die 2. Sitzung der nationalen Anlaufstellen für Eurojust am 27. November aus.
- ▶ Eurojust veröffentlichte, unter anderen, das CBRN-E Handbuch, den TCM sowie den Bericht über das strategische Projekt zur Umweltkriminalität. Eurojust befasst sich in diesem Jahresbericht auch mit den Herausforderungen und bewährten Vorgehensweisen im Zusammenhang mit kontrollierten Lieferungen, neuen psychoaktiven Substanzen und Drogenausgangsstoffen, sowie mit der Aufnahme und Zulässigkeit von Beweismitteln in Fällen von Cyberkriminalität.
- ▶ Eurojust unterzeichnete am 10. Juli ein **Kooperationsabkommen** mit Moldawien, sowie **Vereinbarungen** mit EBDD am 15. Juli und FRA am 3. November.
- ▶ **Der Haushalt** von Eurojust für 2014 belief sich auf 33,6 Millionen Euro. Der Haushaltsvollzug lag bei 99,8 Prozent.
- ▶ Die sechste Runde der gegenseitigen Bewertungen wurde abgeschlossen, und der Abschlussbericht wurde vom Rat im Dezember angenommen. Das externe Bewertungsprojekt wurde gemäß Artikel 41 des Eurojust-Beschlusses im Jahr 2014 auf den Weg gebracht.
- ▶ Eurojust hat seine neue **Mehrjährige Strategie 2016-2018** veröffentlicht.
- ▶ Das Kollegium hat im April einen schriftlichen Beitrag zum Entwurf der Eurojust-Verordnung geleistet. Der Rat hat im Dezember die partielle allgemeine Ausrichtung des Entwurfs akzeptiert.



Bilaterale/multilaterale Fälle 2010 - 2014

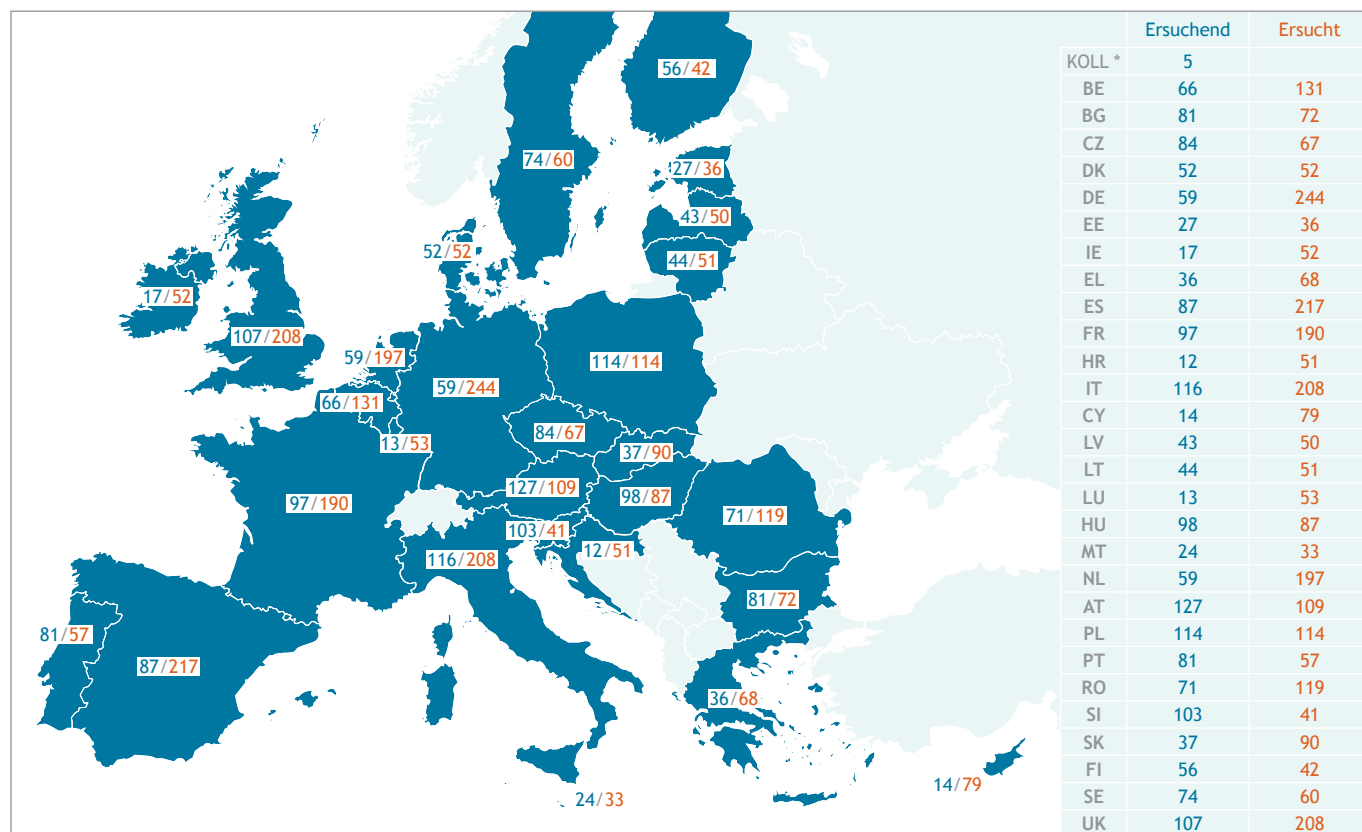


Bilaterale/multilaterale Fälle pro Mitgliedsstaat



* Die vom Kollegium registrierten Fälle sind nicht in der Karte enthalten, sondern nur in der Tabelle an der Seite.

Ersuchende/ersuchte Mitgliedsstaaten



* Die vom Kollegium registrierten Fälle sind nicht in der Karte enthalten, sondern nur in der Tabelle an der Seite.

Eurojust College of National Members 2014



Michèle Coninsx, Belgium



Kamen Mihov, Bulgaria



Lukáš Starý, Czech Republic



Jesper Hjortenbergh, Denmark



Klaus Meyer-Cabri, Germany



Raivo Sepp, Estonia



Frank Cassidy, Ireland



Nikolaos Ornerakis, Greece



Francisco Jiménez-Villarejo, Spain



Frédéric Baab, France



Josip Čule, Croatia



Francesco Lo Voi, Italy



Katerina Loizou, Cyprus



Gunārs Bundzis, Latvia



Laima Čekelienė, Lithuania



Olivier Lenert, Luxembourg



László Venczl, Hungary



Donatella Frendo Dimech, Malta



Han Moraal, Netherlands



Ingrid Maschl-Clausen, Austria



Mariusz Skowroński, Poland



António Cluny, Portugal



Daniela Buruiană, Romania



Malči Gabrijelčič, Slovenia



Ladislav Hamran, Slovak Republic



Harri Tiesmaa, Finland



Leif Görts, Sweden



Frances Kennah, UK



Eurojust auf einen Blick/ Instrumente von Eurojust

1.1 Eurojust auf einen Blick

Was? Eurojust ist die Einrichtung der Europäischen Union zur justiziellen Zusammenarbeit. Als eine 2002 gegründete Einrichtung der Europäischen Union hat Eurojust das Ziel, die Koordinierung von Ermittlungen und Strafverfolgung sowie die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden in den Mitgliedsstaaten im Hinblick auf schwere grenzüberschreitende Kriminalität, insbesondere wenn diese organisiert ist, zu stimulieren und zu verbessern. Auf Ersuchen eines Mitgliedsstaates kann Eurojust auch bei Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen im Hinblick auf einen bestimmten Mitgliedsstaat und einen Drittstaat unterstützend tätig werden, wenn ein Kooperationsabkommen zwischen Eurojust und dem Nicht-Mitgliedsstaat getroffen wurde, oder wenn ein essentielles Interesse an der Bereitstellung solcher Unterstützung besteht. Auf Ersuchen eines Mitgliedsstaates oder der Kommission kann Eurojust auch bei Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen im Hinblick auf den Mitgliedsstaat und die Gemeinschaft allein unterstützend tätig werden.

Wer? Das Eurojust-Kollegium (das Kollegium) besteht aus 28 nationalen Mitgliedern, die Staatsanwälte, Richter oder Polizeibeamte mit äquivalenten Kompetenzen sind und die jeweils von ihren Mitgliedsstaaten entsandt wurden. Die nationalen Mitglieder haben ihre Basis bei Eurojust in Den Haag.

Die meisten der nationalen Mitglieder werden von einem Stellvertreter und/oder einem Assistenten unterstützt. Eurojust wird von einer Verwaltung unterstützt und beherbergt außerdem die Sekretariate des Europäischen Justiziellen Netzes (des EJN), das Expertennetzwerk der gemeinsamen Ermittlungsgruppen (JIT-Netzwerk) und das europäische Netzwerk von Kontaktstellen betreffend Personen, die für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen verantwortlich sind (das Genozid-Netzwerk). Außerdem sind derzeit Verbindungsstaatsanwälte aus Norwegen und den USA bei Eurojust stationiert. Die Gesamtzahl der bei Eurojust beschäftigten Personen, einschließlich des Kollegiums, beträgt ca. 350 Mitarbeiter.

Wie? Zu den wichtigsten Rollen und Vollmachten von Eurojust gehört das Beantworten von Ersuchen um Unterstützung seitens der zuständigen nationalen Behörden von Mitgliedsstaaten. Im Gegenzug kann Eurojust Mitgliedsstaaten um Ermittlungen oder Strafverfolgung in Bezug auf bestimmte Aktivitäten ersuchen. Die nationalen Mitglieder führen das Mandat von Eurojust aus, indem sie die Arbeit der nationalen Behörden auf jeder Ebene der Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen koordinieren.

Koordinierungstreffen Koordinierungstreffen sind ein einzigartiges und effektives Werkzeug der justiziellen Zusammenarbeit. Dabei werden Justiz- und Strafverfolgungsbehörden aus Mitgliedsstaaten und Drittstaaten zusammengebracht und fundierte und zielgerichtete Operationen bei grenzüberschreitenden Kriminalfällen ermöglicht. Im Verlauf von Koordinierungstreffen können rechtliche und praktische Probleme, die durch die Unterschiede in den 30 existierenden Rechtssystemen bedingt sind, gelöst werden.

Koordinierungszentren Koordinierungszentren spielen bei Operationen eine äußerst wichtige Rolle, indem sie Echtzeitunterstützung an Einsatztage bieten, sowie die Koordinierung und sofortige Nachbereitung von Beschlagnahmen, Verhaftungen, Haus-/Firmendurchsuchungen, Sicherstellungsentscheidungen und Zeugenvernehmungen ermöglichen.

Gemeinsame Ermittlungsgruppen Eurojust bietet finanzielle und fachliche Unterstützung bei der Einrichtung und operativen Tätigkeit von JITs. Ein JIT ist ein Team, das aus Staatsanwälten, Richtern und Beamten von Strafverfolgungsbehörden besteht. JITs werden mittels einer schriftlichen Vereinbarung zwischen den beteiligten Mitgliedsstaaten für einen festgelegten Zeitraum und einen spezifischen Zweck eingerichtet, und sie gestatten eine wesentlich effektivere Durchführung von Ermittlungsverfahren in einem oder mehreren der beteiligten Mitgliedsstaaten.

Externe Beziehungen Die Arbeit von Eurojust basiert auf stabilen Beziehungen mit einer Anzahl von Partnerorganisationen. Auf der Basis von Abkommen existiert eine besonders enge Zusammenarbeit mit nationalen Behörden, sowie Institutionen und Partnern der EU: der Europäischen Kommission; dem Europäischen Justiziellen Netz (EJN); Europol; dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF); der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (Frontex); der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EBDD); der Europäischen Polizeiakademie (CEPOL); dem Europäischen Netz für die Aus- und Fortbildung von Richtern und Staatsanwälten (EJTN); der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) und internationalen Einrichtungen: INTERPOL, Ibero-Amerikanisches Netz für internationale justizielle Zusammenarbeit (IberRed) und dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechenbekämpfung (UNODC). Ferner hat Eurojust Kooperationsabkommen mit Liechtenstein, der Schweiz, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, den USA, Norwegen, Island und Moldawien unterzeichnet.

1.2 Instrumente von Eurojust

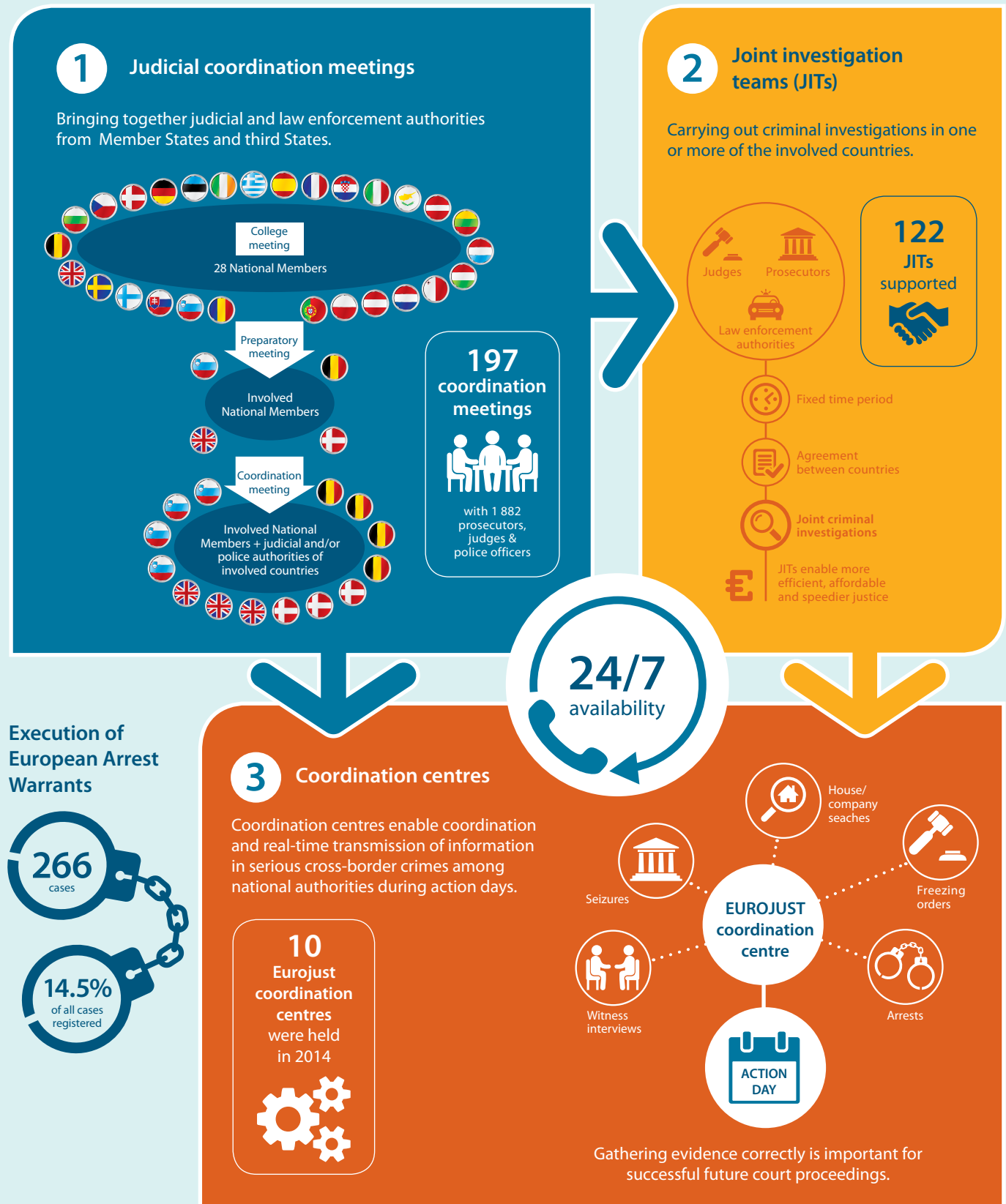
1.2.1 Koordinierungstreffen

Die Koordinierungstreffen von Eurojust sind ein einzigartiges Werkzeug auf dem Gebiet internationaler Zusammenarbeit zur Verbrechenbekämpfung. Durch die Bereitstellung

rechtlicher und praktischer Fachkenntnisse sowie materieller Unterstützung (z.B. Konferenzräume, qualitativ hochwertige Dolmetscherdienste, Reisekostenerstattung für bis zu zwei Teilnehmer pro Land, Unterkunft) bringt Eurojust Mitglieder von Justiz- und Strafverfolgungsbehörden aus Mitglieds-

Eurojust at work

Eurojust's core business is to assist the competent authorities of EU Member States when they deal with serious cross-border organised crime.



staaten sowie Drittstaaten zusammen, und geht damit einen Schritt über das einst revolutionäre Prinzip der direkten Kommunikation zwischen Justizbehörden hinaus, wobei die Entstehung gegenseitigen Vertrauens gefördert wird.

In einer informellen und dennoch professionellen Umgebung können Ermittler, Staatsanwälte und Richter auf direktem Wege Informationen über miteinander verbundene

Fallbeispiel

Eine organisierte kriminelle Vereinigung wurde verdächtigt, an Ausspähungsaktivitäten beteiligt zu sein (Diebstahl von Kartendaten an Kassen und Bankautomaten in verschiedenen Mitgliedsstaaten) sowie betrügerisch Geld mit Bankkarten abzuheben (die u. a. in Kambodscha, Panama, Ecuador und Kolumbien hergestellt wurden). Der rumänische Tisch organisierte ein Koordinierungstreffen, um sich zu vergewissern, dass die organisierte kriminelle Vereinigung in Frankreich, Deutschland, Schweden, Dänemark, Norwegen und Spanien aktiv war und herauszufinden, ob Ermittlungen in diesen Ländern liefen. Die Ermittlungen standen unter Zeitdruck, weil zwei rumänische Fälle damit verbunden waren; für eine erfolgreiche Strafverfolgung war eine enge Zusammenarbeit und Koordinierung der Aktivitäten mit den anderen beteiligten Staaten wichtig.

Bei dem Koordinierungstreffen wurden fallrelevante Informationen zwischen den Mitgliedsstaaten ausgetauscht und zusätzliche Schritte diskutiert, um die Durchführung der von Rumänien erbetenen Rechtshilfeersuchen zu ermöglichen. In Bezug auf das an das Vereinigte Königreich mit der Bitte, die Verdächtigen zu lokalisieren und Telefonüberwachung durchzuführen, gerichtete Rechtshilfeersuchen wurde seitens der britischen Behörden klargestellt, dass ein weiteres Rechtshilfeersuchen notwendig sei. Die deutschen Behörden erklärten, dass ein Staatsanwalt einen Fall in Deutschland eröffnen müsse, um sicherzustellen, dass die auf Strafverfolgungsebene ausgetauschten Informationen in Rumänien bei Gerichtsprozessen verwendet werden können. Diese Informationen waren für das rumänische Verfahren wertvoll.

Bei dem Koordinierungstreffen wies Eurojust auf die Bewegungen der organisierten kriminellen Vereinigung in Europa und in den erst kürzlich von der Gruppe ins Visier genommenen Ländern hin und unterstrich die Notwendigkeit weiterer Ermittlungen.

Der Fall war 2014 noch nicht abgeschlossen.

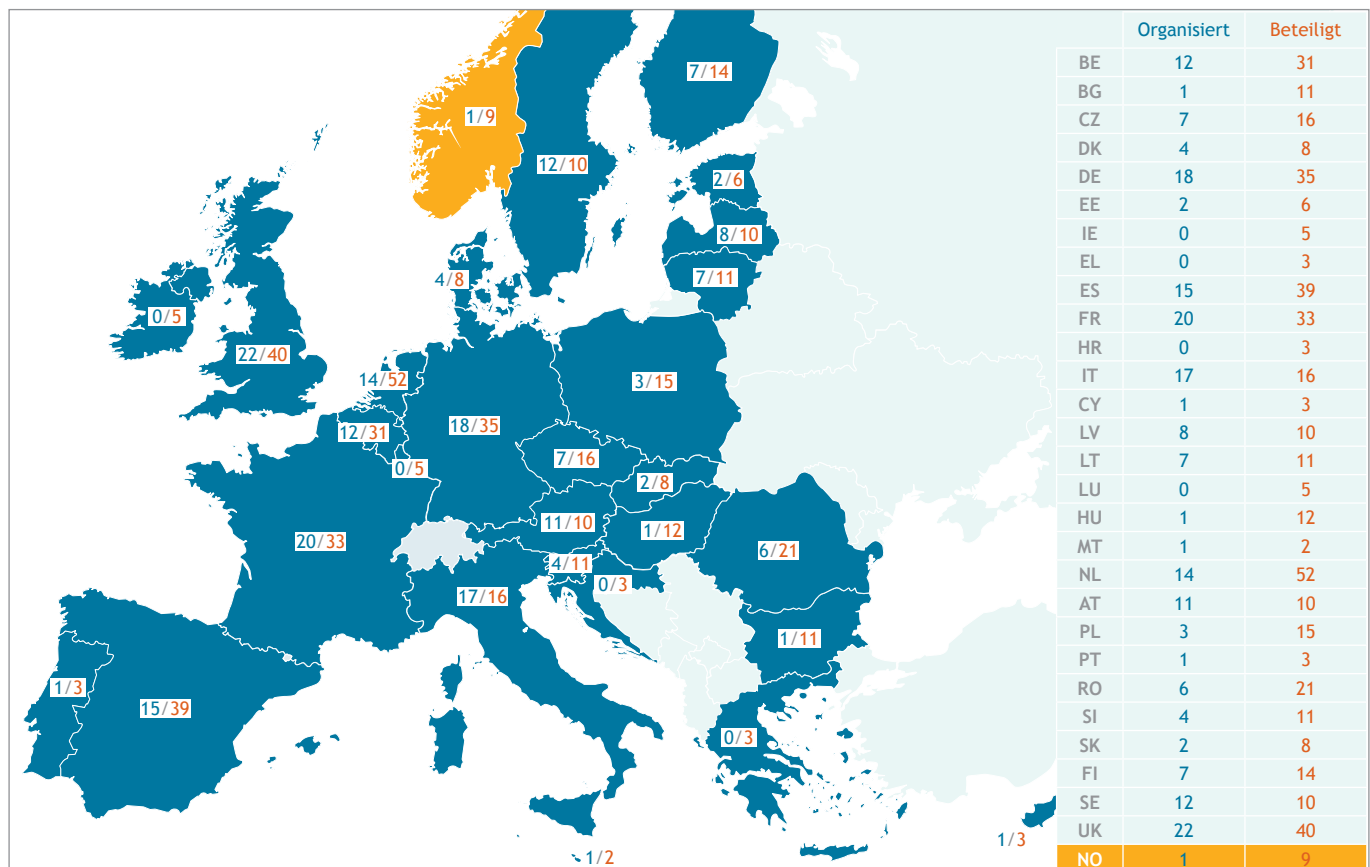
Ermittlungen austauschen und, frei von Sprachbarrieren, über Strategien zur besseren Koordinierung von Ermittlungen beraten und direkt entscheiden (z. B. indem sie einen gemeinsamen Aktionstag planen, möglicherweise durch ein Koordinierungszentrum unterstützt, indem sie ein JIT einrichten, indem sie Kompetenzkonflikte erkennen und sich auf Lösungen zur Vermeidung oder Auflösung solcher Konflikte durch eventuelle Übertragung des Verfahrens einigen, oder indem sie schlicht über die Vermeidung bzw. Lösung von Problemen bei der Durchführung von Rechtshilfeersuchen oder Instrumenten gegenseitiger Anerkennung beraten. Zusätzlich zu operativen Problemen werden auch rechtliche Herausforderungen angesprochen und effektiv behandelt (z. B. die gerichtliche Verwendung von polizeilichem Informationsaustausch, Regelungen des Bankgeheimnisses, Rechtsberatung bei Vernehmungen).

Dabei werden die nationalen Behörden von hoch qualifiziertem Personal aus der Praxis unterstützt, die meisten von ihnen selbst Staatsanwälte und Richter, die das während ihrer Arbeit bei Eurojust gesammelte Fachwissen bereitstellen und ihre nationalen Behörden mit umfassenden Analysen verschiedener Ermittlungen versorgen, wodurch ein Gesamtbild entsteht, in dem jedes Puzzleteil zusammenpasst und das eine vorher nicht vermutete oder übersehene Dimension ihrer Arbeit offenbart.

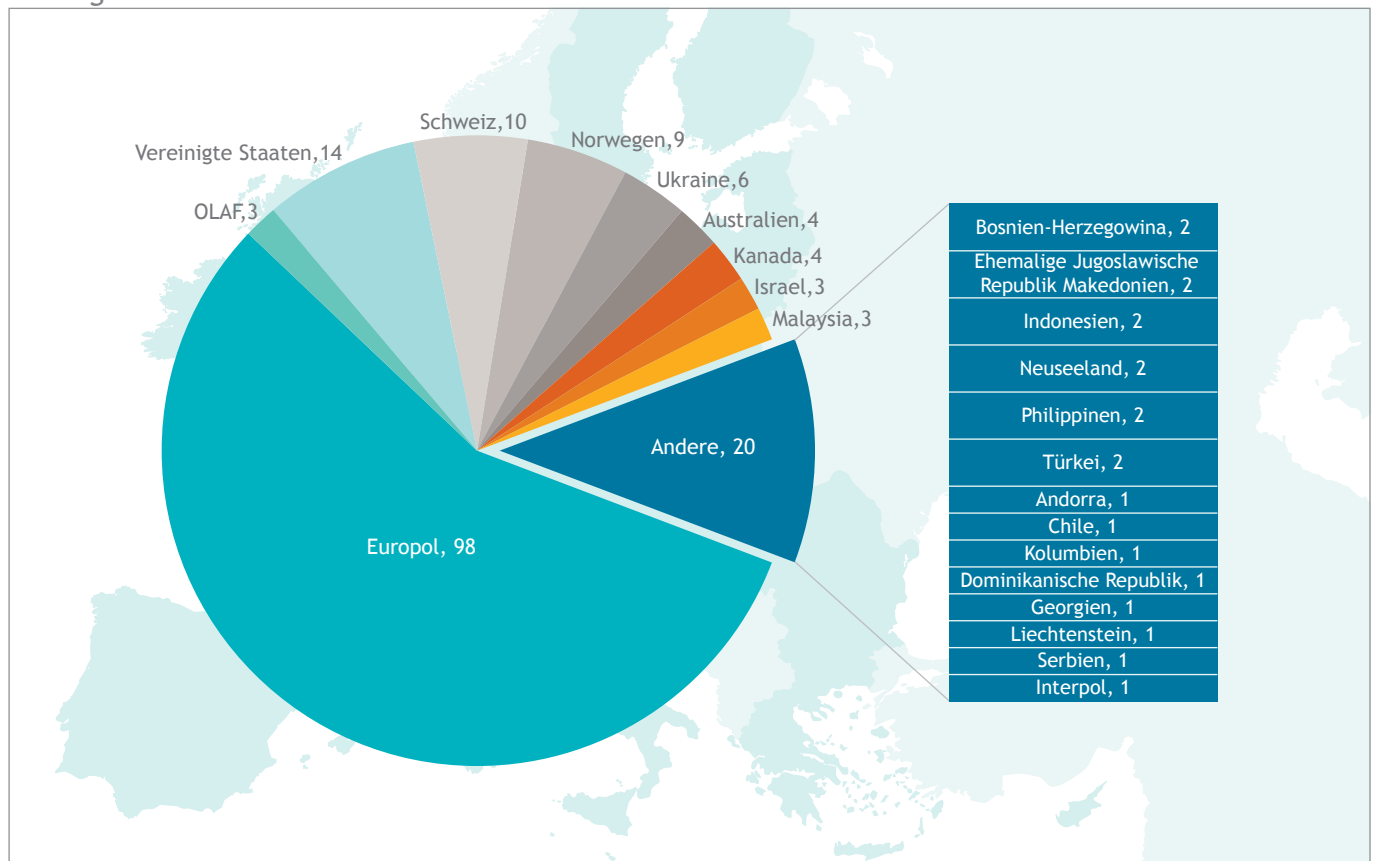
Im Bewusstsein der Einzigartigkeit und Effektivität dieses Instruments hat Eurojust kontinuierlich daran gearbeitet, es zu fördern und zu verbessern. 2014 ist die Anzahl der Koordinierungstreffen nach dem im Jahr 2011 erlebten bedeutenden Anstieg stabil geblieben. Das Vereinigte Königreich, Frankreich und Deutschland waren die Mitgliedsstaaten mit den meisten Gesuchen, während die Niederlande, das Vereinigte Königreich und Spanien zu den Ländern gehörten, die am häufigsten um Mitarbeit ersucht wurden. Von den 41 Koordinierungstreffen, bei denen Drittstaaten beteiligt waren, entfielen die meisten auf die USA, die Schweiz und Norwegen. Europol war an 98 solcher Treffen beteiligt, OLAF an drei und INTERPOL an einem.

Die Tatsache, dass eine etwas geringere Anzahl an Koordinierungstreffen stattfand, während die Anzahl an registrierten Fällen bei Eurojust gleichzeitig gestiegen ist, reflektiert das fortwährende Bemühen um Förderung und Optimierung dieses Werkzeugs durch Eurojust, indem Fälle ausgewählt werden, bei denen sich ein Koordinierungstreffen eignet. Manchmal kann die beste Entscheidung hinsichtlich der Handhabung eines Falles sein, auf ein Koordinierungstreffen zu verzichten, weil die Ziele von Eurojust durch weniger kostenintensive Maßnahmen erreicht werden können.

Zugleich werden, wenn ein Koordinierungstreffen notwendig ist, oft u. a. folgende Instrumente der Organisation und Kostenersparnis genutzt: (a) Treffen mit gemeinsamem Vorsitz, bei denen zwei nationale Tische ein gemeinsames Treffen abhalten und zwei miteinander verbundene Fälle bearbeiten; (b) Treffen, die von einem einzelnen nationalen Tisch abgehalten werden, bei denen mehrere miteinander verbundene Fälle gleichzeitig bearbeitet werden; und (c) Videokonferenzen, die im Jahr 2014 Teilnahmen an neun Koordinierungstreffen ermöglichten.



Drittstaaten, Kooperationspartner und internationale Organisationen, die an Koordinierungstreffen beteiligt waren



Fallbeispiel

Die belgischen Behörden ermittelten im Fall einer organisierten kriminellen Vereinigung, die in Belgien, Bulgarien, den Niederlanden und Rumänien operierte. Die organisierte kriminelle Vereinigung wurde des Betruges in großem Stil verdächtigt, einschließlich des Verstoßes gegen das Sozialversicherungsrecht. Seit 2007 wurden ca. 100 rumänische Arbeiter - mit Hilfe eines Karussells an beteiligten belgischen und bulgarischen Firmen - von niederländischen und rumänischen Staatsangehörigen im belgischen Bausektor illegal beschäftigt. Mehrere belgische Baufirmen wurden verdächtigt, diese rumänischen Arbeiter trotz des Verbots von zeitlich befristeten Arbeitsverhältnissen zu beschäftigen. Die rumänischen Arbeiter wurden fiktiv von niederländischen Firmen über belgische Unternehmen entsandt oder fälschlicherweise als selbständig Beschäftigte in belgischen Unternehmen registriert.

Auf Ersuchen von Belgien organisierte Eurojust zwei Koordinierungstreffen. Während des ersten Treffens im Jahr 2013 berichteten die belgischen Behörden über die laufenden belgischen Ermittlungen. Obwohl andere Länder an dem Fall beteiligt waren, wurde durch das Treffen geklärt, dass Ermittlungen nur in Belgien stattfanden und deshalb Strafverfolgungsmaßnahmen in anderen Staaten nicht zu erwarten waren. Zusätzlich mussten bei der Durchführung eines belgischen Rechtshilfeersuchens an die Niederlande einige Änderungen vorgenommen werden. Die niederländischen Behörden erklärten, welche zusätzlichen Informationen benötigt wurden. Die bulgarischen Behörden erklärten, dass ein Ersuchen zur Freigabe von Informationen über bulgarische Bankkonten wegen der geltenden Datenschutzgesetze in Bulgarien der Zustimmung des Obersten Gerichtshofs bedürfe.

Beim zweiten Treffen - im Februar 2014 - wurde eine Abschätzung der praktischen und rechtlichen Herausforderungen vorgenommen, die mit der Durchführung von gleichzeitigen Vernehmungen und Durchsuchungen an einem Tag in den Mitgliedsstaaten einhergingen. Eines der möglichen rechtlichen Hindernisse bezog sich auf ein in den Niederlanden zu führendes Verhör im Beisein eines belgischen Ermittlungsbeamten. Dieses Szenario führte zu Bedenken bezüglich der Vereinbarkeit der Maßnahme mit der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte im Fall *Salduz*, die ihren Niederschlag im belgischen *Salduz*-Gesetz gefunden hat. Nach diesem Gesetz hat der Verdächtige von Gesetzes wegen ein Recht auf einen Rechtsbeistand bei der ersten (polizeilichen) Vernehmung.

Wegen der möglichen Auswirkungen dieses Gesetzes auf die Verwendung der Aussagen als Beweismittel einigten sich die Teilnehmer darauf, dass der Ermittlungsrichter *ex officio* die Anwesenheit eines Rechtsanwalts bei den Vernehmungen verfügt. Nach Abschätzung möglicher Ergebnisse simultaner Aktionen einigten sich die Teilnehmer außerdem darauf, einen gemeinsamen Aktionstag im April 2014 zu organisieren und ein Koordinierungszentrum bei Eurojust einzurichten.

Das Ziel der gemeinschaftlichen Aktion war, geheime Absprachen und Vernichtung von Beweismitteln zu verhindern und damit weitere Verluste für die belgischen und niederländischen Behörden zu vermeiden. Im Ergebnis wurden bei diesen gemeinsamen Aktionen 19 Hausdurchsuchungen, 30 Baustellendurchsuchungen und 42 Vernehmungen von Personen durchgeführt.

Das Kollegium verabschiedete die *Guidelines on confidentiality and disclosure within the framework of Eurojust coordination meetings* (Richtlinien zur Vertraulichkeit und Offenlegung im Rahmen der Koordinierungstreffen von Eurojust), am 8. April, um Hilfestellung beim Umgang mit sensiblen rechtlichen Angelegenheiten im Verlauf von Koordinierungstreffen zu geben.

1.2.2 Koordinierungszentren

Koordinierungszentren bieten die einzigartige Möglichkeit, Informationen in Echtzeit auszutauschen sowie die gleichzeitige Durchführung von, unter anderem, Verhaftungen, Durchsuchungen und Beschlagnahmen in verschiedenen Staaten zentral zu koordinieren. Koordinie-

rungszentren beschleunigen die rechtzeitige Weitergabe zusätzlicher Informationen, die zur Durchführung solcher Maßnahmen sowie zur Beantwortung neuer Rechtshilfeersuchen dringend benötigt werden.

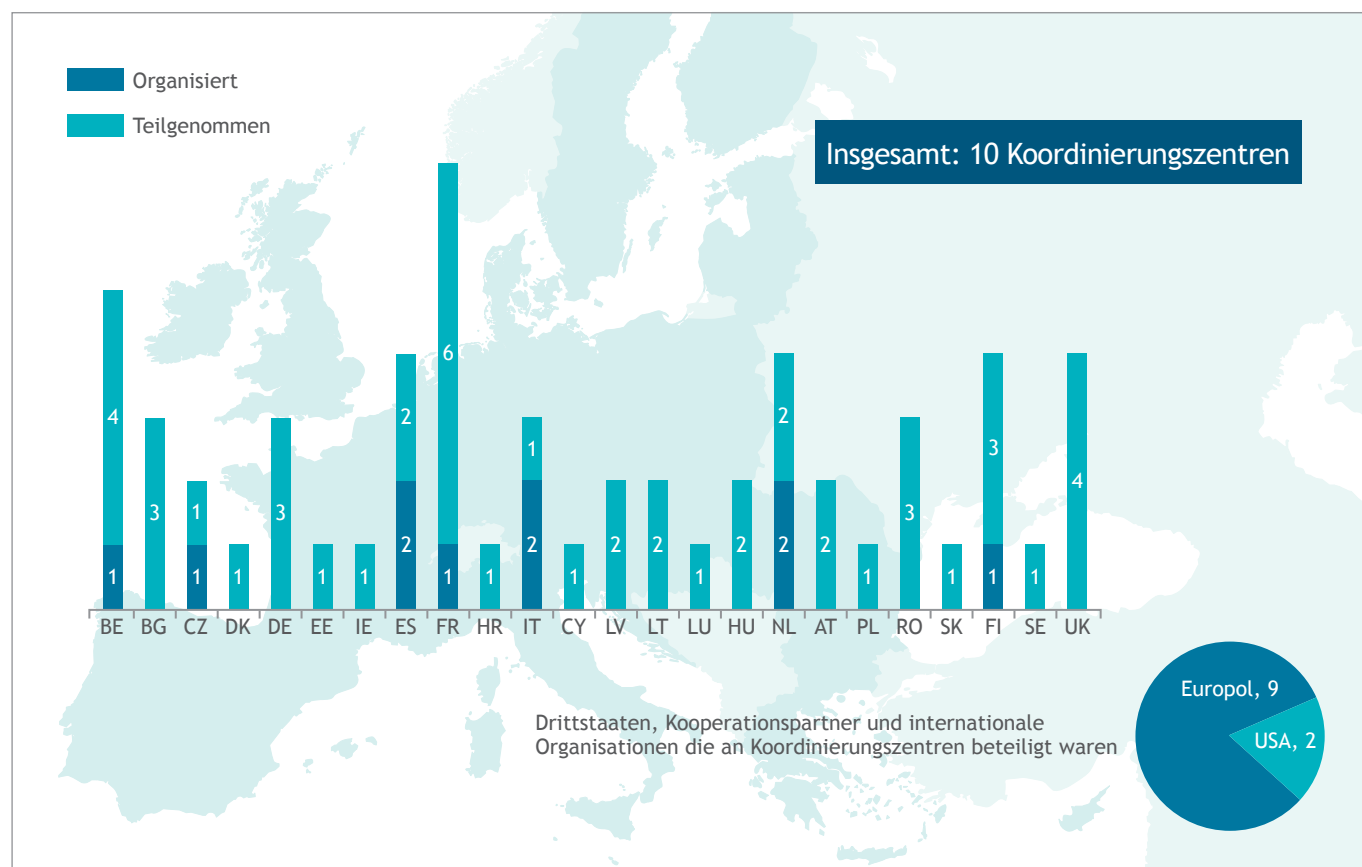
Die Koordinierungszentren wurden am Eurojust-Standort eingerichtet, um gemeinsame Aktionstage zu unterstützen. Sie wurden von Belgien (1), Frankreich (1), Finnland (1), Tschechien (1), Spanien (2), Italien (2) und den Niederlanden (2), mit der Teilnahme von anderen Mitgliedsstaaten, einschließlich Belgiens (4) und Großbritanniens (4) organisiert. Europol (9) und die USA (2) nahmen ebenso an mehreren solcher gemeinsamer Aktionstage teil. Zu den dabei anvisierten Deliktarten gehörten Betrugsdelikte, Cyberkriminalität, illegale Einwanderung und Drogenhandel.

Die 10 Koordinierungszentren im Jahr 2014 - im Vergleich zu sieben im Jahr 2013 - demonstrieren die wachsende Beliebtheit dieses operativen Instruments bei den innerstaatlichen Behörden und nationalen Tischen bei Eurojust im Kampf gegen grenzüberschreitende Kriminalität in Europa.

Diese unter Beteiligung der nationalen Strafverfolgungsbehörden durchgeführten gemeinschaftlichen Operationen bestätigen einmal mehr den Mehrwert von Eurojust.

Zusätzlich zum inhärenten operativen Mehrwert können Koordinierungszentren darüber hinaus eine wichtige Rolle bei der Entwicklung der justiziellen Dimension des Falles spielen, insbesondere durch die Erleichterung der rechtzeitigen Erkennung und Lösung komplexer rechtlicher Probleme im Vorfeld und während der gemeinsamen Aktionstage, wie z. B. solcher, die auf die verschiedenen heimischen Rechtsrahmen in Bezug auf Einziehungen und Beschlagnahmen von Vermögenswerten zurück, oder solcher, die mit auf nationaler Ebene geltenden Erfordernissen an das Verfahren bei der Vollstreckung von Europäischen Haftbefehlen zusammenhängen.

Koordinierungszentren



Fallbeispiel

Es wurde ein Netz von organisierten kriminellen Vereinigungen entdeckt, das ein ausgeklügeltes System von Karussellbetrug mit alkoholischen Getränken in verschiedenen Mitgliedsstaaten unterhielt. Alkoholische Getränke wurden in Europa mittels Spiegel- oder Scheinbewegungen hin und her gehandelt, versehen mit gefälschten elektronischen Begleitdokumenten (e-ADs), um ihr wahres endgültiges Ziel, meist das Vereinigte Königreich, zu verschleiern, wo die Getränke schließlich auf den Markt gebracht wurden. Der Betrag von dadurch hinterzogenen Verbrauchssteuern wird auf Dutzende Millionen Euro geschätzt.

Der italienische Fall (Operation Cocktail) wurde im April 2013 registriert und betraf die Länder Belgien, Frankreich, Deutschland, die Niederlande, Rumänien, Spanien und das Vereinigte Königreich.

Der Fall entwickelte sich in zwei Phasen. Im Verlauf der ersten Phase im Jahr 2013 sammelte und analysierte Eurojust operative Informationen von nationalen Behörden (z. B. Zoll- und Strafverfolgungsbehörden), um den *Modus Operandi*

und die kriminellen Muster der organisierten kriminellen Vereinigung zu erforschen und mögliche Optionen für die justizielle Antwort darauf zu präsentieren. Daneben koordinierte Eurojust die Ausstellung und Durchführung von Rechtshilfeersuchen und organisierte zwei Koordinierungstreffen.

Im Verlauf der zweiten Phase im Jahr 2014 koordinierte Eurojust die justizielle Antwort, die den organisierten kriminellen Vereinigungen auf nationaler Ebene entgegengebracht wurde, indem zwei Koordinierungszentren zur Unterstützung zweier gemeinsamer Aktionstage organisiert wurden, die mit einem Abstand von sechs Monaten hintereinander stattfanden.

Das erste Koordinierungszentrum im Mai 2014 folgte einer Reihe von Verhaftungen, Durchsuchungen und Beschlagnahmen in Frankreich und Deutschland und konzentrierte sich auf Ziele in belgischen Ermittlungen. Es hatte fünf Verhaftungen zur Folge, darunter die Verhaftung der Führungspersonen der belgischen organisierten kriminellen Vereinigung. Zu den weiteren Ergebnissen gehörten das Einfrieren von drei Bankkonten in Lettland, 23 Durchsuchungen und die Beschlagnahme von Bargeld, Computern, Laptops, Mobiltelefonen, Fahrzeugen und anderen wertvollen Gegenständen.

Das zweite Koordinierungszentrum im November 2014 konzentrierte sich auf Ziele im italienischen Strafverfahren, und führte zu 20 Verhaftungen von Mitgliedern der organisierten kriminellen Vereinigung, darunter deren Führungspersonen. Die Verhaftungen wurden auf der Basis von 14 nationalen Haftbefehlen in Italien und sechs EuHBs in Deutschland, Rumänien und dem Vereinigten Königreich durchgeführt. Darüber hinaus wurden 30 Räumlichkeiten durchsucht und diverse Finanz- und Immobilienvermögenswerte (darunter mehrere Bankkonten), Waffen, Computer, Fahrzeuge, Mobiltelefone und Dokumente beschlagnahmt.

Der Mehrwert dieses Koordinierungszentrums wird deutlich, wenn man sich die Umstände der Vollstreckung eines EuHBs ansieht, der gegen eine der Hauptzielpersonen dieses Falles ausgestellt worden war, einen italienischen Staatsbürger mit Wohnsitz im Vereinigten Königreich. Alle Vorkehrungen für seine Verhaftung auf dem Gebiet des Vereinigten Königreichs am gemeinsamen Aktionstag wurden getroffen. Als jedoch die gemeinsamen Aktionen begannen, erfuhr das Koordinierungszentrum, dass er in der vorhergehenden Nacht nach Spanien gereist war. Das Koordinierungszentrum informierte prompt den spanischen Tisch bei Eurojust, der seinerseits sofort mit den zuständigen spanischen Behörden Kontakt aufnahm und versuchte, die Zielperson zu lokalisieren. Trotz aktiver Suche der spanischen Behörden konnte jedoch die Zielperson nicht gefunden werden. In den frühen Morgenstunden des nächsten Tages erfuhren die Behörden des Vereinigten Königreichs, dass die Zielperson auf der Passagierliste eines Fluges von Spanien aufgetaucht war, der am Flughafen Gatwick landen sollte. Diese Information wurde über das Koordinierungszentrum an die spanischen und italienischen Behörden weiter gegeben. Der Kreis schloss sich und die Zielperson konnte bei seiner Ankunft aus Spanien am Flughafen von Gatwick verhaftet werden.

Die Herausforderungen in diesem Fall bestanden in der Komplexität des betrügerischen Systems der organisierten kriminellen Vereinigungen, in ihrer Fähigkeit, große Mengen alkoholischer Getränke nahezu unbemerkt von den ermittelnden Strafverfolgungsbehörden durch Mitgliedsstaaten zu bewegen und in den verschiedenen Rechtssystemen, die dabei involviert waren. Im Verlauf der Koordinierungszentren unterstützte Eurojust die pünktliche und gleichzeitige Durchführung von Aktionen wie Verhaftungen und Beschlagnahmen, wobei gleichzeitig die Zeitlinie des Verfahrens sowie die Anforderungen jedes Mitgliedsstaates respektiert wurden. Während beider Koordinierungszentren stellte Europol ein mobiles Büro für die zusätzliche Unterstützung der Operation vor Ort zur Verfügung.

1.2.3 Informationsaustausch und das CMS (Fallbearbeitungssystem) von Eurojust

Entwicklung und Verabschiedung von Richtlinien in Bezug auf das CMS

Das CMS ist eine maßgeschneiderte Datenbank zur Speicherung und Bearbeitung fallbezogener Daten. Es erleichtert die Koordinierungsarbeit von Eurojust, gestattet den Zugriff auf und den Abgleich von Daten durch die beteiligten Parteien und erleichtert die Beachtung gesetzlicher Vorschriften

bei der Verarbeitung personenbezogener Daten. 2014 wurden zwei aktualisierte Versionen des CMS entwickelt, um seine operativen Möglichkeiten und seine Verwendbarkeit zu verbessern. In der ersten Hälfte des Jahres wurde CMS 3.5 herausgebracht, um eine größere Bandbreite an Funktionen für die Dateneingabe und Datenverarbeitung zu bieten und die Compliance hinsichtlich der Datenschutzrichtlinien zu erhöhen. Während der zweiten Jahreshälfte wurde eine weitere Aktualisierung, Version 4.0, entwickelt und getestet. CMS 4.0, dessen Freigabe Anfang 2015 erwartet wird, bietet die Möglichkeit eines flexiblen Zugriffs auf das CMS für ver-

schiedene Benutzergruppen und schafft die Voraussetzungen dafür, dass auch ENCS-Benutzer auf das CMS zugreifen können. Es aktualisiert den automatischen Import des „intelligenten“ Formblatts zum Informationsaustausch gemäß Artikel 13 und verbessert die Reaktionszeit des Systems. Die nächste CMS Version, CMS 4.1, wird ebenfalls im Jahr 2015 eingeführt werden. Sie enthält ein wichtiges Update, das die Aufzeichnung von Entscheidungen auf der Basis von Artikel 19 der *Verfahrensregeln über die Verarbeitung und den Schutz personenbezogener Daten bei Eurojust* gestattet.

Neue Richtlinien in Bezug auf die Benutzung und Pflege des CMS wurden vom Kollegium im Jahr 2014 verabschiedet. Das im Juli verabschiedete ‚Konzept zur Dateneingabe‘ führte allgemeine Standards für die Dateneingabe und einheitliche Arbeitsmethoden ein, die von den nationalen Tischen angewendet werden sollen. Der im Oktober verabschiedete ‚ganzheitliche Ansatz‘ erweiterte das Konzept des CMS mit dem Ziel, die dem System im Laufe verschiedener Entwicklungsstufen hinzugefügten Komponenten einzubeziehen. Er bildet die Grundlage für die Wartung und das Veränderungsmanagement der vielfältigen Systemkomponenten in einer einheitlichen Art und Weise.

„Intelligentes“ Formblatt zum Informationsaustausch gemäß Artikel 13

Artikel 13 des Eurojust-Beschlusses sieht vor, dass die nationalen Behörden alle für die Ausübung der operativen Aufgaben von Eurojust erforderlichen Informationen zur Verfügung stellen. Das „intelligente“ Formblatt

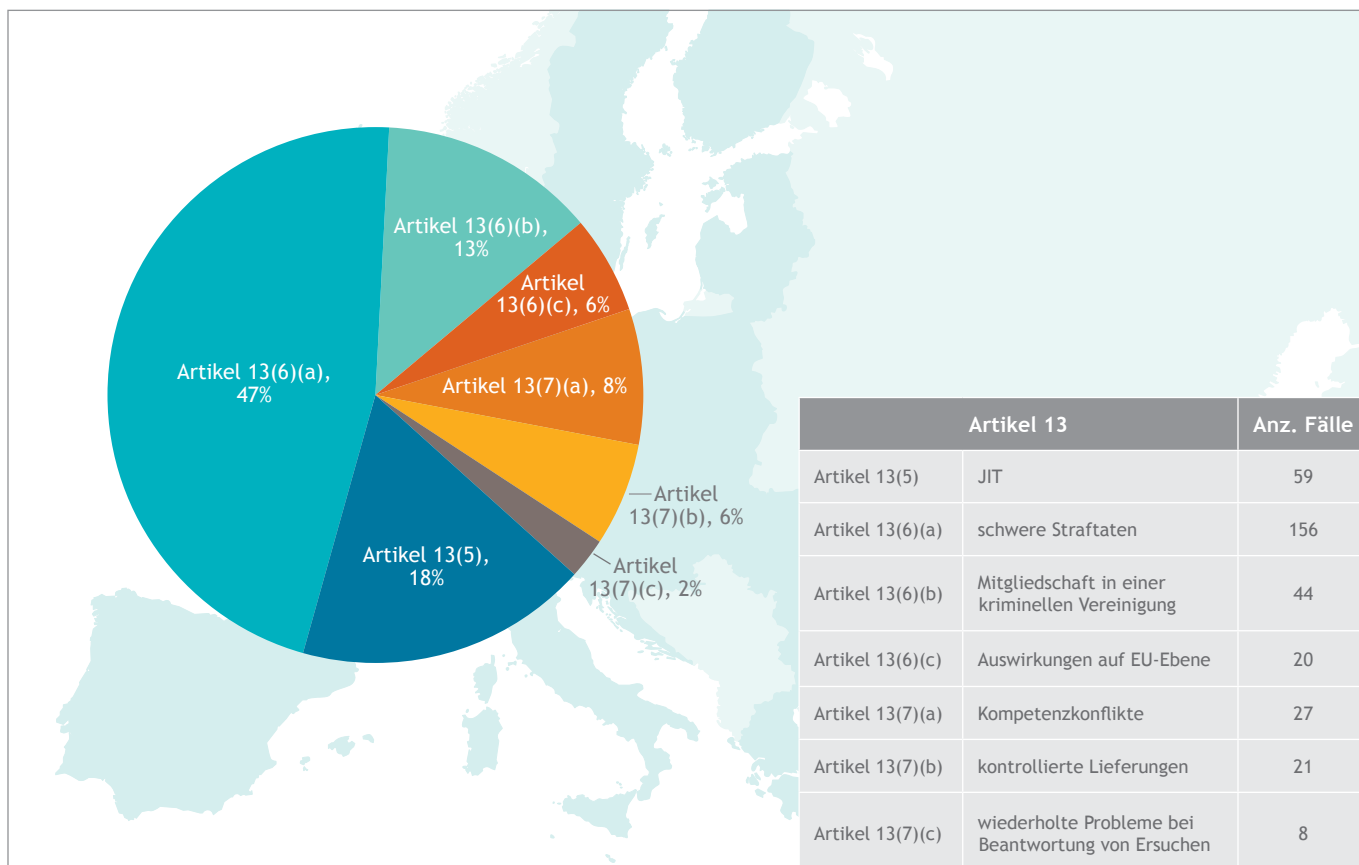
zum Informationsaustausch gemäß Artikel 13 ist ein von Eurojust entwickeltes elektronisches Formular, das die strukturierte Übermittlung solcher Informationen durch die nationalen Behörden an Eurojust ermöglicht. Im Jahr 2014 hat das Kollegium den Anwendungsprozess und die gewonnenen Erfahrungen überprüft und das weitere Vorgehen in Bezug auf die Umsetzung von Artikel 13 des Eurojust-Beschlusses durch Eurojust erörtert.

Die Notwendigkeit, das Formblatt gemäß Artikel 13 für die nationalen Behörden benutzerfreundlicher zu gestalten, wurde während der sechsten Runde der gegenseitigen Bewertungen hervorgehoben. Dies stellt eines der Ergebnisse des 2. Treffens der nationalen Kontaktstellen für Eurojust im November 2014 dar. Drei aktualisierte Fassungen des Formulars wurden 2014 herausgegeben. Die Aktualisierungen gestatteten Kroatien, das Formblatt im CMS zu initialisieren und zu importieren und führten außerdem eine Anzahl von Anpassungen im Text des Formblatts ein, die zur erhöhten Klarheit des Textes beitrugen. Am Ende des Jahres 2014 setzte Eurojust ein Verfahren zur Vereinfachung des Formblatts in Gang.

Verbindungen zwischen dem ENCS und dem CMS

Die Arbeit an der Umsetzung des Projekts zur sicheren Netzwerkverbindung wurde fortgesetzt. Dieses Projekt ist auf die Einrichtung sicherer Netzwerkverbindungen zwischen Eurojust und jedem seiner 28 Mitgliedsstaaten ausgerichtet. Die Verbindungen mit Belgien, Ungarn, Polen, Slowenien, Finnland und Schweden wurden in Betrieb genommen, womit sich die Gesamtzahl der Mitgliedssta-

Anzahl der Fälle gemäß Artikel 13



ten mit einer funktionierenden sicheren Verbindung auf 11 erhöht hat (Verbindungen mit Bulgarien, Tschechien, Lettland, den Niederlanden und Rumänien haben schon vorher bestanden). Die sicheren Verbindungen ermöglichen die Umsetzung der aus Artikel 12 (dem ENCS in jedem Mitgliedsstaat wird Zugang zum CMS ermöglicht) und Artikel 13 (Austausch „intelligenter“ Formblätter zum Informationsaustausch gemäß Artikel 13 im PDF-Format über E-Mail) des Eurojust-Beschlusses resultierenden Erfordernisse und verbessern den sicheren Austausch von Informationen zwischen Eurojust und den Mitgliedsstaaten.

1.2.4 Eurojust und JITs (gemeinsame Ermittlungsgruppen)

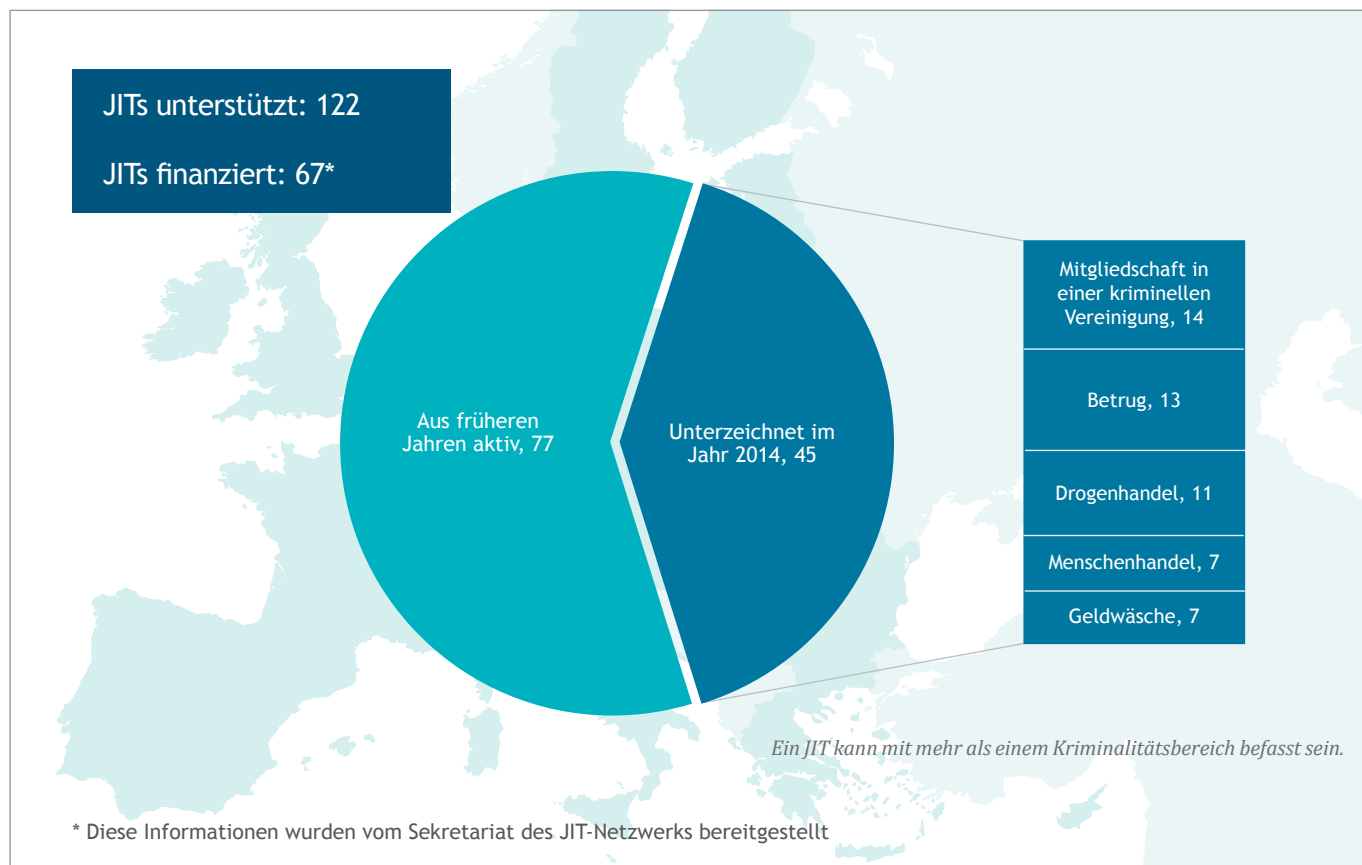
JITs stellen ein effektives operatives Instrument zur Erleichterung von Rechtshilfe bei grenzüberschreitenden Ermittlungen für Strafverfolgungs- und Justizbehörden dar. Die Fähigkeit zum direkten Informationsaustausch zwischen JIT-Mitgliedern ohne die Notwendigkeit formeller Ersuchen, die Möglichkeit, um Ermittlungsmaßnahmen direkt untereinander zu ersuchen, sowie die Beteiligung von Eurojust durch direkte Unterstützung und Hilfestellung haben sich fortwährend als äußerst wertvoll erwiesen. 2014 wurden 122 JITs von nationalen Mitgliedern unterstützt, wobei 45 davon 2014 neu eingerichtet worden sind. Nationale Mitglieder haben entweder in ihrer Funktion als Vertreter zuständiger nationaler Behörden oder als Vertreter von Eurojust gemäß Artikel 9f des Eurojust-Beschlusses teilgenommen.

Fiches Suédoises

Die *Fiches Suédoises* bieten einen Überblick über die Struktur und Funktionsweise des nationalen Eurojust-Koordinierungssystems ENCS der Mitgliedsstaaten. Dieses Werkzeug wird durch Eurojust kontinuierlich aktualisiert, um die Anwendung des ENCS sowie den Erfahrungsaustausch und Austausch über bewährte Vorgehensweisen zu unterstützen. Seit November enthalten die *Fiches* einen Paragraphen, der eine Sammlung von verfügbaren nationalen Richtlinien in Bezug auf die Anwendung des Artikels 13 des Eurojust-Beschlusses sowie die Aufteilung der Fälle zwischen Eurojust und EJN bietet.

Gemäß Artikel 13(5) des Eurojust-Beschlusses haben Mitgliedsstaaten sicherzustellen, dass die nationalen Mitglieder über die Einrichtung von JITs sowie über die Arbeitsergebnisse solcher Gruppen informiert werden. Eurojust hat 59 Benachrichtigungen erhalten. Zur Unterstützung durch Eurojust gehörte: (i) das Entwerfen von JIT-Vereinbarungen oder Erweiterungen existierender Vereinbarungen; (ii) die Beratung hinsichtlich des internationalen und EU-Rechtsrahmens bei der Einrichtung von JITs; (iii) die Bereitstellung von Informationen zu verschiedenen Verfahrenssystemen;

JITs



(iv) die Identifizierung geeigneter Fälle für JITs; (v) die Organisation von Koordinierungstreffen zur Unterstützung von JITs und (vi) die Hilfestellung bei koordinierten Aktionen.

Die zur Erleichterung der JIT-Arbeit organisierten Koordinierungstreffen haben zur Lösung wiederkehrender Probleme beigetragen, wie z. B.: i) Unterschiede in den Rechtssystemen bezüglich der Regeln zur Aufnahme von Beweismitteln; ii) Zulässigkeit von Beweismitteln; iii) Offenlegung von Informationen und iv) zeitliche Grenzen für die Aufbewahrung von Daten.

JITs haben sich auch zu einem schnellen und flexiblen Instrument der Zusammenarbeit mit Drittstaaten entwickelt. Eurojust hat bei sieben JITs, an denen Drittstaaten beteiligt waren, unterstützend mitgewirkt, wobei drei davon 2014 neu eingerichtet wurden. Dabei hat Eurojust geholfen, rechtliche und praktische Hindernisse zu überwinden, die insbesondere mit der Beteiligung von Drittstaaten zusammenhängen.

In Anerkennung der Notwendigkeit, über die Herausforderungen einer stärkeren Zusammenarbeit mit Drittstaaten zu reflektieren, richtete Eurojust im Juni 2014 die 10. Jahrestagung des JIT-Netzwerks nationaler Experten aus, die vom Sekretariat des Netzwerks organisiert wurde. Die Tagung stand unter der Überschrift *JITs „Beyond the EU“: Towards a Greater Use of JITs with Non-EU States (JITs jenseits der EU: Für einen verstärkten Einsatz von JITs mit Nicht-EU-Staaten)*, und konzentrierte sich, unter anderem, auf die rechtlichen und praktischen Aspekte bei der Einrichtung und der Tätigkeit von JITs mit Drittstaaten, auf bestimmte Probleme in Bezug auf den Austausch von Informationen und Beweismitteln mit Drittstaaten sowie auf den Beitrag des Sekretariats des JIT-Netzwerks zur Förderung und Entwicklung von JITs mit Nachbarländern.

Fallbeispiel

In Bezug auf den Absturz des Fluges MH17 in der Ukraine am 17. Juli 2014 wurde mit Unterstützung durch Eurojust ein JIT zwischen den Niederlanden, Belgien, Australien und der Ukraine, mit Beteiligung von Malaysia, eingerichtet. Die JIT-Mitglieder haben zu einem späteren Zeitpunkt entschieden, dass Malaysia ebenfalls Mitglied des JIT werden sollte. Eurojust berief drei Koordinierungstreffen ein und half dabei i) die Rechtsgrundlage des JIT in Bezug auf die beteiligten Drittstaaten festzulegen; ii) die Rolle der Drittstaaten als Beteiligte oder Mitglieder des JIT zu klären; iii) die JIT-Vereinbarung zu entwerfen und iv) zu definieren, wann Drittstaaten, die Mitglieder oder Beteiligte eines JIT sind, zur Finanzierung durch Eurojust berechtigt sind.

Die Experten waren sich einig über die Bedeutung der von Eurojust bereitgestellten Unterstützung hinsichtlich der Beteiligung von Drittstaaten an JITs, insbesondere bei der Identifizierung geeigneter Fälle, bei der Herstellung und Erleichterung der Kontaktaufnahme und beim Bereitstellen von Analysen, die bei der Entscheidungsfindung bezüglich der Einrichtung eines JIT ausschlaggebend sein können. Wegen der enormen Unterschiede in den Rechtssystemen halten die Experten die EU-Mustervereinbarung für JITs in Bezug auf Drittstaaten für nicht vollständig geeignet. Sie bedarf daher der Anpassung in manchen Bereichen. Die Experten empfahlen allen Mitgliedsstaaten, das zweite Zusatzprotokoll zum Übereinkommen über gegenseitige Rechtshilfe in Strafsachen von 1959 umzusetzen. Des Weiteren betonten die Experten die Wichtigkeit sicheren Informationsaustauschs mit Drittstaaten im Rahmen der JITs. In dieser Hinsicht gestattet der Verleih von technischen Geräten durch Eurojust den Aufbau sicherer Kommunikationswege zwischen den Parteien der JITs.

Das Thema des Gebrauchs von Informationen und Beweismitteln muss sehr sorgfältig behandelt werden, insbesondere in Bezug auf Drittstaaten, in denen die Todesstrafe vollstreckt wird. Ferner sollte das Sekretariat des JIT-Netzwerks den Kontakt mit Partnern erleichtern (z. B. Europol, CEPOL, EJTN und dem Sekretariat der Polizeikooperations-Konvention für Südosteuropa), um Fortbildungsmaßnahmen durchzuführen und das Bewusstsein für JITs außerhalb der Europäischen Union zu stärken.

Experten aus der Praxis haben die erreichten Ergebnisse sowie die rechtlichen Probleme und praktischen Schwierigkeiten, die in verschiedenen Phasen eines JIT aufgetreten sind, bewertet. Einige JIT-Bewertungen sind beim Sekretariat für das JIT-Netzwerk eingegangen. (siehe Abschnitt 6.2).

Die finanzielle Unterstützung von Eurojust für JIT-Operationen

Eurojust hat seine finanzielle und logistische Unterstützung für JIT-Operationen aus seinem regulären Haushalt fortgesetzt. Es wurden 67 JITs unterstützt, wobei 48 von ihnen neu eingerichtet worden sind.

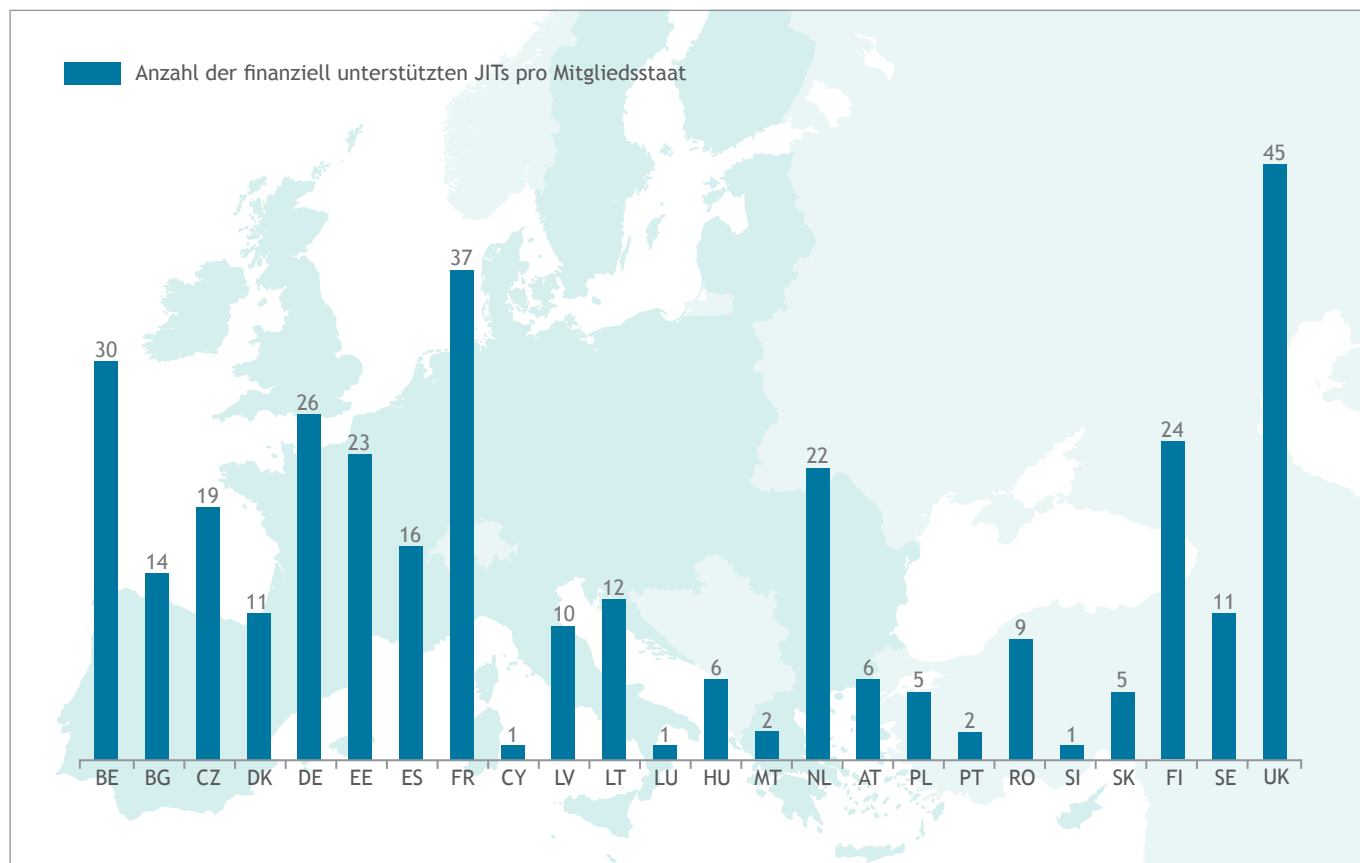
2014 wurden mehrere Verbesserungen am Finanzierungsverfahren für JITs vorgenommen, darunter die Einführung finanzieller Unterstützungsmöglichkeiten für Drittstaaten, die in JITs mit Mitgliedsstaaten zusammenarbeiten. Im Verlauf des Jahres erhielt Eurojust 12 Anträge von JITs, an denen Drittstaaten beteiligt waren. Zusätzlich dazu wurden JITs finanziert, die unter anderen Rechtsinstrumenten eingerichtet wurden als dem Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union von 2000 und dem Rahmenbeschluss 2002/465/JI über gemeinsame Ermittlungsgruppen.

Fallbeispiel

Ein JIT wurde eingerichtet, um mehrere aus der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien stammende organisierte kriminelle Vereinigungen auszuschalten, die Drogenhandel in großem Stil mit vornehmlich Heroin und Kokain in den Niederlanden, Österreich und Deutschland betrieben. Infolge des JIT wurden die Aktivitäten der organisierten kriminellen Vereinigung bedeutend verringert. Die Zusammenarbeit führte in diesem Fall zu zahlreichen Verhaftungen und Verurteilungen in Österreich, Deutschland, den Niederlanden und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, sowie zu Sicherstellungen großer Mengen an Heroin, Kokain, Streckmitteln, Marihuana und Bargeld.

Eurojust hat in diesem Fall eine wesentliche Rolle gespielt, indem es Ermittlungen in den Mitgliedsstaaten koordinierte und die Aufnahme von Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und den Niederlanden förderte. Insgesamt wurden von Eurojust acht Koordinierungstreffen über einen Zeitraum von vier Jahren organisiert, wodurch Erörterungen über laufende Ermittlungen, über die mögliche Einrichtung von JITs sowie über die durchgeführten Aktivitäten erleichtert wurden. Diese Form der Zusammenarbeit wurde als gewinnbringend empfunden, wurde dadurch doch die Notwendigkeit von Rechtshilfeersuchen zwischen den beteiligten Mitgliedsstaaten und den Drittstaaten eliminiert. Sie ermöglichte es auch den Behörden der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, die beteiligten Mitgliedsstaaten über die Ergebnisse der Telefonüberwachungen zu informieren, während diese stattfanden. Solche Möglichkeiten hat es bei regulären Rechtshilfeersuchen nicht gegeben. Eurojust half beim Entwurf der JIT-Vereinbarung, unterstützte bei der Klärung rechtlicher Anforderungen und beriet bei besonderen Regelungen, die in der JIT-Vereinbarung enthalten waren. In Zusammenarbeit mit den beteiligten Behörden stellte Eurojust eine Übersicht über die Verdächtigen sowie über den Stand der Ermittlungen in den beteiligten Mitgliedsstaaten zusammen. Zusätzlich dazu bot Eurojust dem JIT finanzielle Unterstützung.

JIT-Finanzierung durch Eurojust (2009/12 - 2014/8)



2014

Zeitachse

4.-5. Juni Den Haag

Strategische Sitzung zum Thema Terrorismus



10.-11. Juni Den Haag

Strategisches Seminar zum europäischen Haftbefehl und Sitzung des beratenden Forums

11.-12. Juni

Marketing Seminar in Frankreich



24. März Den Haag

Eurojust nimmt am Gipfel für nukleare Sicherheit teil

25.-26. Juni Den Haag

10. Jahrestagung der nationalen Experten gemeinsamer Ermittlungsgruppen



JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI



14. Februar Den Haag

Besuch des MEP Axel Voss, Referent für die Eurojust-Verordnung



21.-22. Mai Den Haag

16. Sitzung des Europäischen Netzwerks zu Ermittlung und Strafverfolgung in Sachen Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen

15.-16. Mai

Marketingseminar in Polen

26.-27. Mai

Marketingseminar in Ungarn



26. Februar Den Haag

35. reguläre Sitzung der Kontaktstellen des Europäischen Justiziellen Netzes (EJN)



3. November Valletta

Vereinbarung zwischen Eurojust und der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA)

21. September
7. Hague International Day



29.-30. September Den Haag

Strategische Sitzung zum Thema Drogenhandel



19.-20. November Den Haag

Sitzung, Cybercrime: rising to the challenges of the 21st century
(Cyberkriminalität: den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts begegnen)



21. November Brüssel

Medienkonferenz und Präsentation des Berichts über das strategische Projekt zur Umweltkriminalität

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER



10. Juli Den Haag

Kooperationsabkommen zwischen Eurojust und der Republik Moldau



16.-17. Oktober Den Haag

Sitzung der Eurojust Kontaktstellen und Verbindungsstaatsanwälte: Complementarity, synergies and cooperation (Komplementarität, Synergien und Kooperation)



11.-12. Dezember Den Haag

Strategisches Seminar zum Thema Sicherstellung und Einziehung von Erträgen aus Straftaten sowie Sitzung des beratenden Forums



15. Juli Den Haag

Vereinbarung zwischen Eurojust und der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EBDD)



Eurojust-Fallarbeit



2.1 Eurojust-Fallarbeit in vorrangigen Kriminalitätsbereichen

Die operativen Prioritäten von Eurojust für den Zeitraum 2014-2017 spiegeln im Wesentlichen die EU Prioritäten im Kampf gegen schwere und organisierte Kriminalität wider, wie sie vom Rat der EU vorgegeben wurden, mit Ausnahme des illegalen Handels mit Feuerwaffen. Jedoch enthalten die Prioritäten von Eurojust einige Kriminalitätsbereiche, die im EU-Politikzyklus nicht als Prioritäten benannt wurden, und zwar Korruption, Straftaten zum Nachteil der finanziellen Interessen der EU und Terrorismus.

EMPACT

Jede der vom Rat für die EU vorgegebenen Prioritäten für den Zeitraum 2014-2017 wurde in mehrjährige strategische Aktionspläne (MASP) übertragen, um die angestrebten strategischen Ziele zu definieren. Zum Erreichen dieser Ziele wurden neun EMPACT-Projekte (eines für jede Priorität des Rates) auf den Weg gebracht, um die Aktionen der Mitgliedsstaaten und EU-Organisationen gegen die identifizierten Bedrohungen zu koordinieren. Jedes Jahr werden im Rahmen der EMPACT-Projekte entsprechende operative Aktionspläne (OAPs) ausgearbeitet, um diese strategischen Ziele zu erreichen.

Eurojust hat an der Vorbereitung und Ausarbeitung der OAPs für 2015 aktiv mitgewirkt. In diesem Zusammenhang haben Eurojust-Repräsentanten an 33 Sitzungen teilgenommen, die in allen neun vorrangigen Kriminalitätsbereichen von EMPACT abgehalten wurden, einschließlich des nationalen EMPACT-Koordinierungstreffens im November (siehe Ratsdokument 15930/14), als da wären: Beihilfe zu illegaler Einwanderung; Menschenhandel; Produktfälschung; Verbrauchssteuerbetrug und Karussellbetrug; synthetische Drogen; Kokain und Heroin; illegaler Handel mit Feuerwaffen; organisierte Beschaffungskriminalität und Cyberkriminalität.

Die Teilnahme von Eurojust an der Entwicklung der OAPs für 2015 wurde von der gemeinsamen Position geleitet, die vom Kollegium 2013 verabschiedet worden war und die eine Mitwirkung von Eurojust in den folgenden sechs Bereichen vorsieht: Zusammenarbeit mit Drittstaaten; Finanzermittlungen (einschließlich der Vermögensabschöpfung); Sensibilisierungsmaßnahmen; Aus- und Fortbildung; rechtliche/praktische Hindernisse; und Zunahme koordinierter Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen.

Gesamtstatistiken

Vorrangige strafbare Handlung	Fälle		Koordinierungstreffen		JITs	
	2013	2014	2013	2014	2013	2014
Betrug	449	560	60	60	21	32
Korruption	52	55	16	9	3	4
PIF-Straftaten	31	70	8	7	1	2
MOCGs	257	128	66	13	8	13

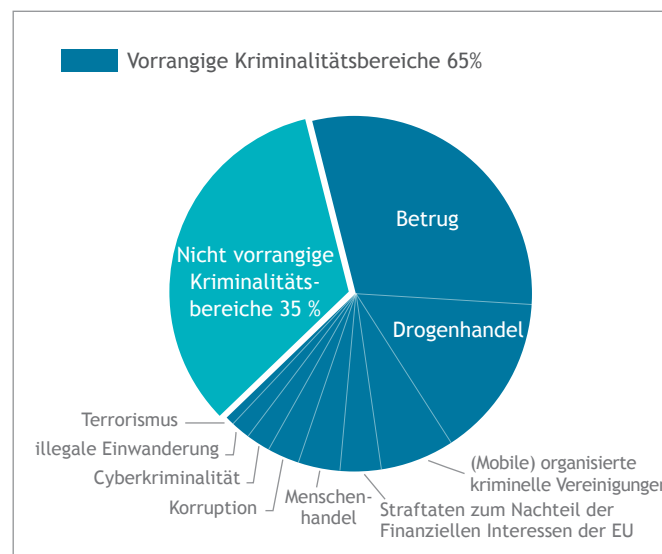
Aufspüren von Erträgen aus Straftaten

Zu den Bemühungen von Eurojust, die Praktiker bei ihrer Bekämpfung schwerer Kriminalität zu unterstützen, gehörten die Identifizierung, Sicherstellung, Einziehung sowie die Aufteilung und Rückerstattung von Erträgen aus Straftaten.

Der Rahmenbeschluss des Rates 2003/577/JI vom 22. Juli 2003 über die Vollstreckung von Entscheidungen über die Sicherstellung von Vermögensgegenständen oder Beweismitteln in der Europäischen Union, sowie der Rahmenbeschluss des Rates 2006/783/JI vom 6. Oktober 2006 über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Einziehungsentscheidungen sind wichtige Instrumente, die dazu beitragen, dass Kriminalität sich nicht lohnt. Jeder Beschluss stellt Praktikern ein Standardzertifikat zur Verfügung.

Zur Erleichterung der Anwendung und Einhaltung des Beschlusses wurden von Eurojust [editierbare Formate](#) der Zertifikate für Praktiker auf unserer Website zur Verfügung gestellt.

Eurojust-Fallarbeit in vorrangigen Kriminalitätsbereichen



Vorrangige strafbare Handlung	Fälle		Koordinierungstreffen		JITs	
	2013	2014	2013	2014	2013	2014
Drogenhandel	239	283	56	52	26	31
Cyberkriminalität	29	42	10	15	9	6
Illegale Einwanderung	25	32	5	10	7	9
Terrorismus	17	14	3	4	1	2
Menschenhandel	84	71	24	12	15	18

2.1.1 Betrug

Das beachtliche Wachstum an Betrugsfällen hielt weiterhin an, einem Trend folgend, der 2012 begann. Mit einer Gesamtsumme von 560 Fällen stellen Betrugsfälle nahezu ein Drittel der von Eurojust 2014 registrierten Fälle dar. Im Vergleich zu 2013 blieb die Anzahl der Koordinierungstreffen unverändert (60), während die Zahl der JITs deutlich gestiegen ist (32).

Betrugsfälle wurden meist als einzelner Straftatbestand behandelt (348) oder als zur generischen Kategorie „andere Arten von Straftaten“ gehörig. Zu den am häufigsten erfassten Unterkategorien zählten Betrugerei (157) und Mehrwertsteuerbetrug (141). Typischerweise ist Betrug mit Geldwäsche (83), Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (48) und Fälschung von amtlichen Dokumenten (41) verbunden.

Die Fallarbeit von Eurojust zeigt, dass Ungarn, Österreich und Slowenien die Länder mit den meisten Ersuchen waren. Das Vereinigte Königreich, Deutschland und Spanien waren die Länder, die am häufigsten ersucht wurden.

Zusätzlich zu seiner operativen Fallarbeit hat Eurojust seinen Beitrag zu den Anstrengungen auf EU-Ebene erhöht, alle Arten von Betrug zu bekämpfen. Vor diesem Hintergrund richtete Eurojust Treffen mit Delegationen des Europäischen Rechnungshofes aus, um die Effektivität der EU im Kampf gegen grenzüberschreitenden Mehrwertsteuerbetrug zu bewerten und mit Vertretern der Generaldirektion für Gesundheit und Verbraucherschutz der Europäischen Kommission, DG SANTE (ehemals DG SANCO), um Methoden zur Stärkung der Kooperation im Bereich von Betrug mit Lebensmitteln, Alkohol, Pestiziden und Produktkennzeichnungen zu erörtern.

Eurojust arbeitete mit Arcadia International zusammen, einem Mitglied des Food Chain Evaluation Consortium, das von DG SANTE Anfang 2014 beauftragt wurde, eine Studie zu illegalem Handel mit und Fälschung von Pestiziden durchzuführen sowie eine Ad-hoc-Studie zu den Auswirkungen, die der derzeit auf Lebensmittelbetrug anwendbare Rechtsrahmen auf offizielle Kontrollen und Durchsetzungsmaßnahmen hat. Mit Hilfe dieser Studien soll die

laufende Arbeit der Kommission zur Intensivierung des Kampfes gegen betrügerische Praktiken in der Nahrungskette unterstützt werden, wobei insbesondere bewertet werden soll, ob die entsprechende EU-Politik und die existierenden rechtlichen Rahmenbedingungen ausreichend sind, oder ob weiterer Handlungsbedarf besteht.

Fallbeispiel

Deutsche Behörden haben über mehrere Jahre gegen Firmen ermittelt, die des komplexen Mehrwertsteuerbetrugs verdächtig wurden. Die deutschen Staatsanwaltschaften von Köln und Augsburg richteten Rechtshilfeersuchen an niederländische Behörden, in denen um die Vornahme von Durchsuchungen ersucht wurde. Gemäß der niederländischen Strafprozessordnung wird für die Beschlagnahme von Dokumenten zur Übermittlung an ausländische Behörden ein Gerichtsbeschluss benötigt, wobei für die betroffenen Parteien die Möglichkeit besteht, Beschwerde einzulegen. Wegen dieses Verfahrens konnten bestimmte Zielpersonen, die einen gemeinsamen Rechtsbeistand hatten, Beschwerde einlegen und einen Berufungsprozess gegen die Beschlagnahmen gewinnen.

Als Ergebnis wurde um die Hilfe von Eurojust ersucht und ein bilateraler Fall registriert, um die Ausführung von Rechtshilfeersuchen gegen dieselben Personen und/oder Firmen zu beschleunigen.

Ein im Februar 2014 bei Eurojust abgehaltenes Koordinierungstreffen konzentrierte sich auf Möglichkeiten, den Durchführungsprozess unter Berücksichtigung der verfahrensinhärenten Einschränkungen zu beschleunigen. Die am Treffen beteiligten Vertreter der deutschen und niederländischen Behörden

einigten sich darauf, die Zusammenarbeit durch folgende Schritte zu verbessern:

- ▶ Übermitteln zweier getrennter Rechtshilfeersuchen bezüglich Aufforderung zur Herausgabe von Dokumenten und Durchsuchung von Lagerhallen einer Reihe von Unternehmen, anstatt beide Ersuchen in einem Dokument zu vereinigen;
- ▶ Nachforschungen der nationalen Behörden darüber, ob bei früheren Ermittlungen gegen diese Unternehmen Dokumente beschlagnahmt worden waren, die für die ermittelnden Behörden in Augsburg von Wert sind und Initiierung eines Rechtshilfeersuchen zum Zweck der Übermittlung dieser Dokumente; und
- ▶ Rücknahme der Rechtshilfeersuchen aus Köln und Konzentration auf die Bearbeitung der zwei von der Staatsanwaltschaft Augsburg ausgestellten Ersuchen. Zu einem späteren Zeitpunkt könnte die Staatsanwaltschaft Köln um die Übermittlung der für die Fälle in Augsburg gesammelten Informationen ersuchen.

Das gemeinsame Interesse und der konstruktive Dialog zwischen den teilnehmenden Behörden waren ausschlaggebende Faktoren zur Sicherstellung justizieller Zusammenarbeit zwischen beiden Mitgliedsstaaten bei gleichzeitiger Respektierung verfahrensbedingter Erfordernisse.

2.1.2 Korruption

Die Anzahl von Korruptionsfällen (55) und JITs innerhalb dieses Kriminalitätsbereichs (4) hat im vergangenen Jahr leicht zugenommen, wobei die Anzahl damit verbundener Koordinierungstreffen deutlich gesunken ist (9).

Korruption wird oft als ein einzelner Straftatbestand (26) oder in Verbindung mit Geldwäsche (14) oder Betrugerei (10) behandelt.

Bezogen auf Korruptionsfälle waren die Mitgliedsstaaten mit den meisten Ersuchen Spanien, Griechenland, Kroatien, Italien, und Lettland. Das Vereinigte Königreich, Österreich, Deutschland und die Niederlande waren die Länder, die am häufigsten ersucht wurden.

Um sein Engagement im Bereich der Korruptionsbekämpfung zu untermauern, führt Eurojust die entsprechenden Verfahren zur Verknüpfung mit den folgenden Kontaktstellen fort: Korruption im Sport und Vermögensabschöpfung.

Darüber hinaus nahm Eurojust an einer Konferenz teil, die von der EU Cross Border Bribery Taskforce (EU-Taskforce zur Bekämpfung grenzüberschreitender Bestechung) organisiert wurde und hielt einen Vortrag. Die Taskforce besteht aus Strafverfolgungspraktikern und Staatsanwälten aus den Mitgliedsstaaten und wird von der überseeischen Korruptionsbekämpfungseinheit innerhalb der Londoner Polizei geleitet. Sie dient dem Zweck, EU-Einrichtungen mit ähnlichen Aufgabenbereichen zusammenzuführen, um Informationen über gegenwärtige Vorgehensweisen und Fallstudien auszutauschen, gemeinsame Fälle und Gelegenheiten zu gemeinsamen Ermittlungen auszumachen, Netzwerke zu entwickeln und eine Zusammenarbeit mit Korruptionsbekämpfungspraktikern aufzubauen, um die Kenntnisse innerhalb der EU über die rechtlichen, juristischen und operativen Parameter der einzelnen Einrichtungen zu verbessern.

2.1.3 Straftaten zum Nachteil der finanziellen Interessen der EU (PIF-Straftaten)

Innerhalb der Fallarbeit von Eurojust haben PIF-Straftaten, die als vorrangiger Kriminalitätsbereich 2014 eingeführt wurden, im Vergleich zum vorherigen Berichtszeitraum zugenommen. Die Anzahl der 2014 registrierten mit PIF-Straftaten verbundenen Fälle (70) hat sich gegenüber 2013 (31) mehr als verdoppelt. Sieben Koordinierungstreffen und zwei JITs haben sich mit PIF-Straftaten befasst.

Innerhalb der Fallarbeit von Eurojust schließen PIF-Straftaten den Tatbestand des Zigaretenschmuggels und der Zigarettenfälschung ein, zusätzlich zu allen ausschließlich die finanziellen Interessen der EU betreffenden Straftaten. In den meisten Fällen werden PIF-Straftaten als einzelne Straftatbestände oder in Verbindung mit Betrug (35) oder Geldwäsche (8) gehandhabt.

Ungarn, Bulgarien, Malta und Polen waren die Mitgliedsstaaten, die die meisten Ersuchen gestellt haben. Deutschland, das Vereinigte Königreich und die slowakische Republik haben die meisten Ersuchen entgegengenommen.

Der Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union war auch Gegenstand eines Fragebogens, der an alle Mitgliedsstaaten verteilt wurde. Die Auswertung der Antworten wurde dem Kollegium im Dezember 2014 vorgestellt. Die Antworten der Mitgliedsstaaten hoben die folgenden Faktoren als die wichtigsten rechtlichen/praktischen Herausforderungen für die grenzüberschreitende Kooperation auf diesem Gebiet hervor: die auf die verschiedenen Rechtssysteme zurückgehenden Spannungen (z. B. verschiedene Anforderungen hinsichtlich der Zulässigkeit von Beweismitteln vor Gericht), verspätete oder versäumte Antworten auf Rechtshilfeersuchen und nicht koordinierte Vollstreckung von Durchsuchungsbefehlen.

In den Antworten wurde auch Wert auf die Unterstützung durch Eurojust auf diesem Gebiet gelegt, insbesondere im Hinblick auf dessen Fähigkeit, bei der Vorbereitung und/oder Durchführung von Rechtshilfeverfahren oder Rechtshilfeinstrumenten Unterstützung zu bieten und Kompetenzkonflikte zu lösen.

Fallbeispiel

Ein von den litauischen Zollbehörden durchgeführtes Ermittlungsverfahren wegen Bestechung, Dokumentenfälschung und illegalen Besitzes verbrauchssteuerpflichtiger Waren brachte zutage, dass litauische Staatsangehörige sich 2011 einer organisierten kriminellen Vereinigung angeschlossen haben, die auf illegalem Wege große Mengen an Zigaretten unter Vermeidung von Verbrauchs- und Mehrwertsteuer auf den EU-Markt brachte. Die organisierte kriminelle Vereinigung transportierte die Zigaretten von einem Verbrauchssteuer- oder Zolllager zum anderen in verschiedenen Mitgliedsstaaten, ohne Steuern zu zahlen, indem sie Schlupflöcher im System zur Kontrolle verbrauchssteuerpflichtiger Waren (EMCS) ausnutzte, das zur Überwachung des Transports verbrauchssteuerpflichtiger Waren zwischen den Mitgliedsstaaten entwickelt worden war. Durch die Ermittlungen wurde festgestellt, dass die Zigaretten teilweise für den schwedischen und britischen Markt bestimmt waren. In Bulgarien, Zypern, Dänemark, Estland, Deutschland, Griechenland und Polen wurden ebenfalls strafbare Aktivitäten aufgedeckt, die mit den Straftaten in Litauen in Verbindung standen.

Wegen der großen Anzahl betroffener Mitgliedsstaaten und weil der von der organisierten kriminellen Vereinigung verwendete *Modus Operandi* vorher in Litauen noch nicht beobachtet worden war, wurde Eurojust um Unterstützung bei der justiziellen Zusammenarbeit ersucht. Im März 2013 wurde ein Koordinierungstreffen mit Belgien, Dänemark, Deutschland, Schweden und dem Vereinigten Königreich einberufen, um Maßnahmen proaktiver justizieller Zusammenarbeit zu erörtern, mit dem Ziel, weitere Straftaten unter Verwendung desselben Modus Operandi zu verhindern und die kriminelle Vereinigung zu zerschlagen, wobei auch die Einrichtung eines JIT in Erwägung gezogen wurde.

Da in Schweden ein Ermittlungsverfahren wegen ähnlicher Straftaten lief, wurde im Juli 2013 eine JIT-Vereinbarung für einen Zeitraum von einem Jahr zwischen Schweden und Litauen unterzeichnet, um die Straftäter zu identifizieren und strafrechtlich zu verfolgen. Das JIT erhielt finanzielle Unterstützung von Eurojust, die für die Übersetzung der in dem Verfahren in beiden Mitgliedsstaaten benötigten Dokumente verwendet wurde. Das JIT wurde bis zum Januar 2015 verlängert.

Vierzehn litauische Verdächtige wurden vor Gericht gebracht, und Litauen übertrug die Verfahren gegen zwei in Litauen verhaftete schwedische Staatsbürger an Schweden. Zusätzlich zur Tätigkeit des JIT führte die justizielle Zusammenarbeit zwischen allen betroffenen Mitgliedsstaaten zu Zeugenvernehmungen in ganz Europa und zur Beschlagnahme von Millionen illegaler Zigaretten.

Der litauische Staatsanwalt stellte fest, dass *„das 2014 erreichte Ergebnis ohne die justizielle Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Mitgliedsstaaten nicht möglich gewesen wäre.“*

2.1.4 Mobile organisierte kriminelle Vereinigungen (MOCGs)

Die Anzahl der im Zusammenhang mit mobilen organisierten kriminellen Vereinigungen bei Eurojust registrierten Fälle (128) und abgehaltenen Koordinierungstreffen (13) ist im Vergleich zum Niveau von 2013 drastisch gesunken. Dieser Rückgang hat mit der veränderten Berechnungsmethode zu tun, die seit 1. Januar 2014 bei dieser Kategorie von strafbaren Handlungen angewendet wird. Die neue Methode wirkt sich dahingehend aus, dass diese Kategorie von strafbaren Handlungen nicht länger (Fälle betreffend) die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung oder organisierte Kriminalität als Straftat umfasst, sondern auf die folgenden Straftatbestände begrenzt ist: organisierte Eigentumskriminalität (OPC) einschließlich Raub, Kraftfahrzeugkriminalität und illegaler Handel mit Kulturgütern. Die Anzahl der JITs im Zusammenhang mit dieser Kategorie von strafbaren Handlungen (13) ist im Vergleich zu 2013 bedeutend gestiegen.

Fälle von organisierter Eigentumskriminalität basieren vorrangig auf einem der folgenden Kerntatbestände: organisierte

Eigentumskriminalität einschließlich Raub (58), Kraftfahrzeugkriminalität (15) oder illegaler Handel mit Kulturgütern (5). Wenn mit anderen strafbaren Handlungen verbunden, treten diese Delikte typischerweise in Verbindung mit der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (24) oder Mord (9) in Erscheinung.

Zu den Mitgliedsstaaten mit den meisten Ersuchen in Fällen von organisierter Eigentumskriminalität gehörten Frankreich, Polen, Belgien und Tschechien, während die am öftesten um Rechtshilfe ersuchten Länder Frankreich, Italien, Dänemark und Rumänien waren.

Zusätzlich zur Fallarbeit im Bereich der Eigentumsdelikte hat Eurojust seine Aufmerksamkeit auf die Analyse von rechtlichen und Verfahrensproblemen bei Verfahren gegen mobile organisierte kriminelle Vereinigungen mit Schwerpunkt auf Eigentumsdelikten fokussiert, als Teil eines im Rahmen des OAP 2014 für EMPACT, Priorität organisierte Eigentumskriminalität (OPC), durchgeführten Projektes. Dazu wurde 2014 ein Bericht erstellt, dessen Hauptziel darin bestand, die Wahrnehmung von Strafverfolgungs-

akteuren über das Ausmaß zu erfassen, in dem rechtliche und Verfahrensprobleme bei der Ausbreitung von auf Eigentumsdelikte spezialisierten mobilen organisierten kriminellen Vereinigungen eine Rolle spielen, und wie diese Probleme die polizeilichen Operationen gegen solche Vereinigungen beeinflussen, mit dem Ergebnis, dass es selten zu Strafverfolgungen oder Verurteilungen kommt. Ein für 2015 erwarteter Folgebericht wird sich mit denselben Problemen wie der erste Bericht aus dem Jahre 2014 befassen, jedoch aus der Sicht von Staatsanwälten und Richtern.

Dieses von Eurojust unterstützte Projekt wird erwartungsgemäß im Jahr 2016 seinen Abschluss finden, wenn ein strategisches Seminar mit Staatsanwälten, Richtern und Vertretern von EMPACT, Priorität organisierte Eigentumskriminalität, organisiert werden soll, um eine Plattform für den Austausch von Meinungen und bewährten Vorgehensweisen zu schaffen. Danach wird ein Abschlussbericht mit Empfehlungen an die Mitgliedsstaaten herausgegeben werden.

2.1.5 Drogenhandel

Die Anzahl von Drogenhandelsfällen ist beachtlich gestiegen (283), wobei die Anzahl damit verbundener Koordinierungs-

treffen leicht zurückgegangen ist (52). Die Anzahl der mit diesem Kriminalitätsbereich befassten JITs ist im Vergleich zu 2013 gestiegen (31). Drogenhandel ist die zweithäufigste Deliktart in der Fallarbeit von Eurojust im Jahr 2014.

Dem Vorjahresmuster folgend wurde die überwiegende Mehrheit der 2014 registrierten Drogenhandelsfälle als einzelner Straftatbestand gehandhabt (223). Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (37), organisierte Kriminalität (19) und Geldwäsche (16) gehörten zu den damit am häufigsten verbundenen Deliktarten. Cannabis und Kokain gehörten zu den in diesen Fällen am häufigsten bekämpften Rauschmitteln.

Die häufigsten Antragsteller in Bezug auf Drogenhandelsfälle waren Spanien, Italien und Slowenien. Spanien, die Niederlande und Italien erhielten die meisten diesbezüglichen Rechtshilfeersuchen.

Zusätzlich zur operativen Fallarbeit war Eurojust in diesem vorrangigen Kriminalitätsbereich insbesondere auf strategischer Ebene aktiv. So kam es zu Interaktionen mit vielen der wichtigsten Akteure auf diesem Gebiet, wie z. B. mit EBDD, der Pompidou-Gruppe und dem European Network of Prosecutors on Synthetic Drugs and Psychoactive Substances

Fallbeispiel

Seit 2013 wurden in Belgien, Frankreich, Italien, den Niederlanden, Rumänien und dem Vereinigten Königreich Ermittlungen im Zusammenhang mit Einbrüchen in Juweliergeschäfte, die 2011 begonnen haben, geführt. Die Ermittlungen deckten eine hierarchisch strukturierte und disziplinierte organisierte kriminelle Vereinigung auf, die aus rumänischen Staatsangehörigen bestand und vermutlich in vielen Mitgliedsstaaten aktiv war. Sie planten ihre Aktivitäten sorgfältig und benutzten Vorschlagshämmer und Ablenkungsmethoden wie Molotowcocktails, überfüllte Straßen und brennende Fahrzeuge. Die Juweliere wurden auf der Basis von Fluchtrouten ausgewählt. Es wird davon ausgegangen, dass die Erträge aus den Raubüberfällen, die sich auf mehrere Millionen Euro belaufen, an die organisierte kriminelle Vereinigung in Rumänien überwiesen wurden. Der polizeiliche Informationsaustausch (über INTERPOL, Europol und bilateral) sowie die forensische Analyse von Kleidungsstücken und anderen an den Tatorten sichergestellten Gegenständen gestatteten die Zuordnung der Verdächtigten zu einer Reihe von Raubüberfällen in mehreren Mitgliedsstaaten.

Es wurden mehrere Fälle bei Eurojust registriert und ein Koordinierungstreffen zwischen dem Vereinigten Königreich und Rumänien im Juni 2013 einberufen, das die Einrichtung eines JITs zwischen den beiden Staaten einen Monat später zur Folge hatte. Fünf Monate später trat Belgien dem JIT bei. Das JIT wurde von Eurojust finanziell unterstützt. Durch die von Eurojust bereitgestellte Unterstützung wurde sichergestellt, dass die JIT-Mitglieder bei der Handhabung von Beweismitteln pragmatisch vorgehen und im Verlauf der Ermittlungen leicht Zugang zu verfügbaren Informationen erhalten konnten. Infolge bestehender Verbindungen zwischen den Raubüberfällen in Europa richteten Italien und das Vereinigte Königreich ein weiteres Koordinierungstreffen im Dezember 2013 aus, an dem Belgien, Kroatien, Frankreich, Ungarn, Italien, die Niederlande, Rumänien, Slowenien, Spanien und das Vereinigte Königreich teilnahmen. Es wurden aktuelle Informationen zu den Ermittlungen und Strafverfolgungen ausgetauscht. Nach dem Treffen wurden weitere Informationen über neue von Mitgliedern derselben organisierten kriminellen Vereinigung ausgeführte Raubüberfälle ausgetauscht und ausgewertet. Obwohl in Rumänien keine Straftaten verübt wurden, waren die von den rumänischen Behörden bereitgestellten Informationen für die erfolgreiche justizielle Zusammenarbeit zwischen den anderen beteiligten Mitgliedsstaaten von entscheidender Bedeutung.

Es wurden von mehreren Mitgliedsstaaten EuHBs ausgestellt, und in Belgien, Frankreich, Italien und im Vereinigten Königreich wurden Verhaftungen vorgenommen. Viele Verdächtige wurden auf frischer Tat ertappt und haben vor Gericht auf schuldig plädiert. Gegen Ende 2014 waren über 20 Personen in den betroffenen Ländern verurteilt worden. Der Fall war 2014 noch nicht abgeschlossen, weshalb mit weiteren Gerichtsverfahren und Verurteilungen für 2015 zu rechnen ist.

Fallbeispiel

2013 wurden zwei LKWs mit niederländischen Nummernschildern, die von Spanien kamen und von zwei niederländischen Staatsangehörigen gelenkt wurden, von französischen Zollbeamten kontrolliert. Im ersten Fahrzeug fanden und beschlagnahmten die Ermittler 901 Kilogramm Cannabis. Im zweiten Lastwagen wurde zwar kein Cannabis gefunden, dafür aber ein Versteck für Drogen entdeckt.

Die zwei niederländischen Staatsangehörigen wurden von den französischen Behörden verhaftet, und es wurde ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts auf Verschwörung zwecks Drogenimports eingeleitet. Nach eigener Aussage waren beide Fahrer für dasselbe kriminelle Netzwerk tätig, das in drei Mitgliedsstaaten agierte. Die Drogen wurden in Spanien verladen, Frankreich diente als Transitland, während die Niederlande das Zielland darstellten. Ein Verdächtiger wurde als der logistische Leiter dieses Drogenhandelsnetzwerks identifiziert, wobei sich später herausstellte, dass bereits parallel Ermittlungen gegen dieselbe organisierte kriminelle Vereinigung in den Niederlanden wegen Drogenhandels und Geldwäsche liefen.

Eurojust wurde um Unterstützung bei der Koordinierung dieser parallel laufenden Ermittlungen ersucht, insbesondere im Hinblick auf die Bearbeitung von Rechtshilfeersuchen, um eine doppelte Strafverfolgung zu vermeiden. Im März 2014 wurde ein Koordinierungstreffen zwischen Frankreich, den Niederlanden und Spanien organisiert. Bei diesem Treffen wurde erstens vereinbart, dass die Niederlande ein Rechtshilfeersuchen an Frankreich richten, um eine Kopie der französischen Akte zu erhalten und eine Vernehmung der beiden inhaftierten Verdächtigen zu erwirken. Des Weiteren sollte zweitens ein Rechtshilfeersuchen von Frankreich an Spanien ergehen, um die Geständnisse eines der beiden Verdächtigen zu überprüfen und die genaue Rolle des Unternehmens zu klären, das als Aufnahmestelle für die Drogen diente.

Die spanischen Behörden konnten sowohl die Aufnahmestelle als auch deren Besitzer, einen niederländischen Staatsbürger mit Wohnsitz in Spanien, bestätigen und seine Verbindung mit den Verdächtigen in Frankreich feststellen. Daraufhin wurde der niederländische Staatsangehörige als Mitglied der im Visier der Ermittlungen stehenden organisierten kriminellen Vereinigung verhaftet.

(ENPSDP) (europäisches Netz der Staatsanwälte zu synthetischen Drogen und psychoaktiven Substanzen).

In diesem Zusammenhang nahm Eurojust an einem Projekt teil, das unter der Leitung von ENPSDP und dem Europarat (der Pompidou-Gruppe und HELP) stand und der Schaffung einer Webseite für Staatsanwälte, die sich auf synthetische Drogen spezialisiert haben, gewidmet war.

Zusammenarbeit mit der europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EBDD)

Der Direktor der EBDD nahm an der Sitzung des Kollegiums am 15. Juli teil, wobei Standpunkte zur Zusammenarbeit ausgetauscht wurden. Am Ende des Treffens unterzeichneten die Präsidentin von Eurojust und der Direktor der EBDD eine Vereinbarung. Die Vereinbarung ebnet den Weg zur verstärkten Zusammenarbeit zwischen beiden Organisationen in drogenrelevanten Angelegenheiten und wird durch gemeinsame Aktivitäten umgesetzt. Über die Aktivitäten wird auf der Basis der Arbeitsprogramme beider Partner entschieden. Im September nahm die EBDD mit einem Vortrag an der strategischen Sitzung zum Drogenhandel teil. Der Vortrag hatte den Titel *The EU drug situation. Drug penalties and indicators (Die Drogenlage in der EU. Drogenstrafen und Indikatoren)*. Außerdem nahm sie während des entsprechenden Seminars an Erörterungen über mögliche Lösungen zu Problemen teil, die auf Unterschiede in der Rechtsprechung zu neuen psychoaktiven Substanzen (NPS) und Drogenausgangsstoffen zurückgehen.

Strategische Sitzung zum Thema Drogenhandel

Am 29. und 30. September wurde in Den Haag eine von Eurojust organisierte strategische Sitzung zum Thema Drogenhandel abgehalten. Insgesamt 80 Staatsanwälte, Vertreter von Strafverfolgungsbehörden und Experten auf dem Gebiet des Drogenhandels kamen dabei aus allen Mitgliedsstaaten für zwei Tage voller intensiver Seminare und Diskussionen zusammen. Es gab auch Beiträge von Vertretern aus Brasilien, den USA und Norwegen sowie aus den Reihen der EU-Einrichtungen, einschließlich Europol, EBDD, Europarat (Pompidou-Gruppe) und UNODC.

Diese strategische Sitzung, die auf dem von Eurojust im Oktober 2011 in Krakau veranstalteten strategischen Seminar über Drogenhandel aufbaute, zielte auf die Erhöhung der Effektivität internationaler justizieller Zusammenarbeit bei Drogenhandelsfällen ab. Dabei wurden in

den Diskussionen des Treffens insbesondere die folgenden Bereiche angesprochen: kontrollierte Lieferungen, NPS und Drogenausgangsstoffe sowie die Zusammenarbeit mit Drittstaaten.

Das Ergebnisprotokoll des Treffens kann zusammen mit dem Anwendungsbericht des Aktionsplans zum Drogenhandel sowie anderen Hilfsmaterialien auf der Eurojust-Website abgerufen werden. *Siehe auch Abschnitt 3.2.*

2.1.6 Cyberkriminalität

Die Anzahl der bei Eurojust registrierten Cyberkriminalitätsfälle ist erheblich gestiegen (42); Koordinierungstreffen in Bezug auf Cyberkriminalität nahmen um 50 Prozent zu (15), und es wurden sechs JITs eingerichtet. Obgleich sie typischerweise in Verbindung mit Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (11) und Betrugsfällen (16) auftritt, wurden im Jahr 2014 Fälle registriert, die Cyberkriminalität als einzelnen Straftatbestand behandeln (15).

Rumänien, das Vereinigte Königreich und Ungarn waren die Länder mit den meisten Ersuchen im Bereich der Cyberkriminalität, wogegen Frankreich, Dänemark und die Niederlande die am häufigsten ersuchten Mitgliedsstaaten waren.

Eurojust steht in Verbindung mit dem Projekt Illegal Trade on Online Marketplaces (ITOM) (illegaler Handel auf Online-Märkten), das eine von den Niederlanden geführte und von der EU finanzierte Initiative zur Förderung eines integrierten Ansatzes bei der Bekämpfung illegalen Handels auf anonymen Märkten im Internet darstellt. Dabei werden koordinierte Interventionen in enger Zusammenarbeit mit (inter) nationalen Strafverfolgungsbehörden einschließlich des Europäischen Zentrums für Cyberkriminalität (EC3), Justizbehörden, anderen öffentlichen Organisationen und dem Privatsektor innerhalb der Europäischen Union initiiert.

Darüber hinaus ist Eurojust auch mit dem Training of Trainers and Certification Programme Project (TOT) (Programm zur Ausbildung und Zertifizierung von Ausbildern) verbunden, einem von Spanien geführten und von der EU finanzierten Projekt, das auf eine deutliche Erhöhung der Effektivität, Zusammenarbeit und des gegenseitigen Verständnisses zwischen Strafverfolgungsbehörden und Staatsanwälten bei der Bekämpfung von Cyberkriminalität abzielt. Wichtigstes Ziel des Projekts ist die Organisation eines „Train the Trainer“-Kurses für Strafverfolgungsbehörden und Staatsanwälte zur Schaffung eines Rahmens, in dem europäische Ermittler und Staatsanwälte im Bereich der Cyberkriminalität zertifiziert werden können.

Zusammenarbeit mit EC3

Eurojust hat seine Unterstützung der Arbeit von EC3 fortgesetzt, und zwar durch Teilnahme an den Sitzungen des Programmvorstands und, seit Juli 2014, durch Abordnung

eines Kollegiumsmitglieds als Eurojust-Vertreter an EC3 zur Erleichterung des Informationsaustauschs. Ferner wurden zur weiteren Stärkung der Zusammenarbeit mit EC3 die Verhandlungen abgeschlossen und die Genehmigung erteilt für die Mustervereinbarung *Agreement between Eurojust and Europol for the temporary placement of a Eurojust representative to the European Cybercrime Centre*. (Vereinbarung zwischen Eurojust und Europol für die zeitlich befristete Abordnung eines Eurojust-Vertreterers an das europäische Zentrum für Cyberkriminalität).

Der Zweck der zeitlich befristeten Abordnung eines Eurojust-Vertreterers an EC3 besteht darin, den Informationsaustausch zu erleichtern, Hilfestellung bei der Gewährleistung der Zulässigkeit von Beweismitteln in juristischen Verfahren zu bieten, eine frühzeitige Beteiligung von Eurojust zu erleichtern und die Abdeckung der strafrechtlichen Dimension innerhalb von EC3 zu optimieren.

Die Anwesenheit eines Eurojust-Vertreterers kann die Effektivität der Strafverfolgung erhöhen und gegebenenfalls die Einziehung von Vermögenswerten im Zusammenhang mit Cyberkriminalitätsfällen erleichtern. Zu diesem Zweck kann der Eurojust-Vertreter an von EC3 organisierten operativen Sitzungen teilnehmen. Ferner wird er die Rolle und Aufgabe von Eurojust bei der Einrichtung von JITs fördern und nationale Behörden unterstützen, insbesondere dann, wenn die Koordinierung von gleichzeitig stattfindenden polizeilichen und strafrechtlichen Aktivitäten erforderlich ist.

Im Dezember veröffentlichte Eurojust eine Aufforderung zur Interessensbekundung für die Rekrutierung eines abgeordneten nationalen Sachverständigen mit der Hauptaufgabe, Eurojust bei EC3 zu vertreten.

Strategische Sitzung zum Thema Cyberkriminalität

Am 19. und 20. November hielt Eurojust eine strategische Sitzung mit dem Titel „Cybercrime - rising to the challenges of the 21st century“ (Cyberkriminalität - den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts begegnen) ab, an der Experten aus Justiz und Polizei aus den Mitgliedsstaaten in interaktiven Seminaren ihr Fachwissen und ihre Meinungen austauschten. Die Sitzung befasste sich mit Themen, die in Verbindung mit Cyberkriminalität stehen: Zulässigkeit von elektronischen Beweismitteln, grenzüberschreitender Zugriff auf Daten und Datenspeicherung.

Am Rande der strategischen Sitzung von Eurojust zum Thema Cyberkriminalität fand am 21. November ein Brainstorming für auf dieses Gebiet spezialisierte EU-Staatsanwälte statt, das die Möglichkeit bot, Methoden und Instrumente zur Verstärkung ihrer Zusammenarbeit in diesem Bereich zu erörtern. *Siehe auch Abschnitt 3.3.*

Fallbeispiel

Im Eurojust Jahresbericht 2013 wurde ein Fallbeispiel angeführt betreffend ein Strafverfahren gegen eine organisierte kriminelle Vereinigung aus Bulgarien, die sich auf Betrug und Fälschung spezialisiert hatte, insbesondere durch Kopieren von Kreditkarten mittels Platzierung von elektronischen Lesegeräten an Bankautomaten. Diese organisierte kriminelle Vereinigung sammelte Finanzdaten an Geldautomaten in Spanien und anderen Mitgliedsstaaten, um gefälschte Kredit- und Bankkarten herzustellen, mit deren Hilfe sie dann große Mengen an Bargeld, ebenfalls von Geldautomaten, abhob.

Im April 2013 richtete Eurojust ein Koordinierungstreffen aus, an dem spanische und bulgarische Behörden sowie Europol teilnahmen. Die beteiligten Parteien bildeten eine gemeinsame Ermittlungsgruppe, um die Zusammenarbeit und den Austausch von Beweismitteln zu erleichtern. Ein in Ost-Spanien durchgeführter gemeinsamer Aktionstag im Oktober 2013 führte zu drei Hausdurchsuchungen, der Verhaftung von sechs Personen, der Beschlagnahme von 15 Geräten zum Kopieren von PIN-Nummern, mehrerer Geräte für die Speicherung der Informationen auf Magnetstreifen von Bank- und Kreditkarten, mehreren Laptops und Dokumenten mit Angabe der Standorte von Geldautomaten.

Durch den Erfolg dieser ersten gemeinsamen Aktion ermutigt, führte das JIT seine Tätigkeit mit parallel laufenden Ermittlungen in Bulgarien und Spanien fort, mit dem Ziel, die Struktur der Vereinigung vollständig zu erfassen und damit ihre Ausschaltung zu ermöglichen. Der durch das JIT durchgeführte Austausch von Informationen und Beweismitteln ermöglichte es den ermittelnden Behörden, die Hauptverdächtigen in Bulgarien und Spanien zu identifizieren, ihre Wohnsitze zu lokalisieren und Belastungsmaterial zu sammeln. Der nächste Schritt bestand darin, die Verdächtigen durch gleichzeitige Aktionen zu verhaften und weitere Beweismittel durch Personen- und Hausdurchsuchungen aufzunehmen.

Eine der Hauptentscheidungen in diesem Zusammenhang bezog sich auf die Frage, ob die Verhaftungen auf der Basis von EuHBs vollstreckt werden sollten, die von beiden nationalen Behörden auf Grundlage der entsprechenden Strafverfahren ausgestellt wurden, oder ob ein Mitgliedsstaat die Führung übernehmen und EuHBs für die andere Partei nach Bedarf ausstellen sollte. Angesichts der jüngsten Entwicklungen und Beweismittelaufnahmen bei den Ermittlungen würde eine Entscheidung im Sinne der letzteren Option in letzter Minute getroffen werden müssen. Aus diesem Grund wurde im Januar 2014 ein vom spanischen und bulgarischen Tisch geführtes Koordinierungszentrum bei Eurojust eingerichtet, um sicherzustellen, dass strafrechtliche Entscheidungen rechtzeitig und abgestimmt getroffen und sofort umgesetzt werden. Auf Anraten des bulgarischen Tisches wurden die von den spanischen Behörden ausgestellten EuHBs mit Unterstützung von Eurojust noch vor dem Koordinierungszentrum entworfen und übersetzt, da gemäß bulgarischer Rechtsordnung die Zeitspanne für die Ausstellung eines Haftbefehls nach der Inhaftierung einer Zielperson nur 24 Stunden beträgt. Durch das Wissen um diese Besonderheit der Rechtsordnung und das proaktive Vorgehen der nationalen Tische bei Eurojust konnte die rechtzeitige Ausstellung der EuHBs sichergestellt werden.

Dabei handelte das Koordinierungszentrum in enger Zusammenarbeit mit EC3. Die gemeinsamen Aktionen führten zu 16 Verhaftungen und zu Durchsuchungen von 14 Häusern und zwei Unternehmen. Zu den beschlagnahmten Gegenständen gehörten 19 Mobiltelefone, 21 Bankkarten, mehrere Laptops und andere elektronische Geräte - einschließlich solcher, die zur Durchführung der Straftaten bestimmt waren. Experten des EC3 und Europol-Verbindungsoffiziere waren mit einem mobilen Büro ausgestattet, das die Gegenprüfung, Analyse und den Austausch von Informationen in Echtzeit ermöglichte. Gleichzeitig wurden Europol-Vertreter in Bulgarien und Spanien eingesetzt, um die Operation vor Ort zu unterstützen. Ein zusätzlicher Aktionstag im Februar führte zu drei Verhaftungen und vier Hausdurchsuchungen. In zwei Firmen wurden Razzien durchgeführt, wobei Ausrüstung zum Bankkartenbetrug einschließlich Leerkarten, Kameras und Kartenlesegeräten sichergestellt wurde.

Nach den taktischen Aktionen wurde die Rolle von Eurojust auf die Unterstützung der zuständigen nationalen Behörden bei der Erörterung der geeignetsten weiteren strafrechtlichen Vorgehensweisen erweitert. So wurde am 20. Februar 2014 ein Koordinierungstreffen mit bulgarischen und spanischen Ermittlungsbehörden einberufen, um die vorhandenen Beweismittel, den Fortschritt bei nationalen Strafverfahren und die relevanten Gesetze des Prozess- und Strafrechts zu erörtern. Die Parteien einigten sich darauf, dass die spanischen Behörden wegen des fortgeschrittenen Stadiums ihrer Ermittlungen besser in der Lage waren, ein Strafverfahren zu führen, welches durch die beim bulgarischen Verfahren aufgenommenen Beweismittel noch verstärkt würde. Aus diesem Grund wurden die in Bulgarien aufgenommenen Beweismittel nach Spanien übermittelt. Außerdem einigten sich die Parteien darauf, dass die spanischen Behörden an ihre bulgarischen Kollegen ein formelles Ersuchen um Übertragung

des Verfahrens richten würden, so dass die Verdächtigen ausschließlich in Spanien vor Gericht gestellt würden. Während des Treffens wurden dann die Formalitäten und rechtlichen Erfordernisse erörtert, um die Verdächtigen aus der Untersuchungshaft in Bulgarien mittels EuHBs zu übergeben.

2.1.7 Illegale Einwanderung

Die Anzahl der im Zusammenhang mit illegaler Einwanderung bei Eurojust registrierten Fälle ist im Jahr 2014 gestiegen (32). Dieser positive Trend wurde durch die Zunahme entsprechender Koordinierungstreffen (10) und JITs (9) bestätigt, wobei die Anzahl der ersteren sich gegenüber der von 2013 verdoppelt hat. Die Mehrzahl dieser Fälle betraf den Straftatbestand der illegalen Einwanderung (22), wobei dieser in manchen Fällen mit der Straftat der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung verbunden war (5).

Belgien, das Vereinigte Königreich, Ungarn und Italien waren die Mitgliedsstaaten mit den meisten Ersuchen im Bereich von Fällen illegaler Einwanderung, während die am häufigsten ersuchten Mitgliedsstaaten Italien, Frankreich und das Vereinigte Königreich waren.

Eurojust ernannte eine Kontaktstelle für das regionale Projekt der internationalen Organisation für Migration mit der Bezeichnung *Strengthening the fight against trafficking in persons and migrant smuggling in the Western Balkans* (*Verstärkung der Bekämpfung von Menschenhandel und Schleusung von Migranten in den Ländern des westlichen Balkans*) und nahm am ersten Workshop teil, der am 17. und 19. Dezember in Skopje, in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, stattfand. Das von Italien finanzierte Projekt zielt darauf ab, die Kapazitäten und grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Interessenvertretern in Ländern des westlichen Balkan bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Straftaten wie Menschenhandel und Schleusung von Migranten zu stärken.

Nach der Mitteilung der Europäischen Kommission vom 4. Dezember 2013 zur Arbeit der Task Force Mediterranean startete das europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen im Mai ein Pilotprojekt, um mehr über das Phänomen der Unterstützung von Personen, die internationalen Schutz suchen, zu erfahren. Eurojust schloss sich dem Projekt als Beobachter an.

2.1.8 Terrorismus

Während die Anzahl der bei Eurojust registrierten Terrorismus-Fälle (14) im Vergleich zu 2013 leicht zurückgegangen ist, hat die Zahl der Koordinierungstreffen (4) und JITs (2) zugenommen. In den meisten Fällen konzentrierte sich die Fallarbeit auf Terrorismus als Einzeldelikt, obgleich es auch Fälle gab, bei denen zudem ein Zusammenhang mit Mord bestand (2).

Die Mitgliedsstaaten mit den meisten Ersuchen waren Spanien, die Niederlande, Portugal und das Vereinigte Königreich, während Deutschland, Frankreich und Belgien am häufigsten ersucht wurden.

Ausländische Kämpfer: Der Einblick von Eurojust in das Phänomen und die strafrechtliche Erwiderng - Aktualisierter Bericht

2014 hat Eurojust relevante Informationen gesammelt und analysiert, um den 2013 veröffentlichten vertraulichen Bericht über ausländische Kämpfer zu aktualisieren.

Jährliche strategische Sitzung zum Thema Terrorismus

Die strategische Sitzung am 4. Juni, an der die nationalen Anlaufstellen für Eurojust teilnahmen, behandelte das Thema *Eurojust's role in counter-terrorism – Eurojust counter-terrorism deliverables* (*Die Rolle von Eurojust bei der Terrorismusbekämpfung - Arbeitsergebnisse von Eurojust bei der Terrorismusbekämpfung*). Die Teilnehmer tauschten Informationen über terroristische Straftaten und Strategien der Terrorismusbekämpfung aus und diskutierten über Methoden des effektiven Datenaustauschs. Die aktuellsten Ausgaben des Terrorism Convictions Monitor TCM (*siehe unten*) und des Maritime Piracy Judicial Monitor MPJM (*siehe Unterabschnitt 2.3.3*) von Eurojust, das Memorandum zum Thema Terrorismusfinanzierung, das CBRN-E Handbuch sowie Europol's Bericht TE-SAT 2014 wurden auf der Sitzung vorgestellt.

Taktische Sitzung zum Thema Terrorismus

Die taktische Sitzung am 5. Juni behandelte das Thema *Current trends in the EU counter-terrorism framework: foreign fighters in Syria – Judicial cooperation with third States in this field* (*Aktuelle Trends im EU-Rahmen der Terrorismusbekämpfung: ausländische Kämpfer in Syrien - justizielle Zusammenarbeit mit Drittstaaten auf diesem Gebiet*). An der Morgensitzung nahmen Experten aus den Mitgliedsstaaten, Delegierte aus den USA und Norwegen sowie Vertreter Europol's und des Amtes des EU-Koordinators für Terrorismusbekämpfung teil. Der von Eurojust verfasste und als Eurojust RESTRICTED klassifizierte Bericht über ausländische Kämpfer in Syrien sowie seine Schlussfolgerungen und Analysen der jüngsten Entwicklungen auf diesem Gebiet wurden vorgestellt und von den Teilnehmern erörtert. Die Nachmittagssitzung der Veranstaltung war der justiziellen Zusammenarbeit mit Drittstaaten bei der Abwehr ausländischer Kämpfer gewidmet. Experten auf dem Gebiet der Terrorismusbekämpfung aus den Ländern des westlichen Balkan und der Türkei nahmen an der Sitzung teil und gaben ihre Erfahrungen im Hinblick auf Ermittlungen und Gerichtsverfahren weiter.

Der aktualisierte Bericht identifizierte Herausforderungen, die auf Ermittlungen und Strafverfolgung von aufstrebenden ausländischen Kämpfern und Rückkehrern, Anwerbern und Vermittlern zurückgehen und hob einige nationale Vorgehensweisen besonders hervor.

Der Bericht enthält darüber hinaus Reflexionen von Eurojust über mögliche Methoden zur Verbesserung einiger Mechanismen und Instrumente, um die Effektivität der Erwidern auf dieses Phänomen seitens der Kriminalpolitik der Europäischen Union und der einzelnen Mitgliedsstaaten zu steigern. Der Bericht wurde vom Kollegium angenommen und als Eurojust und EU RESTRICTED klassifiziert.

Eurojust trug zum Bericht TE-SAT 2014 bei, indem es Daten über Verurteilungen und Strafmaße für terroristische Straftaten in den Mitgliedsstaaten zur Verfügung stellte sowie über relevante Änderungen nationaler Gesetze zum Terrorismus informierte.

CBRN-E Handbuch

Das CBRNE-Handbuch enthält für EU-Praktiker multisektorale fachliche Unterstützung im rechtlichen Bereich für Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen gegen grenzüberschreitende Kriminalität im Zusammenhang mit chemischen, biologischen, radiologischen, nuklearen Stoffen und Sprengstoffen (CBRN-E). Es bietet einen Überblick über die Grundlagen der europäischen und internationalen Verwaltungs- und Strafrechtsvorschriften in Bezug auf CBRNE-Gefahrstoffe, einschließlich Müll. Das CBRN-E Handbuch wird jährlich aktualisiert und an geeignete externe Akteure verteilt.

Memorandum zum Thema Terrorismusfinanzierung

Das Eurojust Memorandum zum Thema Terrorismusfinanzierung enthält einen Überblick über die auf internationaler und EU-Ebene existierenden Rechtsinstrumente und Rechtsnormen zur Bekämpfung der Finanzierung von Terrorismus und bietet eine Zusammenfassung dieser Rechtsvorschriften. Darin wird außerdem der aktuelle Stand der Beteiligung von Eurojust an justizieller Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Bekämpfung von Terrorismusfinanzierung vorgestellt. Das Memorandum wurde von Eurojust zum ersten Mal im Jahr 2006 herausgegeben. Die vierte aktualisierte Fassung des Memorandums wurde 2014 veröffentlicht. Sie folgte auf die vorherigen Aktualisierungen von 2008 und 2011.

Terrorism Convictions Monitor (TCM)

Seit 2008 hat Eurojust den TCM regelmäßig veröffentlicht. Der TCM ist ein interner, als Eurojust LIMITED klassifizierter vertraulicher Bericht, der auf Open-Source-Daten basiert und Informationen enthält, die von den nationalen Behörden zur Umsetzung des Beschlusses 2005/671/JI zur Verfügung gestellt werden. Er enthält einen Überblick über die Verurteilungen und Freisprüche im Zusammenhang mit terroristischen Straftaten in der ganzen Europäischen Union sowie analytische und statistische Informationen..

2.1.9 Menschenhandel

Die Fallarbeit von Eurojust im Bereich Menschenhandel verzeichnete einen Rückgang sowohl bei der Anzahl registrierter Fälle (71) als auch der Koordinierungstreffen (12).

Dagegen stieg die Anzahl von mit Menschenhandel befassten JIAs von 15 im Jahr 2013 registrierten Fällen auf 18 an. Wie schon 2013 stellte sexuelle Ausbeutung auch weiterhin die wichtigste Kategorie des Menschenhandels in Eurojust-Fällen dar. Meist traten die Fälle als einzelner Straftatbestand in Erscheinung, obgleich manche in Verbindung mit Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung standen (12).

Bulgarien, das Vereinigte Königreich und Rumänien waren die Mitgliedsstaaten mit den meisten Ersuchen, während Rumänien, Deutschland und Italien die meisten Ersuchen erhielten.

2012 startete Eurojust ein strategisches Projekt mit dem Titel *Eurojust's action against trafficking in human beings* (THB Project) (*Eurojust-Aktion gegen Menschenhandel, kurz THB-Projekt*). Beim THB-Projekt wurden die Gründe identifiziert und angegangen, die für die begrenzte Anzahl an Strafverfolgungsmaßnahmen gegen Menschenhandel in der Europäischen Union verantwortlich sind. Zudem wurden Probleme bei der justiziellen Zusammenarbeit auf diesem Gebiet angesprochen. Darüber hinaus wurde der Mehrwert einer Beteiligung von Eurojust an Menschenhandelsfällen analysiert und weitere Maßnahmen identifiziert, die von Eurojust ergriffen werden könnten, um Mitgliedsstaaten dabei zu helfen, Menschenhändler effektiv vor Gericht zu bringen.

Eurojust hat den erzielten Fortschritt bei der Umsetzung des Aktionsplans überwacht und einen [Bericht zur Zwischenbewertung](#) der Ergebnisse vorbereitet. Dieser Bericht wird bei einer im Jahr 2015 von Eurojust zu organisierenden strategischen Sitzung zum Thema Menschenhandel erörtert werden.

Zur Bekanntmachung der Aktivitäten von Eurojust auf diesem Gebiet wurde eine [Projekt-Website zum Thema Men-](#)

[schenhandel](#) entwickelt und auf der Eurojust-Website zur Verfügung gestellt. Die Website bietet eine Reihe von für das [Projekt bedeutsamen Dokumenten, wie z. B. den Bericht und den Aktionsplan zum strategischen Projekt von Eurojust](#), sowie den [Bericht über die strategische Sitzung von 2012](#).

Anlässlich des 8. EU-Tages gegen Menschenhandel veröffentlichte die Europäische Kommission am 17. Oktober den *Mid-term report on the Implementation of the EU Strategy towards the eradication of Trafficking in Human Beings 2012-2016* (Zwischenbericht über die Umsetzung der EU-Strategie zur Eliminierung von Menschenhandel 2012-2016). Der Zwischenbericht enthält im Anhang einen *Report on Joint Actions in the field of Trafficking in Human Beings* (Bericht

zu gemeinsamen Aktionen im Bereich des Menschenhandels) der von sieben JI-Einrichtungen (CEPOL, EASO, Europol, Eurojust, FRA, Frontex und EIGE) zwischen Oktober 2012 und Oktober 2014 entwickelt worden war.

Als Folgedokument für den Kommissionsbericht und mit der Absicht, ihn zu vervollständigen, haben die JI-Einrichtungen gemeinsam ein Dokument produziert, das die wichtigsten Aktionen der einzelnen Einrichtungen im Bereich des Menschenhandels während dieses Zeitraums auflistet. Ein Beispiel für eine solche gemeinsame Aktion ist das CEPOL-Modul zum Menschenhandel, das mit der Unterstützung von Frontex, Europol, Eurojust, FRA und EIGE entstanden ist und Ende März 2013 auf der Website von CEPOL gestartet wurde..

Fallbeispiel

In den Niederlanden, Belgien und Ungarn durchgeführte Ermittlungen haben gezeigt, dass eine Gruppe von Individuen ungarischer Herkunft an Zwangsprostitution in den Niederlanden und Belgien beteiligt war. Das Netzwerk stellte ungarischen Frauen mit Roma-Hintergrund gut bezahlte Jobs in Aussicht und organisierte ihre Reise in die Niederlande und Belgien. Bei ihrer Ankunft wurden die Opfer jedoch zur Prostitution gezwungen. Der größte Teil ihrer Einkünfte gelangte in die Hände der Netzwerkmitglieder und wurde nach Ungarn überwiesen.

Dieser Fall wurde von den Niederlanden im Rahmen des EMPACT-Projekts zum Menschenhandel 2013 eröffnet und führte 2014 zu positiven Ergebnissen. Obwohl alle ersuchten Mitgliedsstaaten - Belgien, Ungarn, Deutschland, Österreich und das Vereinigte Königreich - am ersten von vier im Jahr 2013 abgehaltenen Koordinierungstreffen beteiligt waren, wurde später deutlich, dass nur die Verbindungen nach Belgien und Ungarn sich als stark genug erwiesen, um Ermittlungen in diesen Mitgliedsstaaten zu eröffnen.

Vier Koordinierungstreffen wurden am Standort von Eurojust einberufen. Sowohl im Vorfeld der Koordinierungstreffen als auch danach fanden Sitzungen der zweiten Ebene statt, um die betroffenen nationalen Tische über die vorherigen und zukünftigen niederländischen Ermittlungen zu informieren und Möglichkeiten für die Einrichtung eines JIT zu diskutieren.

Während des dritten Koordinierungstreffens wurde der Entwurf der JIT-Vereinbarung erörtert und die Bereitschaft der beteiligten Parteien zur Unterzeichnung der Vereinbarung überprüft. Europol's Kontaktstelle Phoenix stellte den Teilnehmern des Koordinierungstreffens Überprüfungsberichte zur Verfügung. Es wurden operative Sitzungen von Europol organisiert, um eine Gruppe der wichtigsten Zielpersonen zu identifizieren, auf die sich die Ermittlungen konzentrieren sollten. Beim letzten Koordinierungstreffen im Dezember 2013 wurde die JIT-Vereinbarung von den Niederlanden, Belgien und Ungarn unterzeichnet. Das JIT wurde von Eurojust 2014 finanziell unterstützt.

Im Februar 2014 wurde eine bilaterale Sitzung der zweiten Ebene zwischen den Tischen der Niederlande und des Vereinigten Königreichs einberufen, um die reibungslose Fortsetzung der JIT-Ermittlungen sicherzustellen. Ein potentiell Opfer des Menschenhandels war kurz davor, in das Vereinigte Königreich zu reisen und an der Grenze kontrolliert zu werden. Der Tisch des Vereinigten Königreichs nahm Kontakt zur nationalen Polizei auf und vergewisserte sich, dass die Grenzkontrolle nicht mehr als ein Routinevorgang sein würde und zerstreute damit bei dieser Sitzung geäußerte Bedenken, dass diese Aktion den Fortgang der Ermittlungen gefährden könnte.

Am 12. und 13. März fand in Ungarn und Belgien ein Aktionstag statt, an dem sechs Hausdurchsuchungen gleichzeitig durchgeführt wurden. Eine große Menge an Bargeld in der Landeswährung, sieben Luxusfahrzeuge, Juwelen, Mobiltelefone, Pässe und andere bedeutende Beweismittel wurden sichergestellt. Zwei Verdächtige wurden in Ungarn und acht in Belgien verhaftet. Der Fall dauerte 2014 an..

2.2 Eurojust-Unterstützung in weiteren Kriminalitätsbereichen

2.2.1 Geldwäsche

Obgleich Geldwäsche nicht zu den Eurojust-Prioritäten für den Zeitraum 2014-2017 zählt, wurden dennoch 220 Fälle dieser Straftat bei Eurojust registriert, was eine deutliche Zunahme im Vergleich zu den im Jahr 2013 erfassten Zahlen (193) darstellt und das Wachstum der operativen Arbeit von Eurojust auf diesem Gebiet – das 2012 begann (144) – konsolidiert. Geldwäsche-Fälle werden hauptsächlich in Verbindung mit ähnlichen Straftaten wie Betrug (84) oder Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (52) gehandhabt. Jedoch konzentrieren sie sich auch auf Geldwäsche als eigenständigen einzelnen Straftatbestand (71). Die häufigsten Antragsteller waren Frankreich, Spanien und Italien. Spanien wurde am häufigsten ersucht, gefolgt von Deutschland und dem Vereinigten Königreich.

2.2.2 Umweltkriminalität

Die Anzahl der im Zusammenhang mit Umweltkriminalität registrierten Fälle bei Eurojust (5) ging im Vergleich zu 2013 zurück (8). Umweltkriminalität wurde dabei entweder als einzelner Straftatbestand (3) oder in Verbindung mit Betrug (1) und illegalem Handel (1) behandelt. Im Bereich der Umweltkriminalität waren die Mitgliedsstaaten Niederlande, Deutschland, Tschechien und Schweden die Länder mit den meisten Ersuchen. Unter den am häufigsten ersuchten Ländern waren Frankreich, Griechenland, Irland, Lettland und Polen zu finden.

Im November veröffentlichte Eurojust den [*Report on the Strategic Project on Environmental Crime*](#) (*Bericht über das strategische Projekt zur Umweltkriminalität*). Der Bericht fasst die durch das von Eurojust im Jahr 2013 gestartete strategische Projekt zur Umweltkriminalität gewonnenen Erkenntnisse zusammen. Darin werden die Hauptschwierigkeiten hervorgehoben, denen sich nationale Behörden bei der Strafverfolgung von Umweltkriminalität gegenüber sehen, und es wird der Versuch unternommen, Vorschläge zur Lösung bestimmter Schwierigkeiten zu präsentieren, insbesondere solcher, die mit grenzüberschreitender Zusammenarbeit zusammenhängen, unter besonderer Berücksichtigung von illegalem Handel mit Abfall, Handel mit bedrohten Arten und Verschmutzung der Oberflächengewässer. Der Bericht skizziert darüber hinaus die verschiedenen nationalen Organisationsstrukturen zur Bekämpfung von Umweltkriminalität sowie den Zugang zu Fachwissen in den Mitgliedsstaaten.

Im April trug Eurojust zur Veröffentlichung der Kommission zum EU-Ansatz gegen Handel mit frei lebenden Tieren bei, indem es seinen Beitrag an die GD Umwelt sandte.

2.2.3 Meerespiraterie

Nach der Veröffentlichung der ersten Ausgabe des Maritime Piracy Judicial Monitor (MPJM) von Eurojust, die im Juli 2013 stattfand, hat das Kollegium die Fortsetzung

des MPJM bestätigt und beschlossen, einen speziell zur Behandlung dieses Themas angelegten Fall für alle Mitgliedsstaaten zu eröffnen. Die Veröffentlichung der nächsten Ausgabe des MPJM ist für April 2015 geplant. Getreu den für die erste Ausgabe formulierten Zielen wird durch das MPJM beabsichtigt, Praktikern bei der Lösung von Problemen zu helfen, die sich im Zusammenhang mit Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen bei mit Meerespiraterie verknüpften Fällen ergeben.

Eurojust nahm bei der Vorbereitung des nächsten MPJM mit verschiedenen Hauptakteuren Kontakt auf, mit dem Ziel, an der Arbeit der zuständigen regionalen und internationalen Einrichtungen zur Bekämpfung von Meerespiraterie mitzuwirken und diese Arbeit zu dokumentieren. Zu diesen Einrichtungen gehörten der Europäische Auswärtige Dienst (EAD), das Europäische Sicherheits- und Verteidigungskolleg (ESVK), die Vereinten Nationen, INTERPOL und die Kontaktgruppe „Seeräuberei vor der Küste Somalias“, bei der die Europäische Union 2014 den Vorsitz innehatte.

2.2.4 Eurojust-Kontaktstelle zum Schutz des Kindes

Es wurden neunundzwanzig Fälle mit Kindern als Opfer von Straftaten registriert. Diese Fälle traten typischerweise mit bildlichen Darstellungen von Kindesmissbrauch (7) und mit Kindesentführung (7) auf. Das Vereinigte Königreich und Spanien gehörten zu den Ländern mit den meisten Ersuchen, während Deutschland, Rumänien, Frankreich und Griechenland die am häufigsten ersuchten Mitgliedsstaaten waren.

Die Entschlossenheit von Eurojust, jede Form von Kindesmissbrauch zu bekämpfen, wird von der Arbeit der Kontaktstelle zum Schutz des Kindes unterstrichen und verstärkt. Sie hat das Mandat, Eurojust in den Schutz des Kindes betreffenden Fällen gegenüber nationalen Behörden, Strafverfolgungsorganisationen und anderen nationalen oder internationalen Einrichtungen, die im Bereich des Kinderschutzes aktiv sind, zu vertreten.

Innerhalb dieses Rahmens nahm die Kontaktstelle an der Konferenz teil mit dem Titel: *Child Alerting in the EU: Saving the lives of endangered missing children*, (*Alarm um die Kinder in der EU: das Leben gefährdeter vermisster Kinder retten*), die im Europaparlament stattfand und besuchte außerdem die Konferenz *Lawyers in Europe on Parental Child Abduction (LEPCA)* (*Rechtsanwälte in Europa zum Thema Kindesentführung durch Eltern*), die in Den Haag stattfand.

Zu den Aufgaben der Kontaktstelle gehört die Beratung und Unterstützung der nationalen Tische bei Eurojust hinsichtlich ihres Gebrauchs von Instrumenten und Maßnahmen, die speziell für die Durchführung von Ermittlungen und Strafverfahren mit Bezug auf Kinder ausgelegt sind, wie z. B. Zeugen-/Opferschutz und INTERPOL-Datenbank über vermisste Kinder.

Operation BlackShades: Fall des Jahres

BlackShades war eine Organisation, die bösartige Software (Malware) entwickelte und verkaufte, mit deren Hilfe die Käufer in der Lage waren, Computer zu infizieren und deren Betrieb aus der Ferne zu übernehmen und zu steuern, um unter anderem DDoS-Attacken (distributed denial-of-service) auszuführen. Ermittlungen des FBI offenbarten Verbindungen zu mehreren Mitgliedsstaaten. Ein Beispiel dafür, wie die Malware zu kriminellen Zwecken genutzt werden konnte, war das eines 18 Jahre alten Mannes aus den Niederlanden, der mindestens 2000 Computer infizierte und deren Webcams steuerte, um Fotos von Frauen und Mädchen zu machen.

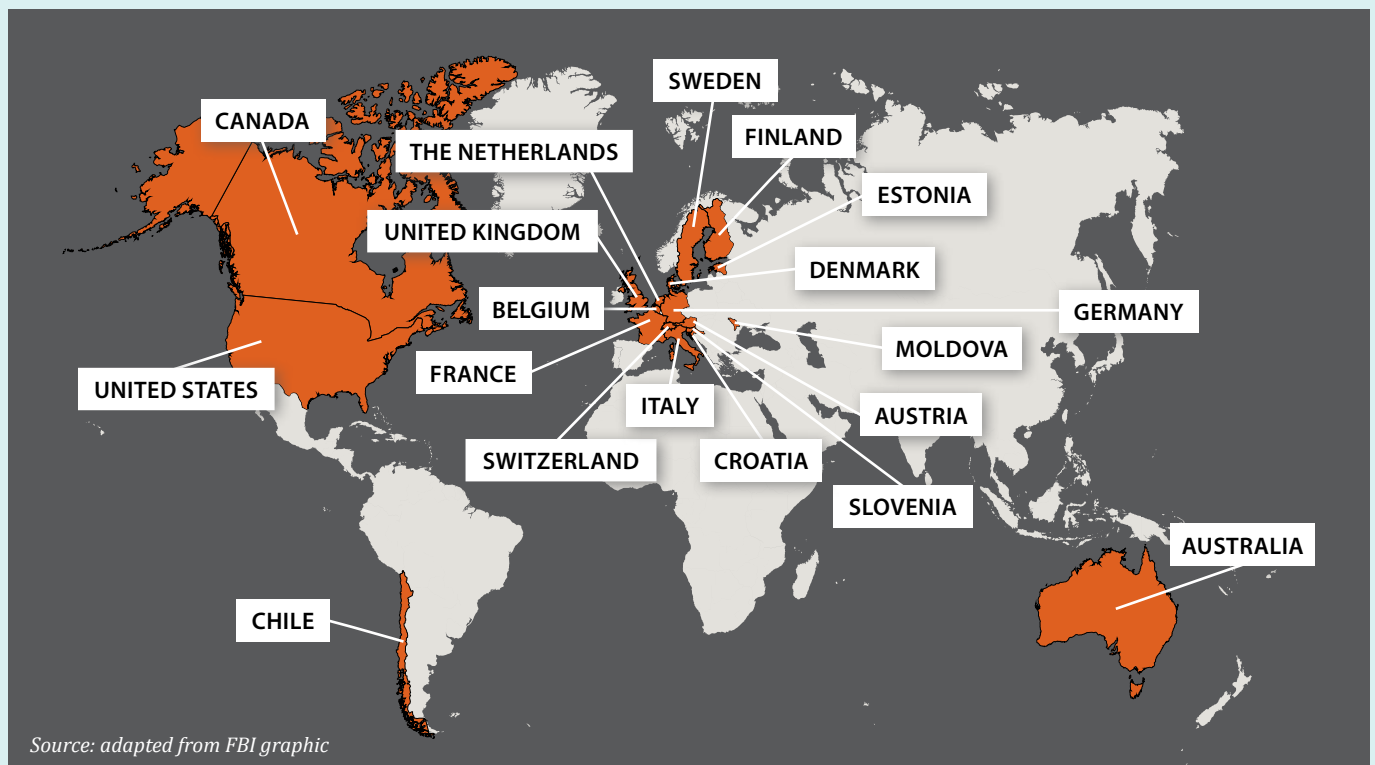
Der niederländische Staatsanwalt, der hinsichtlich dieses Falles in Kontakt mit dem FBI und der US-Staatsanwaltschaft stand, schaltete Eurojust mit ein. Obgleich die US-Behörden die Absicht hatten, den BlackShades-Server auszuschalten, hatten sie an der Strafverfolgung ausländischer Zielpersonen in den USA kein Interesse. Als während dieser weltweiten Ermittlungen die Hersteller, Verkäufer und Nutzer von BlackShades-Malware in 16 Staaten durch die gerichtlichen und polizeilichen Behörden ins Visier genommen wurden, trat der Mehrwert justizieller Zusammenarbeit mit der Eröffnung eines Falles in den Niederlanden im November 2013 deutlich zutage; ein Koordinierungstreffen wurde im selben Monat einberufen. Drei weitere Koordinierungstreffen wurden im Januar, April und Juli 2014 organisiert.

Das Ziel des ersten Koordinierungstreffens bestand darin, zu ermitteln, welche Staaten rechtliche Schritte gegen identifizierte Personen einleiten konnten und die Möglichkeiten eines gemeinsamen strafrechtlichen Vorgehens der betroffenen Staaten zu erörtern. Trotz der relativ kurzfristigen Einberufung des Treffens, nahmen Vertreter von Behörden aus den Niederlanden, den USA, Rumänien, Belgien, Deutschland und Frankreich sowie Vertreter von Europol's EC3 an dem Treffen teil. Manche Staaten hatten hinsichtlich dieser Malware schon eigene Ermittlungen angestellt und erkannten die Notwendigkeit justizieller Zusammenarbeit auf internationaler Ebene an. Es wurde deutlich, dass außer den teilnehmenden Staaten noch andere betroffen waren, so dass zu den Folgetreffen auch diese Staaten eingeladen wurden.

Die in ihren Ermittlungen schon weit fortgeschrittenen US-Behörden informierten dieses erste Treffen über einen Zwei-Stufen-Plan: die Zerschlagung der BlackShades-Organisation und die internationale Ausschaltung des Servers, um den Verkauf der Software zu stoppen. Das Koordinierungstreffen trug zu den US-Ermittlungen durch die Identifizierung von 20 Kunden der BlackShades-Organisation bei.

Die Ermittlungen in den teilnehmenden Mitgliedsstaaten befanden sich auf verschiedenen Stufen, was unweigerlich bedeutete, dass es eine gewisse Zeit dauern würde, die Bemühungen der verschiedenen nationalen Behörden miteinander in Übereinstimmung zu bringen. Mehrere Staaten

Internationale Kooperation in dem BlackShades-Fall



wiesen darauf hin, dass trotz der Identifizierung einiger Verdächtiger noch weitere Informationen benötigt wurden, um entweder einen Fall eröffnen zu können oder die bereits verfügbaren Daten zu ergänzen.

Die Mitglieder des Treffens wurden darüber informiert, dass Verdächtige nicht nur in den USA, sondern auch in den Mitgliedsstaaten bereits für Straftaten im Bereich der Cyberkriminalität bekannt waren, oder mit solchen in Verbindung gebracht werden konnten. Im Fall eines Mitgliedsstaates war der Besitz einer Kopie der bösartigen Software als solches entscheidend, während für einen anderen Mitgliedsstaat dies nicht genug war, sondern der Nachweis erbracht werden musste, dass die Software vorrangig zum illegalen Gebrauch hergestellt worden war.



Die Ermittlungen fanden ihren Höhepunkt in einer zweitägigen gemeinsamen Aktion im Mai 2014, die von Eurojust durch ein am Eurojust-Standort eingerichtetes Koordinierungszentrum koordiniert und von EC3 unterstützt wurde. Im

Verlauf der zwei Aktionstage wurden weltweit 359 Häuser durchsucht und 97 Personen verhaftet. Über 1100 vermutlich für illegale Aktivitäten genutzte Speichergeräte wurden sichergestellt, einschließlich Computern, Laptops, Mobiltelefonen, Routern, externen Festplatten und USB-Memory Sticks. Beachtliche Mengen an Bargeld, illegalen Schusswaffen und Drogen wurden beschlagnahmt. Außerdem konnten die Behörden die Domain der BlackShades Website sicherstellen. Die an den Aktionen beteiligten Staaten waren die Niederlande, Belgien, Frankreich, Deutschland, das Vereinigte Königreich, Finnland, Österreich, Estland, Dänemark, Italien, Kroatien, die Vereinigten Staaten, Kanada, Chile, die Schweiz und Moldawien.

Eurojust unterstützte die beteiligten Staaten durch Bereitstellung von Statusberichten der Ermittlungen in jedem der Mitgliedsstaaten sowie durch justizielle Hilfsmaßnahmen. Vertreter von Europol und dem FBI waren bei dem Koordinierungszentrum von Eurojust anwesend, wobei von EC3 analytische Echtzeit-Unterstützung zur Verfügung gestellt wurde. EC3 hat sich darüber hinaus für die Identifizierung und Betreuung der Opfer eingesetzt und technische Lösungen zum Schutz gegen diese Malware gefördert.

Der für den Fall verantwortliche holländische Staatsanwalt hat sich gemeinsam mit dem Assistenten des niederländischen nationalen Mitglieds zu den erzielten Erfolgen folgendermaßen geäußert: *'Operation BlackShades ist ein Paradebeispiel für gelungene grenzüberschreitende justizielle Zusammenarbeit in der Praxis. Das Internet ist keine sichere Umgebung für Straftäter. Dieser Fall, an dem so viele Mitgliedsstaaten und Drittstaaten mit dem*



Lodewijk van Zwieten und Koen Hermans

gemeinsamen Ziel der Unterbindung weiterer Cyber-Attacken beteiligt waren, zeigt das Potential weltweiter gemeinsamer Aktionen und ist ein Wegweiser für zukünftige gemeinsame Anstrengungen. Wir sind sehr zufrieden mit dem Ergebnis.'

Auf der Basis von Sitzungsprotokollen und der im Anschluss an die gemeinsamen Aktionstage durchgeführten Bewertung war es möglich, einige rechtliche und praktische Herausforderungen auszumachen, die Einfluss auf den Zeiträumen und das Resultat des Falles hatten. Eine Reihe von gelernten Lektionen sowie bewährten Vorgehensweisen in diesem Fall wurden identifiziert.

Rechtliche und praktische Probleme

- ▶ Als Herausforderung im gesamten Verlauf des Falles erwies sich die Tatsache, dass die Ermittlungen in den verschiedenen Teilnehmerstaaten sich auf unterschiedlichen Stufen befanden: beim ersten Koordinierungstreffen wurde deutlich, dass manche Staaten eine zusätzliche Zeitspanne von bis zu zwei Monaten benötigten, um weitere Informationen hinsichtlich der vermuteten Straftaten zu erhalten.
- ▶ Der Vorteil der Ausweitung des Falles auf eine möglichst große Zahl von Staaten und auf die Erfassung einer möglichst großen Zahl von Straftaten musste gegen die Nachteile abgewogen werden, die mit Verzögerungen und Impulsverlusten in den Staaten einher gingen, deren Ermittlungen sich bereits auf einer fortgeschrittenen Stufe befanden.
- ▶ Zu Beginn des Eurojust-Falles mussten einige Staaten ihre Daten durch Rechtshilfeersuchen anreichern, um über genügend Beweismittel zur Eröffnung des Falles auf nationaler Ebene verfügen zu können.
- ▶ Einige Staaten wurden durch die Tatsache benachteiligt, dass der Besitz der Software allein für die Eröffnung eines Gerichtsverfahrens nicht ausreichend war und die Notwendigkeit bestand, zu beweisen, dass die Software Schaden angerichtet hat und Opfer ausfindig gemacht wurden. Andere mussten beweisen, dass die Software zu vorrangig illegalen Zwecken hergestellt worden war.
- ▶ Mehrere Staaten wiesen darauf hin, dass sie für ihre Ermittlungen zügig Informationen benötigten, um Datenspeicherungsfristen einhalten zu können, die von Staat zu Staat unterschiedlich waren und davon abhingen, ob es ausschließlich um die Speicherung von IP-Adressen ging, oder ob noch andere Daten involviert waren.
- ▶ In manchen Staaten wurden mehrere Fälle eröffnet, die BlackShades betrafen, was die Komplexität bei der Koordinierung des Falles zusätzlich erhöhte. So musste beispielsweise in Frankreich, wo es keinen nationalen Staatsanwalt für Cyberkriminalität gibt, die Koordinierung zwischen den acht spezialisierten überregionalen Gerichtsbarkeiten sichergestellt werden, die 161 Bezirksstaatsanwaltschaften repräsentieren.



Ermittlungen gipfen in einem zweitägigen Koordinierungs-Zentrum bei Eurojust im Mai 2014. Foto © Eurojust

- ▶ In manchen Fällen bedarf es zur Veröffentlichung einer Pressemitteilung der Genehmigung mehrerer Behörden. Das Wissen um die richtigen Kontaktstellen und frühzeitige Kommunikation stellte die rechtzeitige Veröffentlichung der Pressemitteilung sicher.

Gelernte Lektionen

- ▶ Die Durchführung zweier gemeinsamer Aktionstage schien zu der Zeit die Methode zu sein, die zu den bestmöglichen Ergebnissen führen würde. Angesichts der schnellen Verbreitung von Nachrichten im Internet ist eine zeitliche Synchronisierung von Durchsuchungen, Sicherstellungen und Verhaftungen bei zukünftigen Operationen vorzuziehen, insbesondere, wenn es sich um groß angelegte Operationen handelt.
- ▶ Die Wichtigkeit der Sammlung von Informationen über Opfer und über von Malware verursachte finanzielle Verluste wurde betont, da Verurteilungen in Cyberkriminalitätsfällen, insbesondere in den USA, von Opfern und Verlusten abhängig sind.
- ▶ Anstatt sich ausschließlich auf Unterdrückungsmaßnahmen zu konzentrieren, unternahm das Vereinigte Königreich intensive Aktivitäten zur Vorbeugung, um Black-Shades-Käufer der niederen Ebene davon abzuhalten, im Bereich der Cyberkriminalität straffällig zu werden. Im Rahmen dieser Aktivitäten wurden Warn-E-mails und Briefe an ca. 500 Käufer versandt, sowie Warnbesuche bei ca. 100 Käufern durch Vertreter der National Crime Agency (NCA) durchgeführt.

Bewährte Vorgehensweisen

- ▶ Während des ersten Treffens wiesen Teilnehmer auf die positiven Auswirkungen hin, die infolge eines frühzeitigen Treffens auf strafrechtlicher Ebene eingetreten waren, da in den meisten Mitgliedsstaaten Entscheidungen mit Bezug auf Durchsuchungen, Beschlagnahmen und Verhaftungen auf strafrechtlicher Ebene getroffen werden. Eine frühzeitige Koordinierung auf strafrechtlicher Ebene machte es möglich, einen gemeinsamen Ansatz der Mitgliedsstaaten zur Sicherstel-

lung einer ausreichenden Menge an Informationen für Verurteilungen in mehreren Mitgliedsstaaten zu finden.

- ▶ Die Verteilung von Diskussionspunkten im Vorfeld des Koordinierungstreffens wurde als sehr vorteilhaft für die Produktivität und die konkreten Ergebnisse des Treffens gewertet.
- ▶ Zur Vereinheitlichung und Vereinfachung der Hausdurchsuchungen und Vernehmungen in Bezug auf die Malware wurde von Europol über seine Netzanwendung für sicheren Datenaustausch (SIENA) ein FBI-Leitfaden für Durchsuchungen und Vernehmungen an alle teilnehmenden Behörden versandt. Wegen der in Verbindung mit der Aufnahme von Beweismitteln in Cyberkriminalitätsfällen existierenden Komplikationen wurde dieser Leitfaden als sehr hilfreich empfunden.
- ▶ Die nach dem Koordinierungszentrum durchgeführte Abschlussbesprechung war insofern wertvoll, als dass sie die Möglichkeit bot, den Mehrwert dieses Koordinierungswerkzeugs herauszuarbeiten und Lehren aus der Zusammenarbeit während der beiden Aktionstage zu ziehen.
- ▶ Die Auswertung des Falles bei der Abschlussbesprechung ergab, dass die von Eurojust durchgeführte Analyse der strafrechtlichen Situation in den teilnehmenden Staaten in der frühen Phase des Falles sich als vorteilhaft für die Ergebnisse des Falles erwies, da diese Analyse es den nationalen Behörden ermöglichte, vorbereitet zu den Koordinierungstreffen zu erscheinen.
- ▶ Ein durch Eurojust übermitteltes Schreiben der niederländischen Behörden, in dem bestätigt wurde, dass die in diesem Fall zur Verfügung gestellten Informationen als Beweismittel in Gerichtsverfahren verwendet werden konnten, wurde als willkommene Unterstützung bei laufenden Ermittlungen in mehreren teilnehmenden Staaten empfunden.
- ▶ Die Bereitschaft zum Informationsaustausch zwischen den teilnehmenden Staaten trug maßgeblich zum beeindruckenden Ergebnis des Falles bei und wurde als Schlüsselfaktor bei zukünftigen Cyberkriminalitätsfällen gewertet.

2.3 Die Partner von Eurojust

2.3.1 Kooperationspartner: Europol

Eurojust und Europol setzten ihre Anstrengungen zur Stärkung der Zusammenarbeit und des Informationsaustauschs fort, gemäß der von ihnen [2009 geschlossenen Vereinbarung](#) und wie im Vertrag von Lissabon vorgesehen, in dem die Koordinierungsrolle von Eurojust auf „Informationen, die von den Mitgliedsstaaten und Europol zur Verfügung gestellt werden“ basiert.

Operative Zusammenarbeit

Europol wurde von Eurojust an 44 Fällen und 98 bei Eurojust abgehaltenen Koordinierungstreffen beteiligt. Der deutliche Anstieg in der Anzahl von Eurojust-Koordinierungstreffen mit Beteiligung von Europol (75 im Jahr 2013) zeigt, dass die von Eurojust zur Stärkung operativer Verbindungen gemachten Bemühungen von einigem Erfolg gekrönt wurden. Zu solchen Bemühungen gehörte auch der regelmäßige gegenseitige Austausch von Listen mit von Europol organisierten operativen Sitzungen und von Eurojust einberufenen Koordinierungstreffen.

Zusätzlich dazu setzte Eurojust eine Regelung um, gemäß derer bei der Verarbeitung von Europol-Ersuchen - über SIENA übermittelt - in Verbindung mit laufenden Ermittlungen stehende personenbezogene Daten einer Gegenprüfung gegen alle im CMS gespeicherten Daten unterzogen werden. Diese Regelung wurde von der GKI positiv aufgenommen.

Eurojust trug zur SOCTA-Zwischenbewertung 2015, den SOCTA- und TE-SAT-Berichten bei und nahm aktiv an der Vorbereitung und Ausarbeitung der mehrjährigen strategischen Aktionspläne (MASP) und der operativen Aktionspläne (OAP) für den Politikzyklus 2014-2017 teil. Siehe Abschnitt 2.1

Eurojust hat außerdem die Operation Archimedes im September mitverfolgt und an den täglichen Einsatzbesprechungen bei Europol teilgenommen. Operation Archimedes war eine groß angelegte internationale polizeiliche Operation, die gegen schwere und organisierte Kriminalität in der Europäischen Union, darunter Menschenhandel, Drogenhandel und Handel mit Schusswaffen, gerichtet war.

Eurojust unterzeichnete eine neue Vereinbarung mit der Kontaktstelle für Feuerwaffen, was die Gesamtzahl solcher Vereinbarungen auf 21 ansteigen ließ. Es sind Verfahren zu Vereinbarungen von Eurojust mit den in Verbindung mit Terrorismus stehenden Kontaktstellen in Arbeit sowie mit den neuen Kontaktstellen für Landfahrer, Sportkorruption und Vermögensabschöpfung.

Strategische Zusammenarbeit

Vertreter von Eurojust und Europol haben weiterhin regelmäßige Sitzungen auf operativer und Managementebene abgehalten, bei denen Themen wie die Nutzung von SIENA, Informationsaustausch, Zusammenarbeit mit EC3, Zusam-

menarbeit mit der Antiterror-Einheit von Europol, die Finanzierung von JITs und Vereinbarungen mit Kontaktstellen sowie der Entwurf der Europol-Verordnung zur Sprache kamen. Zusätzlich dazu haben Europol-Bedienstete an strategischen Seminaren von Eurojust teilgenommen, und Eurojust-Vertreter waren ihrerseits bei den Sitzungen der Leiter der nationalen Europol-Stellen anwesend. Mehrere Veranstaltungen fanden 2014 im Rahmen des Personalaustauschprogramms zwischen Europol und Eurojust statt, auf denen die Teilnehmer über die Struktur und Funktionsweise sowie die angebotenen Leistungen beider Organisationen informiert wurden.

Der gemeinsame Jahresbericht 2013 (*siehe* Ratsdokument 11305/14) zur Zusammenarbeit zwischen Eurojust und Europol wurde dem Rat und der Kommission am 24. Juni übergeben.

2.3.2 Kooperationspartner: OLAF

Die Zusammenarbeit zwischen Eurojust und OLAF wird durch die [Praktische Vereinbarung über die Zusammenarbeit](#) von 2008 geregelt. Eurojust und OLAF haben ihre Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Betrug, Korruption und anderen Straftaten zum Nachteil der finanziellen Interessen der Europäischen Union fortgesetzt und regelmäßig Fallzusammenfassungen sowie die Liste gemeinsamer Eurojust-OLAF-Fälle ausgetauscht.

Operative Zusammenarbeit

Eurojust und OLAF haben vier Fälle gemeinsam bearbeitet und drei zusätzliche Fälle registriert, die mit von OLAF in früheren Jahren bereits bearbeiteten Fällen verbunden sind. OLAF hat an drei Koordinierungstreffen teilgenommen, die im Zusammenhang mit Fällen von Betrug, Verbrauchsteuerbetrug, Zollbetrug und Korruption standen. Der leichte Anstieg bei der Anzahl der Fälle und Koordinierungstreffen im Vergleich zu 2013 (2 und 1, jeweils) weist darauf hin, dass die beiden Einrichtungen von dem regelmäßigen Austausch operativer Informationen (Fallzusammenfassungen und Liste gemeinsamer Fälle) profitieren.

Strategische Zusammenarbeit

Anfang 2014 fand ein bilaterales Treffen zwischen der Präsidentin von Eurojust und dem Direktor von OLAF statt. Dieses Treffen bot die Gelegenheit, praktische Fälle von gemeinsamem Interesse zu erörtern und eine Rahmenvereinbarung zum Austausch von Fallzusammenfassungen zu schließen, wie sie im Punkt 5 der Praktischen Vereinbarung vorgesehen ist.

Die regelmäßigen Sitzungen der Verbindungsteams wurden 2014 fortgeführt. Diese Sitzungen dienen als Plattform für die Darlegung und Formalisierung der Details beim Austausch der Fallzusammenfassungen. Zudem konzentrieren

sie sich auf die Organisation zusätzlicher Fortbildungskurse für OLAF-Untersuchungsbeauftragte, nachdem der erste, im Dezember 2013, durchgeführte Kurs auf so positive Resonanz gestoßen war.

2.3.3 Zusammenarbeit mit JI-Agenturen

Zwei gemeinsame Beiträge wurden von den neun JI-Agenturen veröffentlicht (CEPOL, EASO, EIGE, EBDD, Eurojust, Europol, FRA, [Frontex](#) und eu-LISA): Das neue mehrjährige JI-Programm, *Common general considerations by the JHA Agencies (Gemeinsame allgemeine Erwägungen der JI-Agenturen)*, in dem übergreifende Themen von gemeinsamem Interesse angesprochen werden, und in dem gezeigt wird, wie behördenübergreifende Zusammenarbeit die effektive Umsetzung der neuen Richtlinien unterstützen kann, wurde im Februar veröffentlicht (siehe Ratsdokument 7313/14). Eine zweite gemeinsame Erklärung, [From strategic guidelines to actions: the contribution of the JHA Agencies to the practical development](#)

[of the area of freedom, security and justice in the EU](#), (Von strategischen Richtlinien zu Handlungen: der Beitrag der JI-Agenturen zur praktischen Entwicklung des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts in der EU), wurde im November veröffentlicht und ist auf der Eurojust-Website verfügbar. Diese zweite Erklärung skizziert die Rolle und Unterstützung von Eurojust bei der Umsetzung der EU-Prioritäten und Ziele im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts in der Europäischen Union. Diese Dokumente wurden der EU-Kommission, dem Europaparlament und dem Rat der Europäischen Union vorgelegt.

Eurojust und die anderen JI-Agenturen trugen auch zu einer öffentlichen Konsultation hinsichtlich der neuen Strategie der inneren Sicherheit für 2015-2020 bei. Der Abschlussbericht über die Aktivitäten der JI-Agenturen im Jahr 2014 samt der Bewertungsliste (siehe Ratsdokument 16286/14) wurden dem ständigen Ausschuss für die operative Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit COSI im Dezember

Eurojust und Fortbildung

Die im Juni verabschiedeten strategischen Richtlinien des Rates unterstreichen die Notwendigkeit der Verstärkung von Fortbildungsangeboten für Praktiker und betonen die Bedeutung der Fortbildung von, unter anderen, Staatsanwälten, Richtern, Rechtsanwälten und Polizeibeamten als wichtigen Bestandteil der gegenseitigen Vertrauensbildung.

Eurojust hat durch seine Vereinbarungen mit [CEPOL](#) (2010) und dem [EJTN](#) (2008) zur Fortbildung beigetragen. Darüber hinaus organisierte Eurojust thematische Seminare, bei denen Praktiker ihre Erfahrungen und bewährten Vorgehensweisen vortrugen.

Die Zusammenarbeit zwischen Eurojust und EJTN im Bereich justizieller Fortbildung wurde fortgesetzt. Elf Staatsanwälte/Richter aus Bulgarien (2), Tschechien, Deutschland, Estland, Spanien, Ungarn, Österreich, Polen und Slowenien (2) haben am Langzeit-Traineeprogramm bei Eurojust teilgenommen und waren in die tägliche Arbeit der nationalen Tische ihres Ursprungslandes eingebunden. Im Juli wurde Eurojust vom Generalsekretär des EJN, Richter Postulski, besucht. Eurojust und das EJTN waren sich einig in ihrer positiven Bewertung der wertvollen praktischen Erfahrungen, die während des dreimonatigen Austauschprogramms gesammelt wurden. Auch einigten sich Eurojust und das EJTN formell auf eine gemeinsame Linie hinsichtlich kurzfristiger (eine Woche) Studienbesuche und ihrer Wiedereinführung im Jahr 2015.

Zusätzlich dazu nahmen die nationale Tische aktiv an den sechs EJTN-Seminaren teil, die im Rahmen des Strafjustizprojekts I, *International Judicial Cooperation in Criminal Matters in Practice: EAW and MLA simulations (Internationale justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen in der Praxis: Simulationen von EuHBs und Rechtshilfeersuchen)*, stattfanden. Diese erfolgreichen Seminare, die in Deutschland, Bulgarien, Zypern, Frankreich, Italien und der Slowakei stattfanden, basierten auf dem Prinzip „Learning by Doing“. Es werden Fallbeispiele aus der Praxis vorgestellt, um ein hohes Maß an gegenseitigem Vertrauen und Sicherheit unter europäischen Staatsanwälten und Richtern zu erreichen und die gemeinsame Rechtskultur zu stärken, was im Ergebnis zu einer effizienteren Rechtsprechung bei grenzüberschreitenden Strafverfolgungsmaßnahmen in der EU führen soll.

Die Arbeit mit CEPOL am gemeinsamen Lehrplan zu Eurojust wurde abgeschlossen. Das Ziel dieses Fortbildungsmoduls besteht darin, ein besseres Verständnis vom Mehrwert zu vermitteln, den eine Einbeziehung von Eurojust in grenzüberschreitende Ermittlungen und Operationen und die damit einhergehende engere Zusammenarbeit zwischen gerichtlichen und polizeilichen Behörden bei der effektiven Bekämpfung schwerer grenzüberschreitender Kriminalität mit sich bringt. Wie schon in den Jahren zuvor führte die Zusammenarbeit mit CEPOL auch zur Organisation mehrerer Online-Seminare (Webinare). Eurojust trug, unter anderem, zu Kursen über illegale Einwanderung, den Schutz des Kindes, mobile organisierte Eigentumskriminalität, Drogenhandel, Mehrwertsteuerbetrug und JITs bei.

vorgelegt. Eurojust setzte seine Praxis des Austauschs des operativen Programms mit den anderen JI-Agenturen fort.

Am 3. November unterzeichnete Eurojust eine [Vereinbarung mit FRA](#) am Rande des Jahrestreffens der Leiter der JI-Agenturen in Malta. Eine Vereinbarung wurde auch mit [EBDD](#) am 15. Juli unterzeichnet (siehe Unterabschnitt 2.2.5).

2.3.4 Drittstaaten und Organisationen außerhalb der Europäischen Union

Kooperationsabkommen

Im Juli unterzeichnete Eurojust ein [Kooperationsabkommen mit der Republik Moldawien](#), das in Kraft treten wird, wenn die Parteien einander schriftlich davon in Kenntnis setzen, dass alle internen Verfahren abgeschlossen wurden. Der Abschluss eines Kooperationsabkommens mit der Ukraine wurde als Priorität bestätigt. Eurojust informierte den Rat über seine Pläne, mit Verhandlungen zwecks Abschluss eines Kooperationsabkommens mit Montenegro zu beginnen.

Kontakte mit Albanien, Bosnien-Herzegowina, Israel, Serbien und der Türkei wurden in der Absicht fortgesetzt, die Umsetzung von Datenschutzgesetzgebung zu überprüfen und Möglichkeiten zur Initiierung von Verhandlungen über Kooperationsabkommen auszuloten.

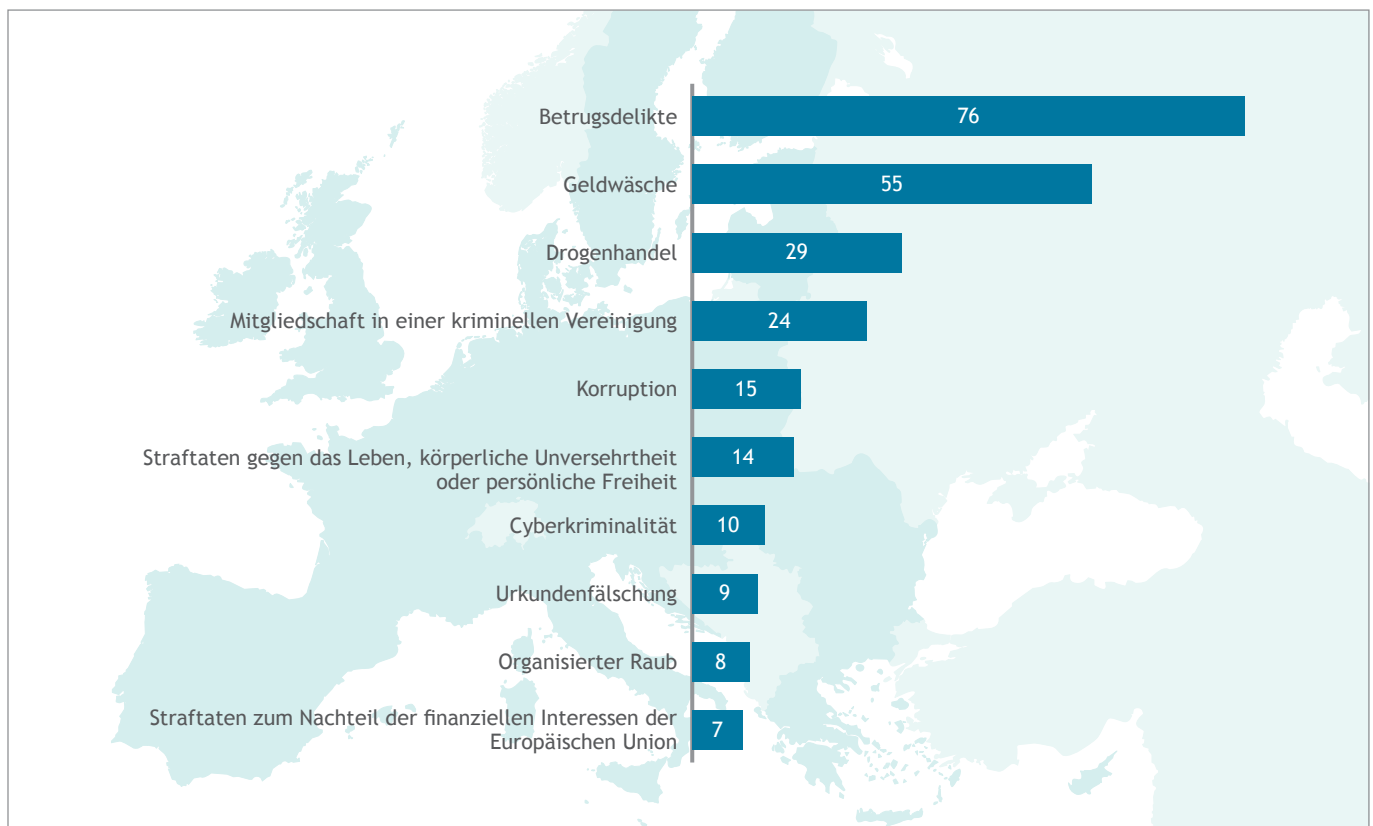
Fallarbeit unter Beteiligung von Drittstaaten

Eurojust leistete Unterstützung in 208 Fällen, an denen Drittstaaten beteiligt waren. Zu den wichtigsten Formen der Kriminalität in diesen Fällen zählten Betrugsdelikte, Geldwäsche, Fälle im Zusammenhang mit einer organisierten kriminellen Vereinigung und Drogenhandel. Zu den am häufigsten beteiligten Drittstaaten zählten die Schweiz, Norwegen und die USA. Drittstaaten waren bei 41 von Eurojust organisierten Koordinierungstreffen beteiligt. Zu den am häufigsten an Koordinierungstreffen beteiligten Drittstaaten zählten die USA (14), gefolgt von der Schweiz (10), Norwegen (9) und der Ukraine (6).

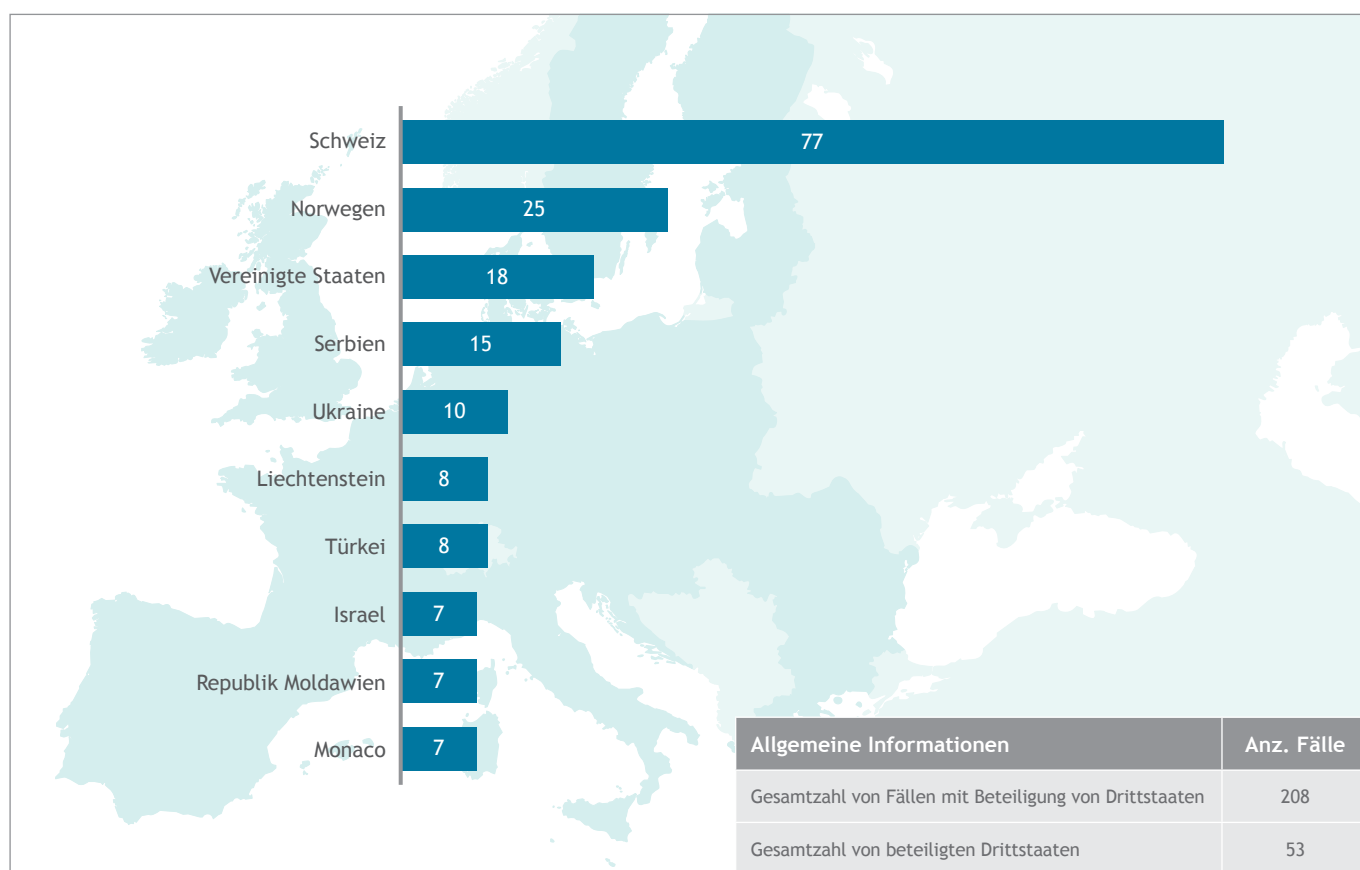
Verbindungsstaatsanwälte bei Eurojust

Die Präsenz der Verbindungsstaatsanwälte aus Norwegen und den USA bei Eurojust wurde als vorteilhaft erachtet, da sie die justizielle Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden der Mitgliedsstaaten und der betroffenen Drittstaaten erleichtert. 2014 haben Eurojust und die Schweiz die Abordnung eines Verbindungsstaatsanwalts vereinbart, der seine Tätigkeit im März 2015 aufnehmen wird. Der Verbindungsstaatsanwalt für Norwegen registrierte 52 Fälle, die hauptsächlich mit Drogenhandel, Steuerbetrug und Mord in Verbindung standen, organisierte ein Koordinierungstreffen und nahm an neun Koordinierungstreffen teil. Der Verbindungsstaatsanwalt für die USA nahm an 14 Koordinierungstreffen teil.

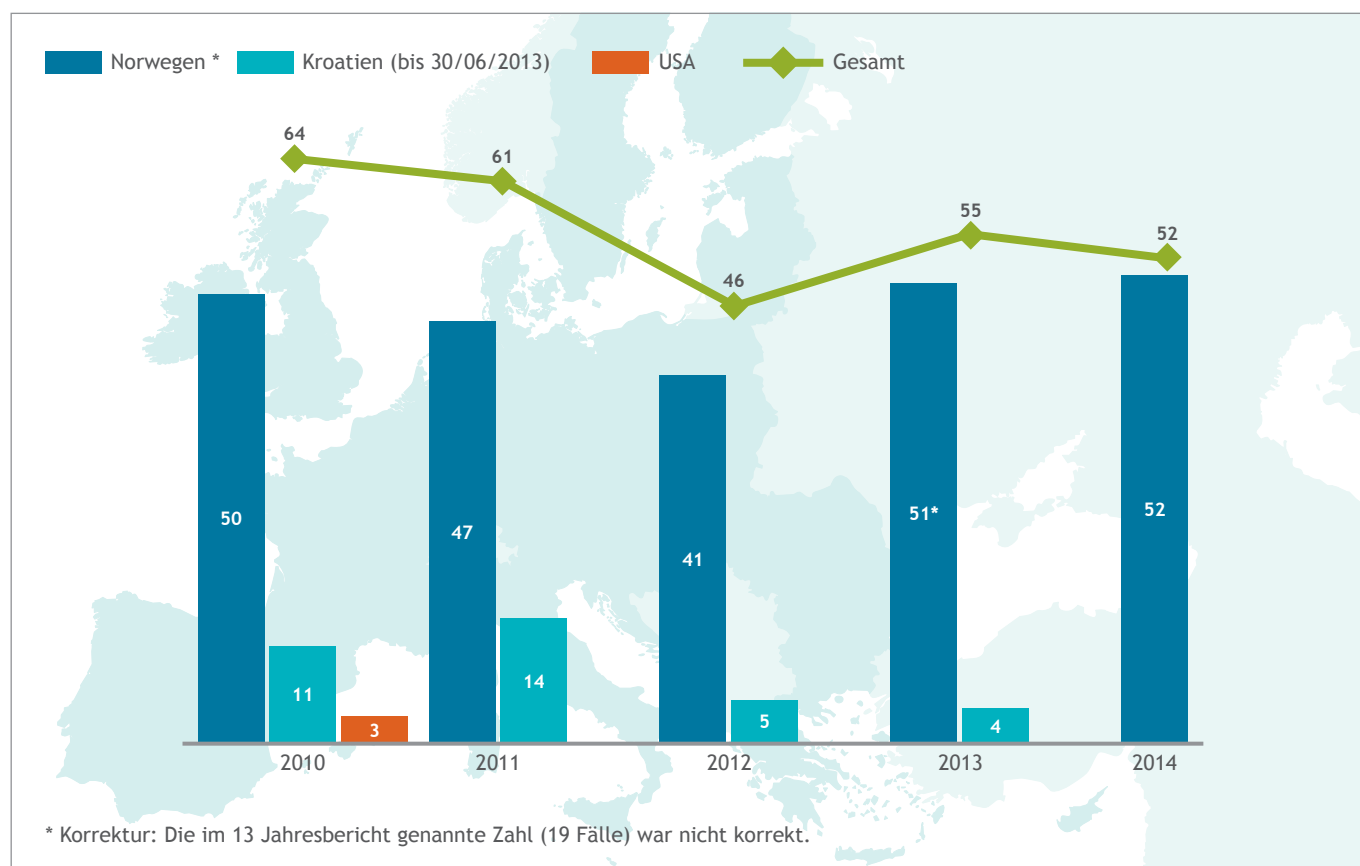
Haupt-Kriminalitätsbereiche mit Beteiligung von Drittstaaten



Die zehn wichtigsten Drittstaaten in der Eurojust-Fallarbeit



Cases by Liaison Prosecutors 2010 to 2014



Eurojust-Kontaktstellen in Drittstaaten

Die Abordnung von Eurojust-Kontaktstellen an Drittstaaten stellt ein häufig gebrauchtes Instrument zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Mitgliedsstaaten und Drittstaaten durch Eurojust dar. Kontaktstellen von Drittstaaten werden häufig aus dem Personalbestand der Generalstaatsanwaltschaft oder einer regionalen Staatsanwaltschaft, des nationalen Gerichtshofs oder des Innenministeriums abgeordnet, oder sie haben diplomatische Positionen außerhalb ihres Landes inne. Gegenwärtig haben 32 Länder Eurojust-Kontaktstellen abgeordnet. 2014 stießen Bolivien und Peru zu diesem Netzwerk hinzu.

Unterstützung für externe Projekte

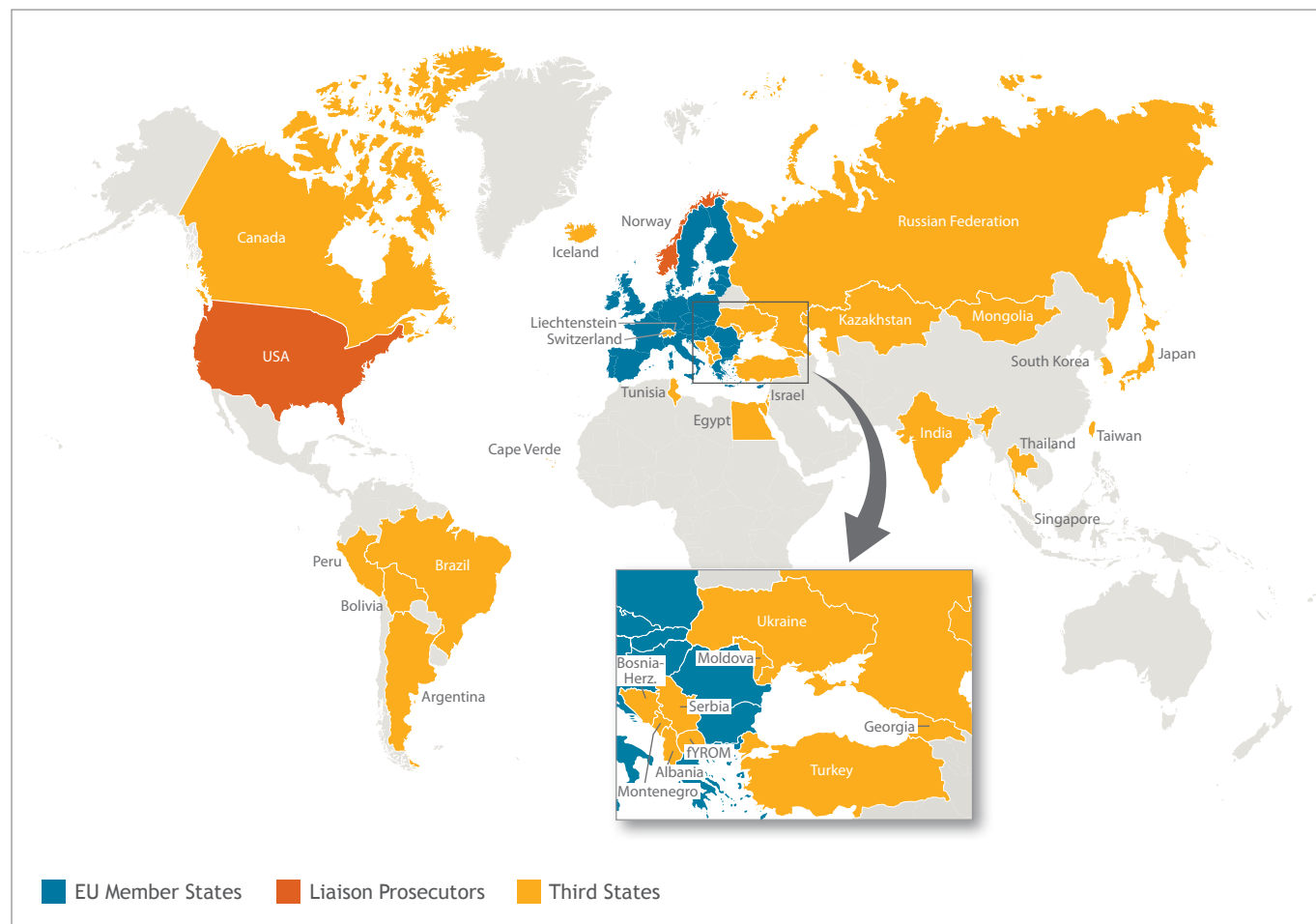
Eurojust setzte seine Unterstützung von Initiativen in den Ländern des westlichen Balkans fort, einschließlich des von der EU finanzierten Projekts der International Police Association (IPA), *Fight against Organised Crime and Corruption: Strengthening the Prosecutors' Network*, (*Kampf gegen die organisierte Kriminalität und Korruption: Stärkung des Netzwerks der Staatsanwälte*) bis zu seinem Abschluss im April 2014. Unter dem Dach dieses Projekts wurde am 20. Januar eine Sitzung zwischen Eurojust und den Eurojust-Kontaktstellen aus Ländern des westlichen Balkans organisiert, und es wurde eine Fortbildung für diese neu ernannten Eurojust-Kontaktstellen am 3. April abgehalten. Ferner nahm

Sitzung der Eurojust-Kontaktstellen und der von Mitgliedsstaaten abgeordneten Verbindungsstaatsanwälte

Am 16. und 17. Oktober richtete Eurojust eine Sitzung der Eurojust-Kontaktstellen und der von Mitgliedsstaaten abgeordneten Verbindungsstaatsanwälte aus. Ziel der Sitzung war die Erörterung von Ergänzungen, Synergien und Zusammenarbeit durch Meinungsaustausch über Fallbeispiele, wobei das Bewusstsein für die Rolle von Eurojust bei in Verbindung mit Drittstaaten stehenden Fällen gestärkt und mögliche Wege zur Verbesserung operativer Methoden ausgelotet wurden.

Das Treffen brachte 17 Eurojust-Kontaktstellen und 20 von Mitgliedsstaaten abgeordnete Verbindungsstaatsanwälte zusammen. Achtzehn Drittstaaten waren vertreten.

Eurojust contact points



Eurojust an mehreren Fortbildungsseminaren zum Thema Datenschutz in den Ländern des westlichen Balkans teil.

Eurojust war auch am Projekt zur Bekämpfung des Menschenhandels in den Ländern des westlichen Balkans durch Verstärkung des Einsatzes von JITs auf lokaler Ebene beteiligt und nahm am regionalen Projekt der Internationalen Organisation für Migration teil, mit der Bezeichnung *Strengthening the fight against trafficking in persons and migrant*

smuggling in the Western Balkans. (Verstärkung des Kampfes gegen Menschenhandel und Migrantenschmuggel in den Ländern des westlichen Balkans). Siehe Unterabschnitt 2.2.9.

Eurojust trug auch zur Arbeit des EAD bei, indem es Informationen über die Zusammenarbeit von Eurojust auf institutioneller und operativer Ebene mit den Partnerstaaten der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) zur Verfügung stellte.

Fallbeispiel

Im Frühjahr 2013 kontaktierten die tschechischen und US-amerikanischen Behörden die schwedische Polizei hinsichtlich eines Verdachts, dass in der Tschechischen Republik hergestelltes Material über Kindesmissbrauch über einen Mittelsmann in Schweden in die USA und andere Länder gelangt sei. In Schweden wurden Voruntersuchungen hinsichtlich schwerer Kinderpornographie und Teilnahme an schwerer sexueller Ausbeutung von Kindern zu pornographischen Zwecken eröffnet. Die schwedischen Ermittlungen führten zu Verdächtigen in Schweden und Spanien. In der Tschechischen Republik konzentrierten sich die Strafanzeigen auf Menschenhandel. Der *Modus Operandi* schien so zu sein, dass Kunden der pornographischen Materialien speziell für sie hergestellte Fotoserien und Videos bestellten. Die Zahlungen der Kunden gingen an den Mittelsmann in Schweden, der die Gelder dann an die Fotografen weiter überwies. Das kinderpornographische Material wurde dann in einem verschlüsselten Format über Cloud-Dienste ausgetauscht. Die verschlüsselten Kommunikationsmethoden und Sicherheitsvorkehrungen der Verdächtigen bedeuteten, dass die justizielle Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden für die Identifizierung möglicher Fehler und Schwächen der Verdächtigen bei der Planung ihrer kriminellen Aktivitäten von ausschlaggebender Bedeutung war.

In Verbindung mit einer von Europol organisierten operativen Sitzung zum Austausch polizeilicher Informationen wurde von Eurojust ein Koordinierungstreffen ausgerichtet, das zur Einrichtung eines JIT zwischen Schweden und der Tschechischen Republik führte und von Eurojust finanziert wurde. Durch gemeinsame Ermittlungen wurde festgestellt, dass das kinderpornographische Material weiter verbreitet wurde und unter anderem nach Spanien gelangt war. Daraufhin wurde durch ein Rechtshilfeersuchen mit Bezug auf einen identifizierten Verdächtigen die justizielle Zusammenarbeit mit Spanien initiiert. Spanien schloss sich in der Folge dem JIT an, was die Zusammenarbeit mit den anderen JIT-Mitgliedern erleichterte.

Nach anfänglicher Überwachung und einiger anderer Ermittlungsmaßnahmen, einschließlich der Analyse von finanziellen Transaktionen zwischen den Verdächtigen, wurde ein gemeinsamer Aktionstag in den JIT-Staaten sowie USA und Frankreich durchgeführt, wo zusätzliche Verdächtige identifiziert worden waren. Acht Personen wurden verhaftet und eine bedeutende Menge an Daten wurde abgerufen und sichergestellt. Auf den gemeinsamen Aktionstag folgten lang andauernde Ermittlungen in den teilnehmenden Ländern, die von verschlüsselten Festplatten und der mangelnden Kooperationsbereitschaft der Verdächtigen behindert wurden. Eine Reihe von Rechtshilfeersuchen erging an Drittstaaten, um Informationen über die Nutzung bestimmter digitaler Dienste durch die Verdächtigen zu erhalten.

Mehrere weitere Koordinierungstreffen wurden organisiert, um die Zusammenarbeit bei in den Mitgliedsstaaten durchgeführten Aktionen zu erleichtern und Gespräche darüber zu führen, welche Staaten sich am besten für die Strafverfolgung der Verdächtigen eigneten. Während dieser Treffen erörterten die Strafverfolgungsbehörden auch die Frage, wie die Beweismittel zur Unterstützung der bevorstehenden Gerichtsprozesse in den verschiedenen Staaten auf bestmögliche Weise aufgenommen werden könnten.

Weiterführende Analysen der nationalen Behörden im Rahmen der Ermittlungen führten zu zusätzlichen Verhaftungen im Vereinigten Königreich, den USA, Kanada und Russland, und eine große Zahl der von den verschiedenen Fotografen missbrauchten Kinderopfer konnte identifiziert werden. Alle beteiligten Staatsanwälte und Ermittlungsrichter sind sich darin einig, dass die Zusammenarbeit mit Eurojust und Europol der Schlüssel zur erfolgreichen Arbeit und zu den in den Anfangsphasen des Falles erzielten Resultaten war. Der Fall dauert an, und es werden Gerichtsprozesse sowie eine detailliertere Analyse der Ergebnisse im Jahr 2015 erwartet.



Herausforderungen und bewährte Vorgehensweisen



3.1 Einführung

Wie bereits in den Jahren zuvor, fuhr Eurojust fort, durch seine operative Fallarbeit und strategischen Initiativen zur Identifikation von Herausforderungen und bewährten Vorgehensweisen über ein weit gefächertes Spektrum von Aspekten hinsichtlich justizieller Zusammenarbeit in Strafsachen beizutragen.

Solche Aspekte können mit der Beantwortung von Rechtshilfeersuchen, EuHBs, Sicherstellungsentscheidungen oder anderen Instrumenten zusammenhängen, die dem Prinzip gegenseitiger Anerkennung folgen, oder sie können in Verbindung mit einem bestimmten Kriminalitätsbereich, einer bestimmten Ermittlungsmethode oder der Zusammenarbeit mit Drittstaaten stehen. Ziel ist die Verbesserung der Koordinierung und Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden der Mitgliedsstaaten im Kontext von Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen, bei denen Eurojust zur Unterstützung ermächtigt ist.

In diesem Kapitel geht es um Herausforderungen und bewährte Vorgehensweisen, die im Bereich von kontrollierten Lieferungen, NPS und Drogenausgangsstoffen sowie

bei der Aufnahme und Zulässigkeit von Beweismitteln in Cyberkriminalitätsfällen ausgemacht worden sind.

3.2 Drogenhandel

2014 stellten die justiziellen Aspekte von grenzüberschreitenden kontrollierten Lieferungen sowie die Zusammenarbeit in NPS und Drogenausgangsstoffe betreffenden Fällen zwei der Themen des strategischen Projekts, *Enhancing the work of Eurojust in Drug Trafficking Cases* (Verstärkung der Eurojust-Arbeit in Drogenhandelsfällen) dar. Bewährte Vorgehensweisen und Hindernisse bei der justiziellen Zusammenarbeit auf diesen Gebieten wurden mittels Fragebögen erhoben, die an alle Mitgliedsstaaten versandt worden waren. Die Antworten auf die Fragebögen wurden analysiert und mit Praktikern im Rahmen der von Eurojust am 29. und 30. September abgehaltenen strategischen Sitzung diskutiert. Zur möglichst weiten Verbreitung unter Praktikern wurden die Ergebnisse in einem [Bericht](#) zusammengetragen.

Fallbeispiel

2013 wurde Eurojust um Unterstützung eines Falles von Menschenhandel ersucht, der das Vereinigte Königreich und Schweden betraf. Im März 2013 wurde ein JIT für die Dauer eines Jahres eingerichtet und im April 2013 ein Koordinierungstreffen abgehalten. Im August 2014 war das Gerichtsverfahren im Vereinigten Königreich in seinem Anfangsstadium, während der Prozess in Schweden bereits abgeschlossen war. In dieser Phase des Falles wurde ein weiteres Koordinierungstreffen bei Eurojust abgehalten, um die Zusammenarbeit innerhalb des JIT zu bewerten und Informationen auszutauschen. Die Durchführung von Telefonüberwachung in Schweden und die Möglichkeiten der Verwendung der Ergebnisse als Beweismittel im Vereinigten Königreich waren dabei von besonderem Interesse.

Im Verlauf der Diskussion traten vorhandene Unterschiede im Strafprozessrecht deutlich zutage. Telefonüberwachung wird in Schweden durch eine Gerichtsentscheidung auf Ersuchen des Staatsanwalts genehmigt. Die abgehörten Telefonate werden schriftlich übertragen und an das Gericht übermittelt und anschließend bei Gerichtsverfahren abgespielt oder vorgelesen. Von besonderer Wichtigkeit in diesem Fall war die Dauer der Datenspeicherung. Bei Abschluss des Falles muss das Material, das nicht bei den Voruntersuchungen verwendet wurde, vernichtet werden. Grundsätzlich müssen die schwedischen Behörden der Verteidigung nach Abschluss des Falles schriftlich offen legen, welche Telefonnummern in welchem Zeitraum abgehört worden sind.

Im Vereinigten Königreich ist die Verwendung von Telefonüberwachung als Beweismittel nicht üblich. Die Behörden des Vereinigten Königreichs wollten herausfinden, ob die von den schwedischen Behörden mittels Telefonüberwachung aufgenommenen Informationen in einem Gericht des Vereinigten Königreichs als Beweismittel verwendet werden dürften. Die Koordinierungstreffen erleichterten die diesbezüglichen Gespräche, und es wurde ein möglicher Lösungsvorschlag präsentiert: ein Vertreter der schwedischen Polizei oder des Gerichts könnte als Zeuge vor einem Gericht des Vereinigten Königreichs aussagen. Die Zeugenaussage würde vor dem Hintergrund der Tatsache erfolgen, dass die Überwachung einerseits auf rechtlchem Wege beantragt und technisch legal ausgeführt wurde, und dass andererseits das aufgenommene Material das Ergebnis einer ordnungsgemäß ausgeführten Maßnahme sei. Die schwedischen Behörden hielten diesen Vorschlag für eine realisierbare Lösung. Obgleich keine konkrete Entscheidung getroffen wurde, wurde auch über die Möglichkeit und die Vorteile einer Reise der Behörden des Vereinigten Königreichs nach Schweden zwecks Sichtung aller durch die Telefonüberwachung erworbenen Materialien nachgedacht. Gegen Ende 2014 musste immer noch diskutiert werden, ob die Notwendigkeit einer Sichtung des Materials bestand.

Kontrollierte Lieferungen

Die Analyse und Gespräche förderten bedeutende Unterschiede zwischen den Rechtssystemen der Mitgliedsstaaten hinsichtlich der Genehmigung und Durchführung von kontrollierten Lieferungen zutage. Diese Unterschiede stellen oft Hindernisse bei der justiziellen Zusammenarbeit dar, insbesondere im Hinblick auf: (i) die Genehmigung kontrollierter Lieferungen, wenn die Route oder der Zeitplan der Drogenlieferung unbekannt sind; (ii) den Erhalt von Genehmigungen zum Platzieren von GPS-Geräten in Fahrzeugen, die der Nutzung zum Drogentransport verdächtigt werden; (iii) das Identifizieren zuständiger Behörden in anderen Mitgliedsstaaten oder den Erhalt von deren Genehmigung; (iv) das Ersetzen illegaler Drogen durch harmlose Substanzen; (v) den Aufschub von Beschlagnahmen von Drogen; (vi) den grenzüberschreitenden Einsatz verdeckter Ermittler; (vii) die Zulässigkeit von bei kontrollierten Lieferungen aufgenommenen Beweismitteln; (viii) die Mitarbeit von Informanten; (ix) den Einsatz von bewaffneten Polizeibeamten in anderen Mitgliedsstaaten und (x) den Austausch geheimer Informationen, die im Zusammenhang mit kontrollierten Lieferungen gesammelt wurden. Zusammenarbeit mit Drittstaaten bei kontrollierten Lieferungen kann oft problematisch sein, und die Erfahrung mit kontrollierten Lieferungen innerhalb der JITs ist begrenzt.

Zu den Lösungen dieser Probleme gehörten die Zunahme der Kommunikation und des gegenseitigen Vertrauens zwischen den zuständigen Behörden der Mitgliedsstaaten; Harmonisierung der Gesetzgebung über kontrollierte Lieferungen; Zuordnung der zuständigen Behörden und Klärung der rechtlichen Anforderungen über kontrollierte Lieferungen in allen Mitgliedsstaaten; Sammeln von Überlegungen zu einem einheitlichen Anforderungskatalog für kontrollierte Lieferungen; erhöhte Beteiligung von Eurojust und Europol an grenzüberschreitenden Operationen, insbesondere zur Organisation operativer Sitzungen und Koordinierungstreffen; Identifizierung von Kontaktstellen für kontrollierte Lieferungen in den Mitgliedsstaaten; Informationsanalyse sowie rechtliche, taktische und technische Unterstützung.

Issue in focus 1 des Berichts wird zum einen Informationen darüber beinhalten, ob ein Rechtshilfeersuchen eine Voraussetzung zur Genehmigung von kontrollierten Lieferungen in Mitgliedsstaaten darstellt und zum anderen eine Liste zuständiger Behörden und gegebenenfalls zentraler Kontaktstellen für die Genehmigung kontrollierter Lieferungen in den Mitgliedsstaaten.

NPS und Drogenausgangsstoffe

Die Analyse von an Eurojust übertragenen Drogenhandelsfällen förderte bedeutende Herausforderungen bei der Strafverfolgung von Fällen mit synthetischen Drogen zutage, bei denen NPS und Drogenausgangsstoffe eine Rolle spielen, insbesondere dann, wenn diese Substanzen keiner

Regulierung auf EU- oder nationaler Ebene unterliegen. In diesen Fällen unterscheiden sich die Gesetze und Vorgehensweisen in den Mitgliedsstaaten oft voneinander, was zu wiederholten Problemen bei der justiziellen Zusammenarbeit geführt hat.

Weitere spezifische Schwierigkeiten, die von den Praktikern erlebt wurden, die den Eurojust-Fragebogen beantwortet haben, beziehen sich auf die Identifizierung neuer Substanzen und den damit verbundenen Mangel an Kenntnissen und technischen Kapazitäten.

Die Befragten nannten mögliche Lösungsansätze für die Situation, in der eine bestimmte Substanz von der Gesetzgebung nicht als Drogenausgangsstoff eingestuft worden ist, bei der es aber Hinweise darauf gibt, dass sie hergestellt und importiert wird, um (synthetische) Drogen herzustellen. In einer solchen Situation ist die strafrechtliche Verfolgung in einigen Mitgliedsstaaten dennoch möglich, entweder auf der Grundlage des so genannten „Analogieansatzes“ oder durch die Einstufung der Herstellung dieser Substanzen als „Akt der Vorbereitung“ für Straftaten, die den Straftatbestand der Drogenherstellung erfüllen.

Hinsichtlich der NPS erfolgt die strafrechtliche Verfolgung in manchen Mitgliedsstaaten auf der Grundlage medizinischer Rechtsprechung. Zusätzliche Möglichkeiten der strafrechtlichen Verfolgung wurden im Rahmen eines auf der strategischen Sitzung durchgeführten Workshops erörtert, einschließlich des Gebrauchs des Verwaltungsrechts (z. B. Entzug von Gewerbe genehmigungen bei Geschäften), der Verbrauchergesetzgebung und des Lebensmittelrechts. Es wurden auch Beispiele für bewährte Vorgehensweisen genannt, darunter die Aufnahme von NPS in eine vorläufige Liste für einen Monat, um sie erst nach dieser Testperiode in das offizielle Listing aufzunehmen. Mehrere Teilnehmer hoben die Wichtigkeit des Austausches von Fachwissen zwischen den Staaten hervor (z. B. durch forensische Berichte und Urteile).

Issue in focus 2 des Berichts wird Informationen über neueste Urteile enthalten sowie einen Überblick über nationale Bestimmungen und Ansätze im Hinblick auf NPS und Drogenausgangsstoffe in den Mitgliedsstaaten bieten.

Ferner wurden Schwierigkeiten, die bei nationalen Behörden im Zusammenhang mit strafrechtlicher Verfolgung von Fällen mit nicht regulierten Drogenausgangsstoffen auftraten während der 8. Sitzung des beratenden Forums hervorgehoben. Ein Mitglied des Forums machte auf die Bedrohung aufmerksam, die von der Verbreitung eines bestimmten nicht regulierten Drogenausgangsstoffs in Europa ausging, der offenbar in einem Mitgliedsstaat in großem Stil zur Herstellung von Methamphetamin verwendet wurde. Zugleich wurde ein Ersuchen an alle Mitglieder des beratenden Forums gerichtet, die Initiative zur Aufnahme dieses Drogenausgangsstoffes in die Kategorie erfassender Stoffe zu unterstützen, wie es der diesbezügliche EU-Rechtsrahmen zu Drogenausgangsstoffen vorsieht.

3.3 Cyberkriminalität

Aufnahme und Zulässigkeit von Beweismitteln in Cyberkriminalitätsfällen

In Bezug auf die Zulässigkeit von Beweismitteln, die entweder vom Privatsektor aufgenommen, oder durch Ermittlungsmaßnahmen gewonnen wurden, die in einem bestimmten Mitgliedsstaat nicht zulässig sind, ist der Unterschied zwischen Informationen und Beweismitteln im engeren Sinne zu beachten: Informationen können zum Eröffnen von Ermittlungen verwendet werden, sind jedoch nicht notwendigerweise als Beweismittel vor Gericht zugelassen.

Beim grenzüberschreitenden Zugriff auf Daten können bei Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen Schwierigkeiten auftreten, weil die Praxis in den Mitgliedsstaaten sehr stark variiert (auch im Zusammenhang mit der uneinheitlichen Umsetzung des Übereinkommens des Europarates über Cyberkriminalität ETS Nr. 185, Cybercrime Convention). Manche verlangen einen Gerichtsbeschluss, andere erfordern ein Rechtshilfeersuchen, da die Informationen auf einem Server in einem anderen Staat gespeichert sind. Die Frage nach der gerichtlichen Zuständigkeit im Falle von „in der Cloud“ gespeicherten Informationen wurde ebenfalls aufgeworfen.

Zur Überwindung dieser Schwierigkeiten könnte eine weite Auslegung vorhandener Gesetze hilfreich sein, in dem Sinne, dass über die gerichtliche Zuständigkeit auf der Basis des physikalischen Standorts des Gerätes entschieden wird, von dem aus der Zugriff auf die relevanten Daten erfolgte. Es konnten auch verschiedene Ansätze in den Mitgliedsstaaten hinsichtlich der gerichtlichen Instrumente beobachtet werden, die zur Aufnahme von auf Computern gespeicherten Beweismitteln eingesetzt werden, weil in einigen Mitgliedsstaaten dies Teil einer Hausdurchsuchung wäre, die in manchen Fällen eines Gerichtsbeschlusses bedarf.

Zur Überwindung dieser Schwierigkeiten könnte eine weite Auslegung vorhandener Gesetze hilfreich sein, in dem Sinne, dass über die gerichtliche Zuständigkeit auf der Basis des physikalischen Standorts des Gerätes entschieden wird, von dem aus der Zugriff auf die relevanten Daten erfolgte. Es konnten auch verschiedene Ansätze in den Mitgliedsstaaten hinsichtlich der gerichtlichen Instrumente beobachtet werden, die zur Aufnahme von auf Computern gespeicherten

Beweismitteln eingesetzt werden, weil in einigen Mitgliedsstaaten dies Teil einer Hausdurchsuchung wäre, die in manchen Fällen eines Gerichtsbeschlusses bedarf.

Herausforderungen können ferner auch dann auftreten, wenn Privatfirmen in Besitz von relevanten Daten sind, da der Hauptsitz solcher Firmen sich oft in einem Drittstaat befindet. Dies erfordert gewöhnlich langwierige Verfahren zur Aufnahme relevanter Informationen, was die Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen in Cyberkriminalitätsfällen behindert, insbesondere in Anbetracht der Flüchtigkeit solcher Daten. In solchen Fällen kann das Vorhandensein einer einzigen Kontaktstelle für die Kommunikation mit solchen Firmen in einem Mitgliedsstaat die Zusammenarbeit erleichtern. Ferner kann es sehr hilfreich sein, wenn seitens des in einem Drittstaat befindlichen Hauptsitzes einer Firma die offizielle Ermächtigung an seine Filialen in Mitgliedsstaaten erteilt wird, direkt auf Ersuchen von Staatsanwälten reagieren zu dürfen. Aufgrund ihrer Beschaffenheit - und der wichtigen Rolle, die private Unternehmen spielen - sollten Behörden bei den Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen in Cyberkriminalitätsfällen immer einen multidisziplinären Ansatz in Erwägung ziehen.

Die Nützlichkeit von JITS, insbesondere wenn sie zu einem frühen Zeitpunkt der Ermittlungen eingerichtet werden, wurde vermerkt, zusammen mit der Notwendigkeit, gleich zu Beginn jedes Falles Staatsanwälte einzuschalten, insbesondere wenn Sicherstellungen anstehen, und um die Zulässigkeit von Beweismitteln vor Gericht zu erleichtern. Ebenso kann Eurojust nationalen Behörden Unterstützung leisten - insbesondere bei deren Beteiligung von einem frühen Zeitpunkt der Ermittlungen an - beispielsweise bei der Notwendigkeit, Ermittlungen in anderen Mitgliedsstaaten oder sogar Drittstaaten zu initiieren, sowie bei der Unterstützung der nationalen Behörden von Mitgliedsstaaten bei der Koordinierung paralleler Ermittlungen.

Die Aufnahme und Zulässigkeit von Beweismitteln in Cyberkriminalitätsfällen gehörte auch zu den Themen, die mit Praktikern aus den Mitgliedsstaaten während des Eurojust-Seminars, *Cybercrime: rising to the challenges of the 21st century*, (Cyberkriminalität: den Herausforderungen des 21sten Jahrhunderts begegnen) besprochen wurden, das am 19. und 20. November stattfand. Siehe auch Unterabschnitt 2.2.6



Schwerpunkt des Jahres für Eurojust: der Europäische Haftbefehl



Dass das Thema des EuHB den Schwerpunkt des Jahres bei Eurojust darstellt, ist kein Zufall. 2014 setzte Eurojust seine Bemühungen fort, sowohl auf operativer als auch auf strategischer Ebene, zu einer rascheren Umsetzung dieses Instruments beizutragen und damit dem Prinzip gegenseitiger Anerkennung Ausdruck zu verleihen. Die Funktionsweise des EuHB war auch Gegenstand von Überlegungen auf EU-Ebene im Jahr 2014. Eurojust wollte seine etwa 10-jährige Anwendung begehen und zur Debatte beitragen, indem es ein strategisches Seminar in Zusammenarbeit mit der griechischen EU-Präsidentschaft abhielt mit dem Titel *The European Arrest Warrant: which way forward? (Der europäische Haftbefehl: wie geht es weiter?)*

2014 wurden bei Eurojust 266 Fälle registriert, die im Zusammenhang mit der Verbesserung der Vollstreckung des EuHB standen, was 14,5 % aller Fälle ausmacht. Der Tisch des Vereinigten Königreichs reichte die größte Anzahl an Ersuchen ein, gefolgt von den Tischen Polens und Bulgariens. Der Tisch des Vereinigten Königreichs erhielt auch die größte Anzahl an Ersuchen, gefolgt vom italienischen und spanischen Tisch.

Das Kollegium befasste sich mit zwei grundlegenden Fragen in Bezug auf die Umsetzung des EuHB. Die erste Frage betraf die Umsetzung von Artikel 3(2) des Rahmenbeschlusses des Rates 2002/584/JI über den Europäischen Haftbefehl (obligatorische Ablehnungsgründe für den EuHB). Die Frage betraf die Aufnahme rechtlicher und praktischer Informationen über die Konsequenzen der Nicht-Entfernung eines Haftbefehls aus dem Schengener Informationssystem (SIS)II und den INTERPOL-Datenbanken in einem Fall, bei dem die von einem EuHB oder Auslieferungsersuchen betroffene Person in einem Strafverfahren auf derselben faktischen Grundlage in einem anderen Mitgliedsstaat abschließend verurteilt oder freigesprochen worden war.

Die zweite grundlegende Frage betraf die Aufnahme rechtlicher und praktischer Informationen über die Umsetzung von Artikel 24 des Rahmenbeschlusses über den EuHB in den Mitgliedsstaaten (aufgeschobene oder bedingte Übergabe), und zwar ob diese Bestimmung vollständig umgesetzt wurde, und, wenn dem so ist, über die von den Justizbehörden der Mitgliedsstaaten festgelegten Bedingungen für eine solche „vorübergehende Übergabe“.

Eurojust spielte weiterhin eine Schlüsselrolle bei der Verbesserung der Zusammenarbeit in Strafsachen zwischen den Mitgliedsstaaten (Artikel 3(1)(b) des Eurojust-Beschlusses), insbesondere durch: *i)* Erleichterung der Vollstreckung von EuHBs und des Informationsaustausches zwischen den nationalen Behörden; *ii)* Aufbau von Kommunikationswegen zwischen nationalen Behörden mit dem Ziel der Klärung abweichender Umsetzungen von Bestimmungen des Rahmenbeschlusses über den EuHB auf nationaler Ebene; *iii)* Klärung der gesetzlichen Bestimmungen für sowohl die ausstellenden als auch die vollstreckenden Behörden; *iv)* Beratung zum Entwurf von EuHBs sowohl vor deren Ausstellung als auch zum Zeitpunkt des Neu-Entwurfs; und *v)* Koordinierung der Ausstellung und Vollstreckung von EuHBs und Beitrag zur Vermeidung von möglichen Kompetenzkonflikten.

Einige der rechtlichen und praktischen Fragen, denen Eurojust bei seiner EuHB-Fallarbeit begegnet ist, betrafen:

- i) Schwierigkeiten, die in Verbindung mit unterschiedlichen Interpretationen der praktischen Umsetzung des Grundsatzes der Spezialität auftraten (Artikel 27, Abschnitte 2, 3 und 4 des Rahmenbeschlusses über EuHBs) in Fällen, in denen nach erfolgter Übergabe ein dritter Mitgliedsstaat den ausstellenden Mitgliedsstaat ersucht, die ausgelieferte Person zu vernehmen, und dieses Ersuchen abgelehnt wird mit der Begründung, dass eine Genehmigung zur Durchführung dieser „Vernehmung der verdächtigen Person“ vom ausstellenden Mitgliedsstaat erforderlich sei, während für den dritten Mitgliedsstaat die „Vernehmung“ eines Verdächtigen noch keine Strafverfolgungsmaßnahme darstellt und daher keiner Genehmigung bedarf;
- ii) weitere in Verbindung mit dem Grundsatz der Spezialität stehende Fragen (Artikel 27 (4) des Rahmenbeschlusses zum EuHB) in Fällen, in denen nach erfolgter Übergabe der ausstellende Mitgliedsstaat den vollstreckenden Mitgliedsstaat gemäß Artikel 27 (4) des Rahmenbeschlusses zum EuHB um Zustimmung dazu ersucht, gegen die ausgelieferte Person dringend (die Verjährungsfrist nahte) Anklage wegen einer anderen, separaten Straftat zu erheben und diese Person wegen einer separaten Anklage vor Gericht stellen zu dürfen; nach verweigerter Zustimmung dauern die Diskussionen darüber an, welche Mittel dem ausstellenden Mitgliedsstaat zur Verfügung stehen, um zumindest die Aussetzung der Verjährungsfrist für die Strafverfolgung zu erwirken;
- iii) Fragen in Verbindung mit gesetzlichen Bestimmungen mancher Mitgliedsstaaten, gemäß denen die gesuchte Person erst gehört werden muss, bevor ein EuHB ausgestellt werden kann, und die Schwierigkeiten, die sich ergeben, wenn der Aufenthaltsort der Person sowohl dem die Ermittlungen führenden Mitgliedsstaat als auch dem Mitgliedsstaat, in dem sich die Person aufhält, bekannt ist, aber eine Verhaftung noch nicht vollstreckt werden kann;
- iv) unterschiedliche Auslegungen der Art der Garantie, die gemäß Artikel 5 (3) des Rahmenbeschlusses über den EuHB (Rückkehr der Person in den vollstreckenden Staat, um die vom ausstellenden Mitgliedsstaat auferlegte Strafe zu verbüßen) vom vollstreckenden Mitgliedsstaat benötigt wird, und ein damit verbundener Disput darüber, welcher Mitgliedsstaat (der ausstellende oder der vollstreckende) anschließend die Kosten für die Rückkehr nach dem Gerichtsprozess zu tragen hat (unterschiedliche Auffassungen über die anwendbare Rechtsgrundlage: Rahmenbeschluss über den EuHB, Rahmenbeschluss des Rates 2008/909/JI über die Anwendung des Prinzips der gegenseitigen Anerkennung auf Urteile in Strafverfahren, bei denen Freiheitsstrafen oder Maßnahmen des Freiheitsentzuges verhängt werden, zum Zweck ihrer Durchsetzung in der Europäischen Union);
- v) Fragen in Verbindung mit der Rücknahme eines EuHB, wenn die Gründe für die Rücknahme für den vollstreckenden Mitgliedsstaat nicht klar sind und bedeuten-

de Anstrengungen und Mittel in die Vollstreckung des EuHB bereits investiert wurden;

- vi) Fragen der Verhältnismäßigkeit, die sich bei EuHBs ergeben, die zwecks Neuverhandlung wegen einer geringfügigen Straftat ausgestellt wurden; und
- vii) Fragen in Verbindung mit dem Schutz von Grundrechten, namentlich, ob geeignete Haftbedingungen für psychisch kranke Personen gegeben sind und die Bereitschaft des ausstellenden Mitgliedsstaates, zusätzliche Informationen über Garantien mit Bezug auf Haftbedingungen zur Verfügung zu stellen.

Eurojust hat auch die Weiterentwicklung seiner Unterstützung an Mitgliedsstaaten bei konkurrierenden EuHBs fortgesetzt (Artikel 16(2) des Rahmenbeschlusses über den EuHB). Gemäß dieser Bestimmung kann Eurojust von den vollstreckenden Justizbehörden um Rat hinsichtlich des Übergabeortes einer Person ersucht werden, gegen die EuHBs von zwei oder mehreren Mitgliedsstaaten ausgestellt worden sind. 2014 wurde Eurojust in vier Fällen formell um solchen Rat ersucht. Eurojust konnte Rat und Fachwissen in einer frühen Phase bereitstellen, entweder durch Verhandlungen oder durch direkten Kontakt mit den betroffenen Behörden bei Eurojust-Koordinierungstreffen. Koordinierungstreffen sind als Begegnungsort unersetzlich, bieten sie doch die Möglichkeit, den aktuellen Stand und vorhandene Probleme eines Falles zu besprechen und sich auf eine Strategie zu einigen, wie z. B. auf die Priorität von EuHBs und, bei parallel laufenden Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen in derselben Sache, auf eine Einigung zur Vermeidung von Kompetenzkonflikten und *ne bis in idem* (nicht zwei Mal in derselben Sache) Situationen.

In Bezug auf Nichteinhaltung von Fristen bei der Vollstreckung von EuHBs sieht Artikel 17 (7) des Rahmenbeschlusses über EuHBs vor, dass in Ausnahmesituationen, wenn ein Mitgliedsstaat die in Artikel 17 vorgegebenen Fristen nicht einhalten kann, er Eurojust darüber informieren und die Gründe für die Verzögerung nennen soll. 2014 wurden 123 Verstöße gegen Fristen bei Eurojust registriert. Sechs dieser Fälle erforderten zusätzliche Maßnahmen. Dies war das sechste Jahr in Folge, in dem Irland die meisten Verstöße gemeldet hat. Weitere Fälle wurden von Tschechien, Spanien, Lettland, Bulgarien, Kroatien, und dem Vereinigten Königreich gemeldet.

Eurojust stellte einen *Report on Eurojust's casework in the field of the EAW* (Bericht über die Fallarbeit von Eurojust im Bereich des EuHB) über den Zeitraum von 2007-2013 zusammen. Der Bericht war an den Rat der Europäischen Union und die Europäische Kommission gerichtet und skizzierte die Rolle, die Eurojust auf dem Gebiet des EuHB sowohl auf operativer als auch auf strategischer Ebene spielt, sowie die praktischen und rechtlichen Probleme, die Eurojust bei der Umsetzung des EuHB ausgemacht hat, als da wären: Geltungsbereich und Inhalt von EuHBs, Gründe für Nichtanerkennung und Garantien, Übergabeverfahren und Auswirkungen von Übergaben (siehe Ratsdokument 10269/14).

Eurojust hat auch eine *Note on Notifications to Eurojust of breaches of time limits in the execution of EAWs* (Vermerk

Strategisches Seminar zum EuHB

Am 10. Juni organisierte Eurojust in Zusammenarbeit mit der griechischen Ratspräsidentschaft der EU ein strategisches Seminar mit dem Titel *The European Arrest Warrant: Which way forward?* (Der Europäische Haftbefehl: wie geht es weiter?) in Kombination mit der 7. Sitzung des beratenden Forums, die vom Generalstaatsanwalt Griechenlands mit Eurojust-Unterstützung ausgerichtet wurde. Ziel des Seminars war es, die Praktiker aus dem Justizbereich zum Meinungsaustausch über Probleme und bewährte Vorgehensweisen in Verbindung mit der Funktionsweise des EuHB zu ermutigen, unter Berücksichtigung der Rolle, die Eurojust bei der Erleichterung einer raschen Umsetzung und reibungslosen Operation des EuHB spielt. Teilnehmer aus allen Mitgliedsstaaten, EU-Einrichtungen und Eurojust nahmen an der kombinierten Veranstaltung teil.

Die Schlussfolgerungen der vier Workshops, die während des Seminars zum EuHB abgehalten wurden: *i)* Geltungsbereich und Inhalt des EuHB; *ii)* Gründe für Nichtanerkennung und Garantien; *iii)* Übergabeverfahren; und *iv)* Auswirkungen der Übergabe wurden während der Sitzung des beratenden Forums am 11. Juni vorgestellt und dienten als Basis für weitere Diskussionen der Mitglieder des beratenden Forums. Die allgemeinen Schlussfolgerungen der Mitglieder des beratenden Forums zum EuHB lauteten, dass *i)* der EuHB ein Vorzeigeeinstrument für den Bereich der Strafjustiz in der EU darstellt, zur Errichtung eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts beiträgt und als Beispiel für andere Instrumente gegenseitiger Anerkennung dienen sollte; und *ii)* trotz einer überwiegend

zur Benachrichtigung von Eurojust über Nichteinhaltung von Fristen bei der Vollstreckung von EuHBs) (Artikel 17(7) (erster Satz) des Rahmenbeschlusses über den EuHB) verfasst. Der Vermerk war an den Rat der Europäischen Union und die Europäische Kommission adressiert (siehe Ratsdokument 10270/14). Ausgehend von den Erfahrungen, die die nationalen Tische bei Eurojust mit Bezug auf die Benachrichtigungen über solche Nichteinhaltungen gemacht haben, wird im Vermerk auf die Dienstleistungen hingewiesen, die Eurojust auf operativer und strategischer Ebene anbietet, um Mitgliedsstaaten zur Einhaltung ihrer Verpflichtung zu ermutigen, Eurojust über solche Nichteinhaltungen und deren Gründe zu informieren. Weiterhin werden darin auch die Hauptprobleme hinsichtlich solcher Benachrichtigungen angesprochen.

positiven Bewertung des EuHB seine Funktionsweise noch weiter verbessert werden kann, und dass den in den Workshops angesprochenen Problemen besser durch „Soft-law“-Instrumente und die Entwicklung praktischer Werkzeuge als durch Gesetzesänderungen zu begegnen ist.

Im Hinblick auf die Rolle von Eurojust haben die Mitglieder des beratenden Forums gefolgert, dass Eurojust eine entscheidende Rolle bei der Umsetzung des EuHB gespielt hat und weiterhin spielen sollte, durch *i)* Förderung des gegenseitigen Verständnisses der Rechtssysteme der Mitgliedsstaaten und Erleichterung von Konsultationen zwischen den Mitgliedsstaaten; *ii)* Koordinierung und Bereitstellung von relevanten rechtlichen Informationen für nationale Behörden; und *iii)* Unterstützung bei der Übersetzung von EuHBs. Eine weitere Schlussfolgerung besagte, dass die Rolle von Eurojust als Zentrum für rechtliches und praktisches Fachwissen auf dem Gebiet des EuHB verstärkt werden sollte.

Eurojust hat zudem hilfreiche Instrumente entwickelt, die Praktikern bei komplexen EuHB-Fällen helfen können, z. B. die *Eurojust Guidelines for Deciding on Competing EAWs (Richtlinien für Entscheidungen über konkurrierende EuHBs)* (veröffentlicht im Eurojust-Jahresbericht 2004), und wird weiterhin aktuelle Informationen über europäisches Fallrecht, verfassungsrechtliche Fragen und wiederkehrende praktische Probleme im Zusammenhang mit der Umsetzung des EuHB bereitstellen.

Der Seminar-Bericht und die Schlussfolgerungen der 7. Sitzung des beratenden Forums wurden auf der Eurojust-Website veröffentlicht (siehe Ratsdokument 13581/14).

Fallbeispiel

Nach der Verhaftung erhielt Belgien einen weiteren EuHB, der von Luxemburg ausgestellt worden war. Dieser EuHB wurde im Rahmen von Ermittlungen wegen Drogenhandels 2013 und 2014 ausgestellt, bei denen es unter anderem um Heroin, Kokain und Cannabis ging. Der belgische Tisch bei Eurojust wurde um Unterstützung bei der Klärung der Frage ersucht, welchem der beiden konkurrierenden EuHBs in dieser Situation eine höhere Priorität zusteht, und es wurde ein Fall für Italien und Luxemburg eröffnet. Die Frage musste vor dem Hintergrund der Tatsache beantwortet werden, dass die Person, gegen die der italienische EuHB ausgestellt worden war, in Italien bereits verurteilt und das Urteil rechtskräftig war, und dass die luxemburgischen Behörden Grund zu der Annahme hatten, dass diese Person eine kriminelle Vereinigung zum Zweck des Drogenhandels leitete. Man ging davon aus, dass eine Nichtübergabe dieses Verdächtigen an Luxemburg für die Ermittlungen potentiell schädlich sein könnte und für die Feststellung der Rollen aller an der Organisation beteiligten Personen wichtig wäre.

Auf der Basis von Artikel 16 (2) des Rahmenbeschlusses über den EuHB wurde von Belgien ein formelles Ersuchen an Eurojust gerichtet. Eine Sitzung der zweiten Ebene wurde zwischen den Tischen Belgiens, Italiens und Luxemburgs abgehalten, und Eurojust wurde um Rat zur Frage nach der Priorität eines der beiden EuHBs ersucht. Die Rechtshilfe war dringender Natur, da der belgische Gerichtsbeschluss über den italienischen EuHB einige Tage nach dem Erhalt des Ersuchens fällig war, und so wurde eine Eurojust-Stellungnahme zu den konkurrierenden EuHBs rechtzeitig erteilt. Ausgehend von den Fakten des Falles empfahl Eurojust, dass die gesuchte Person zuerst an Luxemburg übergeben werden sollte. Danach könnte die gesuchte Person von Luxemburg an Italien, zwecks Abbüßung der Gefängnisstrafe auf der Basis von Artikel 28 des Rahmenbeschlusses zum EuHB, übergeben werden.

Sowohl das Gericht erster Instanz in Brüssel, als auch das Berufungsgericht gaben dem von den luxemburgischen Behörden ausgestellten EuHB den Vorrang. Eurojust leistete weitere Unterstützung in diesem Fall, indem es den italienischen EuHB an die Behörden in Luxemburg übermittelte, um sicherzustellen, dass die gesuchte Person von Luxemburg an Italien übergeben werden konnte.





Freezing & Confiscation Strategic Seminar, 11 December 2014





Die Verwaltung von Eurojust



Unterstützung der operativen und strategischen Arbeit

Die Verwaltung von Eurojust unterstützt die Arbeit des Kollegiums und des Verwaltungsrats. 2014 fanden 28 operative Sitzungen des Kollegiums und 10 Verwaltungsratssitzungen statt. Gegen Ende des Jahres zählte die Belegschaft von Eurojust etwa 260 Bedienstete.

Die nationalen Tische werden bei der Bearbeitung von Fällen und bei der Vorbereitung und Durchführung von Koordinierungstreffen und Koordinierungszentren unterstützt, und zwar u. a. durch Bereitstellung von vorläufigen Fallunterlagen, weiteren Fallunterlagen oder Analyseberichten, Koordinierungszentrum-Dokumenten, Analysen von Urteilen und Rechtsinformationen, Meinungen und Beratung über die Umsetzung von Instrumenten justizieller Zusammenarbeit. 2014 wurde auch Unterstützung beim Entwurf der ersten Kapitel des Verfahrenshandbuchs und der Richtlinien über Handbuchdateien geleistet, die vom Kollegium mit dem Ziel verabschiedet wurden, die internationale Praxis von Eurojust auf dem Gebiet der operativen Arbeit zu stärken und zu harmonisieren.

Ferner leistet die Verwaltung direkte Unterstützung bei der Durchführung strategischer Projekte von Eurojust, wie beispielsweise solcher, die die Eurojust-Arbeit bei Drogenhandelsfällen fördern oder auch des strategischen Projekts zum Menschenhandel. Die Verwaltung unterstützt das Kollegium bei der Planung, Konzeption und Durchführung der strategischen Seminare, Sitzungen und taktischen Sitzungen sowie bei den zwei Mal im Jahr stattfindenden Sitzungen des beratenden Forums. Unterstützung wird auch durch die Bereitstellung von kompetenter Beratung an EU-Interessengruppen und -Einrichtungen geleistet, auch im Hinblick auf den EU-Politikzyklus.

Ferner unterstützt die Verwaltung das Kollegium bei Aktivitäten zur Stärkung der Zusammenarbeit mit JI-Partnern, Drittstaaten und internationalen Organisationen. Unterstützung wird auch im Hinblick auf zukünftige Entwicklungen von Eurojust geleistet: 2014 unterstützte die Verwaltung das Kollegium mit der Beobachtung und Analyse laufender Verhandlungen zum Entwurf der Eurojust-, Europol- und EPPO-Verordnungen und mit der Vorbereitung damit verbundener Eurojust-Meinungen und -Beiträge.

Haushalt und Belegschaft

Der Haushalt von Eurojust für 2014 belief sich auf 33,6 Millionen Euro. Die finanzielle Entwicklung baute auf einem stetigen Aufwärtstrend auf, mit einer durchschnittlichen Ausführungsrate von 98,0 Prozent über die vergangenen vier Jahre. 2014 erreichte Eurojust eine Ausführungsrate des Haushalts von 99,8 Prozent. In Übereinstimmung mit der Auflage der Haushaltsbehörde, die Stellen um 5 Prozent zu kürzen, hat Eurojust vier vakante Stellen identifiziert, die für diesen Zweck 2014 benannt worden sind, gemäß der Strategie der Organisation, keine existierenden Arbeitsverträge zum Erreichen der Kürzungen zu kündigen.



Klaus Rackwitz, Administrative Director



Alfredo García Miravete, Operational Support



Mike Moulder, Budget, Finance & Procurement



Alinde Verhaag, Case Analysis



Jacques Vos, Corporate Services



Nikolaos Panagiotopoulos, Human Resources



Jon Broughton, Information Management



Catherine Deboyser, Legal Service



Diana Alonso Blas, Data Protection



Ulf Bergström, Press & PR



Carla Garcia Bello, College Secretariat



Ola Löfgren, EJN Secretariat



Matevž Pezdirc, Genocide Network Secretariat



Vincent Jamin, JI's Network Secretariat



Kollegium und Verwaltungsrat

Das Kollegium führte eine interne Bewertung der Umsetzung der 2013 verabschiedeten Maßnahmen zur Verbesserung der Effektivität und Effizienz seiner Arbeit durch. Die Bewertung fiel positiv aus: Die Anzahl der Plenarsitzungen des Kollegiums wurde reduziert und die den Verwaltungsratsangelegenheiten gewidmete Zeit deutlich verringert; die Planung der Aktivitäten des Kollegiums, die Verwendung von vorbereitenden Beratungsverfahren für die Genehmigung schriftlicher Meinungsäußerungen und der Gebrauch schriftlicher Entscheidungsverfahren wurden optimiert.

Das neue Gebäude von Eurojust

Mit dem Abschluss eines Vertrages über „Bau und Instandhaltung“ von 15 Jahren Laufzeit (plus 5 Jahre Verlängerung) machte die Arbeit am neuen Gebäude von Eurojust im Jahr 2014 Fortschritte. Im vierten Quartal konnte mit den ersten Arbeiten vor Ort begonnen werden und es wurde das Projekt zur Innenausstattung unter Beteiligung der gesamten Belegschaft von Eurojust gestartet.

Konsolidierter jährlicher Tätigkeitsbericht

Der konsolidierte jährliche Tätigkeitsbericht des Verwaltungsdirektors für 2014, der zur Zeit der Veröffentlichung dieses Berichts in Vorbereitung ist, enthält Detailinformationen über die von der Verwaltung erzielten Erfolge durch

die Umsetzung des operativen [Jahres-Arbeitsprogramms 2014](#) (auf der Eurojust-Website verfügbar), sowie der Management- und Steuerungssysteme von Eurojust, wobei der Schwerpunkt auf den Resultaten lag, die durch die Umsetzung der im Arbeitsprogramm geplanten Zielvorgaben und Aktivitäten erzielt wurden, sowie auf den dafür abgeordneten personellen und finanziellen Ressourcen.

Kommunikation nach außen

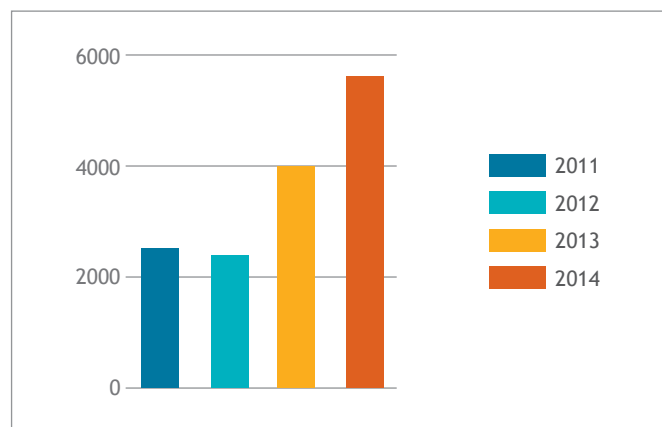
Eurojust führte einen neuen Kommunikationsansatz zur besseren Veröffentlichung seiner Aktivitäten ein, bei dem der Fokus auf sechs Bereichen liegt: (i) Unternehmenskommunikation und Corporate Identity, z. B. Markenbildung, Marketing und Positionierung; (ii) EU- und Außenbeziehungen; (iii) Erweiterung der Medienwirksamkeit und Berichterstattung in Europa; (iv) Stärkung der digitalen Kommunikation von Eurojust; (v) Publikationen, z. B. Studien, Berichte und Broschüren; und (vi) interne Kommunikation. Zum neuen Ansatz gehörte die Online-Platzierung zweier neuer Rubriken, *In Focus* und *Success Stories*, zur Bewerbung und Neuaufmachung wichtiger Schlüsselberichte über einen längeren Zeitraum hinweg. Eurojust veröffentlicht regelmäßige Pressemitteilungen über seine operative Arbeit, während über die andauernde nicht-operative Arbeit Nachrichtenartikel veröffentlicht werden. Um das Bewusstsein für diese Aktivitäten zu schärfen, wurde die Anzahl von Nachrichtenartikeln 2014 deutlich erhöht.

Zusätzlich dazu startete Eurojust Marketingseminare und Informationsveranstaltungen in den Mitgliedsstaaten. Die Marketingseminare sind mehr auf die Praxis ausgerichtet als die Informationsveranstaltungen, geben tieferen Einblick in die Fallarbeit von Eurojust und zeigen, wie Eurojust Praktiker unterstützen kann, während die Informationsveranstaltungen einen eher allgemeinen Überblick über die Arbeit von Eurojust bieten. Marketingseminare und Informationsveranstaltungen sind Teil der laufenden Eurojust-Initiative zur Hervorhebung der Arbeit von Eurojust, um Praktiker in den Mitgliedsstaaten auf den Wert und die Effektivität aufmerksam zu machen, die von Eurojust bei grenzüberschreitenden Fällen geboten wird.

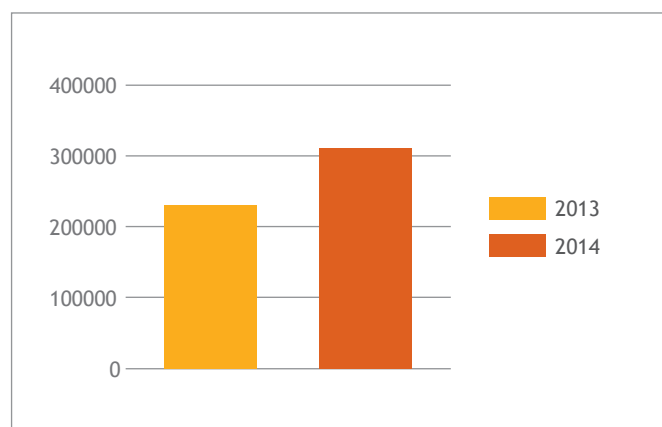
Ein starkes Profil fördert Vertrauen, Glaubwürdigkeit und Anerkennung und stellt eine Vorbedingung für die Beziehungen zu Interessengruppen, einschließlich der Praktiker, dar. 2014 wurden 5 619 Medienartikel veröffentlicht, in denen Eurojust erwähnt wurde. Im Jahr davor waren es 3 982 Artikel.

Im Verlauf des Jahres 2014 wurden von Eurojust strategische Berichte, *Eurojust News* und Unternehmensbroschüren herausgebracht. Die Publikationen von Eurojust sind auf der Website verfügbar.

Medienberichterstattung weltweit



Website-Besuche



Beispiel einer Eurojust-Publikation





Eurojust und Praktiker-Netzwerke



Eurojust nimmt die Sekretariatsaufgaben für das EJN, das JIT-Netzwerk und das Genozid-Netz wahr und erleichtert die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Tischen und den Netzwerken in deren gemeinsamem Kerngeschäft. In den Sekretariaten kommen Verwaltungsressourcen von Eurojust zur Erbringung der Dienstleistungen für die Netze zum Einsatz. Eurojust unterstützt auch die Aktivitäten des beratenden Forums.

6.1 Europäisches Justizielles Netz

Das **EJN** ist ein Netzwerk aus Kontaktstellen zur Erleichterung der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen, das 1998 gegründet wurde. Das Sekretariat wurde 2003 bei Eurojust eingerichtet.

Sitzungen 2014 fanden zwei Plenarsitzungen statt; im Juni in Athen zum EuHB und im November in Rom zur Zusammenarbeit mit Drittstaaten. Erstmals wurden die Plenarsitzungen direkt vom EJN-Sekretariat, in Zusammenarbeit mit den EU-Präsidentschaften und mit Unterstützung von Eurojust, organisiert. Ferner wurden regionale Sitzungen in Österreich, Finnland, Ungarn und Slowenien, und nationale Sitzungen in Belgien, Deutschland und Rumänien abgehalten, um die internationale justizielle Zusammenarbeit mit Bezug auf regionale und nationale Fragen zu erörtern und zu verbessern. Vertreter der beteiligten nationalen Tische nahmen an diesen Sitzungen teil.

Gemeinsames Papier von EJN und Eurojust Das EJN und Eurojust bestätigten das **gemeinsame Papier**, *Assistance in International Cooperation in Criminal Matters for Practitioners (Unterstützung bei internationaler Zusammenarbeit in Strafsachen für Praktiker)*, in dem die Dienstleistungen und Unterstützungsmaßnahmen für Praktiker in den Mitgliedsstaaten aufgeführt sind, die von EJN und Eurojust erbracht werden. Mit dem gemeinsamen Papier soll unter anderem sichergestellt werden, dass das EJN und Eurojust sich mit Fällen befassen, die in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich fallen. Das Papier wird in allen offiziellen EU-Sprachen verfügbar sein.

EJN-Dreierpräsidentschaft Der Mitgliedsstaat, der aktuell die EU-Präsidentschaft innehat, unterstützt von den beiden nachfolgenden EU-Präsidentschaften (die EJN-Dreierpräsidentschaft), arbeitet eng mit dem EJN-Sekretariat zusammen. Zur Stärkung der privilegierten Beziehung zwischen EJN und Eurojust trafen sich die EJN-Dreierpräsidentschaft und das EJN-Sekretariat im Dezember mit der Eurojust-Präsidentin und dem Verwaltungsdirektor zum Meinungsaustausch und zur Erörterung von gemeinsamen Interessensgebieten.

EJN-Website Es wird ein justizieller Atlas entwickelt, in dem alle zuständigen Behörden sowohl für Instrumente der gegenseitigen Anerkennung hinsichtlich justizieller Zusammenarbeit in Strafsachen, als auch für die traditionellen Rechtshilfeersuchen aufgeführt werden sollen.

Fortbildung Das EJN hat die fünfte Schulungseinheit zur englischen Sprache für die EJN-Kontaktstellen organisiert, um die Kenntnisse über die verschiedenen Rechtssysteme zu erweitern, grundlegende Sprachkenntnisse aufzubauen, engere Beziehungen zu knüpfen und zu pflegen und das gegenseitige Vertrauen zu stärken.

e-Justice Portal Die EJN-Website wird in das e-Justice Portal eingebunden, die zukünftige elektronische Schnittstelle im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts.

6.2 JIT-Netzwerk

Das **JIT-Netzwerk** ist ein Netz nationaler Kontaktstellen, das zur Förderung des Austauschs von Informationen und bewährten Vorgehensweisen zwischen den Mitgliedsstaaten zum Thema gemeinsamer Ermittlungsgruppen eingerichtet wurde. Es feierte sein 10-jähriges Bestehen im Jahr 2014. Das Sekretariat wurde im Januar 2011 bei Eurojust eingerichtet.

Jahrestagung Die 10. Jahrestagung der nationalen Experten von gemeinsamen Ermittlungsgruppen fand am 25. und 26. Juni statt. Der Schwerpunkt der Tagung lag auf den neuesten Entwicklungen bei JITs, wie beispielsweise die Entwicklung von JITs mit Drittstaaten.

Projekte Mehrere Projekte zur Stärkung der Unterstützung von JIT-Praktikern wurden initiiert, wie z. B. die *Fiches Espagnoles*, deren Ziel darin besteht, Zusammenfassungen nationaler Gesetze aus den Mitgliedsstaaten, die für die Einrichtung und Operation von JITs relevant sind, zu sammeln und Praktikern zur Verfügung zu stellen. Zur Sicherstellung der inhaltlichen Homogenität der *Fiches* wurde ein Standardformular entwickelt, und die ersten vier nationalen Zusammenfassungen der spanischen, bulgarischen, belgischen und schwedischen Gesetze wurden im Dezember über den zugangsbeschränkten Bereich des JIT-Netzwerks auf der Eurojust-Website veröffentlicht. Auf der 9. Jahrestagung wurde das Projekt des Bewertungsformblatts für JITs verabschiedet, um die Praktiker bei der Beurteilung der Leistung von JITs zu unterstützen. Eine interaktive Version des Formblatts wurde im April zur Verfügung gestellt. Die ersten Bewertungen wurden bereits empfangen und werden analysiert. Die Ziele dieses Projekts - das durch den Aufbau einer Datenbank unterstützt werden soll - bestehen darin, besseren Einblick in die Praxis von JITs auf EU-Ebene zu bieten und zur Gesamtbeurteilung dieses Instruments beizutragen.

Fortbildung Das JIT-Netzwerk spielt eine wichtige Rolle bei der Förderung von JITs sowie der Feststellung neuer Trends bei der JIT-Zusammenarbeit. Die Teilnahme an Fortbildungsmaßnahmen innerhalb und außerhalb der Europäischen Union basiert insbesondere auf den erfolgreichen Partnerschaften, die mit CEPOL und dem EJTN bestehen.

Zugangsbeschränkter Bereich des JIT-Netzwerks Beim zugangsbeschränkten Bereich des JIT-Netzwerks handelt es sich um eine Web-Plattform, die als einzelnes Repository für im Zusammenhang mit JITs stehenden Informationen

fungiert, insbesondere mit Bezug auf JIT-Gesetze und -Bewertungen. Er wurde 2014 generalüberholt, um seine Benutzerfreundlichkeit zu erhöhen und die Zugänglichkeit der Informationen zu verbessern.

JIT-Finanzierung Ein neues Verfahren zur [JIT-Finanzierung](#) wurde eingeführt, um die Effizienz der Bewilligungen für Praktiker zu erhöhen (z. B. durch Vereinfachung von Formularen, größere Flexibilität bei der Umsetzung der Zuerkennungen und Deckung der von Drittstaaten verursachten Kosten). Die Arbeiten an einem neuen Antragsformular, das automatische Kalkulationen und die Kontrolle von finanziellen Obergrenzen einschließt, wurden Ende 2014 abgeschlossen. Die Finanzierung von JIT-Aktivitäten wurde seit September 2013 aus den Haushaltsmitteln von Eurojust bestritten. Das Sekretariat des JIT-Netzwerks hat 146 neue Anträge empfangen und bearbeitet, womit das bedeutende Maß an Interesse seitens der Praktiker sowie die Nützlichkeit dieses Finanzierungsprogramms bestätigt wurden.

6.3 Genozid-Netz

Das [Genozid-Netz](#) wurde 2002 eingerichtet, um eine enge Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden bei Ermittlungen und Verfolgung dieser Straftaten sicherzustellen. Das Sekretariat des Genozid-Netzes wurde im Juli 2011 bei Eurojust eingerichtet.

Jahrestagungen Eurojust richtete die 16. und 17. Jahrestagung des Genozid-Netzes aus. Die Tagungen bieten Praktikern ein einzigartiges Forum zum Austausch von Informationen, bewährten Vorgehensweisen und Erfahrungen und damit zur Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterstützung bei Ermittlungen und Verfolgung von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen. Zu den Hauptthemen der Tagungen gehörten sexuelle und geschlechtsspezifische Straftaten, finanzielle Ermittlungen und Vermögensabschöpfung sowie die Implikationen des andauernden Konflikts in Syrien.

Strategiepapier Zur Stärkung der Ermittlung und Verfolgung von internationalen Straftaten veröffentlichte das Genozid-Netz das Strategiepapier [Strategy of the EU Genocide Network to combat impunity for the crime of genocide, crimes against humanity and war crimes within the European Union and its Member States](#) (Strategie des EU Genozid-Netzes für den Kampf gegen Straffreiheit bei Straftaten des Völkermords, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen innerhalb der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten), das auf der Eurojust-Website verfügbar ist. Die Strategie skizziert die Verknüpfung dieser Straftaten mit dem Gebiet der EU und erwähnt die Herausforderungen, denen sich Ermittler und Staatsanwälte wegen des spezifischen Kontextes, des Wesens und des Rechtsrahmens internationaler Straftaten gegenüber sehen. Ferner enthält das Dokument einen umfassenden Katalog an Maßnahmen, die EU-Einrichtungen und Mitgliedsstaaten umsetzen sollten, um nationale

Behörden dabei zu unterstützen, Straffreiheit zu bekämpfen, Straftäter zur Verantwortung zu ziehen und Opfern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Fortbildung Das Sekretariat des Genozid-Netzes hat, in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft, im Oktober ein zweites Seminar gehalten über die Rechte von Opfern schwerer internationaler Kriminalität in den Mitgliedsstaaten. Ziel des Seminars war es, bewährte Vorgehensweisen und Fachwissen an nationale Behörden über verschiedene Aspekte der Rechte von Opfern weiterzugeben, darunter das Recht auf Teilnahme, Schutz, Unterstützung und Entschädigung. Vertreter der nationalen Tische bei Eurojust nahmen am Seminar teil.

6.4 Beratendes Forum

2010 wurde das beratende Forum von Generalstaatsanwälten der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (das beratende Forum) eingerichtet, um die internationale justizielle Zusammenarbeit und gegenseitiges Vertrauen zu stärken, Erfahrungen auszutauschen und EU-Einrichtungen mit Expertenbeiträgen zur Entwicklung des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Recht zu versorgen. Eurojust setzte seine rechtliche, administrative und finanzielle Unterstützung der Tätigkeit des beratenden Forums fort.

Das [beratende Forum](#) hielt seine 7. und 8. Sitzung mit Unterstützung von Eurojust ab. Die Sitzung im Juni wurde unter griechischer EU-Präsidentschaft und in Kombination mit dem strategischen Seminar von Eurojust mit dem Titel *The European Arrest Warrant: Which way forward? (Der Europäische Haftbefehl: Wie geht es weiter?)* abgehalten. Das beratende Forum gelangte zu Schlussfolgerungen über rechtliche und praktische Lösungen, die zu Verbesserungen bei der Umsetzung des EuHB und beim Kampf gegen Korruption führten. Das [Ergebnis der Sitzung](#) sowie die [Schlussfolgerungen des beratenden Forums](#) sind auf der Eurojust-Website verfügbar und wurden an die zuständigen EU-Einrichtungen übermittelt, um zur Debatte auf EU-Ebene beizutragen (siehe Ratsdokument 13581/14).

Auf seiner Sitzung im Dezember unter italienischer Präsidentschaft erörterte das beratende Forum die Sicherstellung und Einziehung von Erträgen aus Straftaten und ging der Frage nach der Verbesserung gegenseitiger Anerkennung nach. Herausforderungen und bewährte Vorgehensweisen bei der Ermittlung und Verfolgung von Fällen mit Menschenhandel und illegalem Schmuggel von Einwanderern auf dem Seeweg wurden auch erörtert. Organisiert wurde diese Sitzung in Verbindung mit dem strategischen Seminar von Eurojust, [Towards Greater Cooperation in Freezing and Confiscation of the Proceeds of Crime: a Practitioners' Approach](#) (Wege zur intensiveren Zusammenarbeit bei der Sicherstellung und Einziehung von Erträgen aus Straftaten: ein Ansatz aus der Praxis). Das Ergebnis und die vom [beratenden Forum formulierten Schlussfolgerungen](#) werden den zuständigen EU-Einrichtungen Anfang 2015 übergeben.



Meetings of the Consultative Forum



Bewertung und Perspektiven
für die Zukunft

Thema

Sechste Runde gegenseitiger Bewertungen

Die Bewertungsbesuche (gestartet im Mai 2012) in den Mitgliedsstaaten, die im Rahmen der [*Sixth round of mutual evaluations on the practical implementation and operation of Council Decision 2002/187/JHA of 28 February 2002 setting up Eurojust with a view to reinforcing the fight against serious crime and of Council Decision 2008/976/JHA on the European Judicial Network in criminal matters*](#) (the Sixth Round) (Sechsten Runde gegenseitiger Bewertungen der praktischen Umsetzung und Operation des Ratsbeschlusses 2002/187/JI vom 28. Februar 2002 über die Errichtung von Eurojust zur Verstärkung des Kampfes gegen schwere Kriminalität und des Ratsbeschlusses 2008/976/JI über das Europäische Justizielle Netz in Strafsachen (die sechste Runde) wurden im Mai abgeschlossen. Die übrigen Berichte zu Mitgliedsstaaten wurden von der Arbeitsgruppe zu allgemeinen Fragen einschließlich der Bewertung (GENVAL) im November angenommen, und der [*Abschlussbericht der sechsten Runde*](#) wurde vom Rat der Europäischen Union am 17. Dezember akzeptiert. Das Kollegium setzte sich aktiv für die Umsetzung der an Eurojust ergangenen Empfehlungen ein und verabschiedete einen Aktionsplan samt Zeitrahmen für dessen Umsetzung auf der Basis vorgegebener Prioritäten. Vor dem Abschlussbericht wurden mehrere Aktionen vorgeschlagen, darunter auch die Vorbereitung für das 2. Treffen der nationalen Anlaufstellen für Eurojust (NCE).

Externe Bewertung der Umsetzung des Eurojust-Beschlusses

Artikel 41a des Eurojust-Beschlusses sieht vor, dass das Kollegium eine unabhängige externe Bewertung der Umsetzung des Eurojust-Beschlusses und der von Eurojust durchgeführten Tätigkeiten vor dem 4. Juni 2014 in Auftrag geben soll, die danach alle 5 Jahre wiederholt wird. Er sieht außerdem vor, dass jede Bewertung die Wirkung des Eurojust-Beschlusses beurteilen soll, sowie die Leistung von Eurojust hinsichtlich der Erreichung der im Eurojust-Beschluss formulierten Zielvorgaben, zusammen mit der Effektivität und Effizienz von Eurojust. Am 18. Februar 2014 gab das Kollegium, nach der Beratung durch die Kommission, spezifische

2. Sitzung der nationalen Anlaufstellen für Eurojust

Die 2. NCE-Sitzung fand am 27. November bei Eurojust statt. Die Teilnehmer tauschten ihre Erfahrungen und bewährte Vorgehensweisen hinsichtlich nationaler Richtlinien über die Aufteilung der Fälle zwischen Eurojust und EJN aus (siehe Abschnitt 6.1), erörterten die *Fiches Suédoises* und den Gebrauch des „intelligenten“ Formblatts gemäß Artikel 13 und brachten ihre Stellungnahmen hinsichtlich der von Eurojust zu leistenden Rückmeldung in Bezug auf Artikel 13a zum Ausdruck (siehe Abschnitt 1.3)..

Eurojust-Extranet

Das Eurojust-Extranet wurde anlässlich der NCE-Sitzung gestartet. Dabei handelt es sich um einen zugangsbeschränkten Bereich auf der Eurojust-Website, der eine Reihe von für die Arbeit von Praktikern relevanten Dokumenten enthält, darunter nationale Richtlinien zur Aufteilung von Fällen zwischen Eurojust und EJN, nationale Richtlinien zur Umsetzung des Artikels 13a des Eurojust-Beschlusses und die *Fiches Suédoises*.

Themenbereiche heraus.

Ein Lenkungsausschuss wurde im Januar 2014 durch einen Kollegiumsbeschluss gebildet. Der Lenkungsausschuss sollte dem Gutachter rechtzeitig Stellungnahmen zum Bewertungsbericht zukommen lassen und das Kollegium regelmäßig über die Fortschritte bei der Bewertung informieren. Der Lenkungsausschuss sollte ferner zur Qualitätsbeurteilung des abschließenden Bewertungsberichts auf der Basis von vorgegebenen Kriterien und unter Wahrung der Unabhängigkeit des Gutachters beitragen, den Bewertungsbericht dem Kollegium zur Diskussion vorlegen und einen Plan für die Verbreitung des abschließenden Bewertungsberichts ausarbeiten.

Am 22. September 2014 unterzeichnete Eurojust einen Vertrag mit Ernst and Young Accountants LLP als externen Gutachtern. Das Bewertungsprojekt besteht aus drei Phasen: Eröffnung, Datenerhebung und Analyse & Berichterstattung. Der erste Schritt des Bewertungsverfahrens wurde im Dezember 2014 mit der Annahme des abschließenden Eröffnungsberichts abgeschlossen.

Der nächste Schritt ist die Phase der Datenerhebung, die im Januar 2015 beginnen wird. Die letzte Phase soll gemäß Zeitplan im Juni 2015 abgeschlossen werden. Der abschließende Bewertungsbericht soll dem Europaparlament, dem Rat und der Kommission im Juli 2015 vorgelegt und veröffentlicht werden.

Mehrjährige Strategie von Eurojust

Eurojust veröffentlichte seinen [*mehnjährigen strategischen Aktionsplan*](#) (MASP) 2012-2014, um die Richtung darzulegen, die bei der Handhabung zukünftiger Herausforderungen eingeschlagen werden sollte. Im MASP wurden strategische Zielvorgaben formuliert, die durch die Umsetzung mehrjähriger strategischer Teilziele erreicht werden sollten. Diese strategischen Zielvorgaben waren mit den operativen Tätigkeiten in den operativen Jahres-Arbeitsprogrammen von Eurojust verknüpft, die ihrerseits die Basis für die Haushalts- und Ressourcenplanung darstellen. Der MASP gilt für

die Zeitperiode von 2012 bis 2014, doch das Kollegium beschloss, ihn auf 2015 auszuweiten. Das Dokument ist auf der Eurojust-Website verfügbar.

Am 13. Mai verabschiedete das Kollegium die neue [mehrjährige Strategie](#) (MAS) 2016-2018. Eurojust steht vor einer entscheidenden Phase seiner Entwicklung: der Verabschiedung einer Eurojust-Verordnung und der Einrichtung einer europäischen Staatsanwaltschaft. Die mehrjährige Strategie 2016-2018 gibt die Richtung vor, die Eurojust angesichts dieser Herausforderungen einschlagen wird und harmonisiert die Notwendigkeit der fortgesetzten Stärkung seiner operativen Kapazitäten mit der Anpassung an veränderte Umgebungsbedingungen. Der Text ist auf der Eurojust-Website verfügbar und unten zusammengefasst.

Eurojust-Verordnung

Gemäß Artikel 85 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) präsentierte die Kommission einen Vorschlag zu einer neuen Eurojust-Verordnung, mit dem Ziel, Eurojust zu stärken und seine Effektivität zu erhöhen. Die vorgeschlagene Eurojust-Verordnung unterliegt dem gewöhnlichen Gesetzgebungsverfahren.

Im April 2014 reichte das Kollegium einen schriftlichen Beitrag mit Bezug auf diese Verordnung bei der Arbeitsgruppe des Rates für Zusammenarbeit in Strafsachen (COPEN) ein, in dem Antworten auf die Frage der Präsidentschaft und

Meinungen und Beobachtungen von Eurojust zu wichtigen Aspekten des Vorschlages weitergegeben wurden.

Zu den behandelten Themen gehörten, *unter anderen*, die Aufgaben und Zuständigkeiten, operativen Funktionen, Status und Vollmachten von nationalen Mitgliedern, Struktur und Führung, Koordinierungsdauerdienst (KoDD), das nationale Eurojust-Koordinierungssystem (ENCS), Informationsaustausch, JITs, Datenschutz und die künftige Beziehung zur EPPO (*siehe* Ratsdokument 8488/14). Im Juni 2014 stellte Eurojust zusätzliche Informationen mit Bezug auf die Datenschutzregelung zur Verfügung (*siehe* Ratsdokument 10622/14).

Im Dezember 2014 verabschiedete der Rat eine „partielle allgemeine Ausrichtung“, die den gesamten Text des Verordnungsentwurfs umfasste, mit Ausnahme der Bestimmungen mit Bezug auf die EPPO, den Datenschutz und die Vertraulichkeits- und Geheimhaltungsregeln hinsichtlich der als Verschlusssache klassifizierten und nicht-klassifizierten sensiblen Informationen.

Die Konsequenzen des Artikels 86 der AEUV, der besagt, dass eine zukünftige EPPO „von Eurojust aus“ eingerichtet werden kann, werden weiter diskutiert. Die Reform wurde von der Kommission als „Paket“ vorgeschlagen: die Verordnung zur „Lissabonisierung“ von Eurojust auf der einen und die Einrichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft EPPO auf der anderen Seite.

Unsere Vision - wo will Eurojust hin?

Eurojust strebt danach, im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, die justizielle Zusammenarbeit, Koordinierung und gegenseitiges Vertrauen im Kampf gegen schwere organisierte grenzüberschreitende Kriminalität und Terrorismus in der Europäischen Union zu entwickeln und zu stärken und Respekt vor der Rechtsstaatlichkeit sicherzustellen.

Im Zeitraum 2016-2018 wird Eurojust drei strategische Hauptziele verfolgen:

Ziel 1 - Operative Arbeit

Eurojust wird seine Funktion als Zentrum operativer justizieller Unterstützung in der Europäischen Union wahrnehmen und proaktiv die Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen den zuständigen Behörden der Mitgliedsstaaten bei Fällen schwerer grenzüberschreitender Kriminalität fördern und erleichtern, indem es qualitativ hochwertige Dienstleistungen und Beratung gemäß den Bedürfnissen der Akteure anbietet und hervorragende operative Ergebnisse erzielt.

Ziel 2 – Strategische Arbeit

Eurojust wird seine Entwicklung als Zentrum des justiziellen und rechtlichen Fachwissens in der Europäischen Union fortsetzen und als solches anerkannt werden, und Akteure auf der Basis operativer Erfahrung in justizieller Zusammenarbeit in Strafsachen beraten.

Ziel 3 - Organisationsentwicklung

Eurojust wird seine Entwicklung als effektive, effiziente, in höchstem Maße professionelle, kundenorientierte und flexible Organisation fortsetzen und als solche anerkannt werden.

Weitere Vorgehensweise nach den Schlussfolgerungen des Rates

Am 2. Juni verabschiedete der JI-Rat Schlussfolgerungen zum zwölften Eurojust-Jahresbericht. Wie schon in den Jahren zuvor berichtet Eurojust über die Umsetzung dieser Schlussfolgerungen. Unten ist eine Tabelle abgebildet mit weiteren Infor-

mationen zu den Bereichen, in denen der Rat Empfehlungen eingebracht hat. Ferner befindet sich unten eine zweite Tabelle mit den in den Schlussfolgerungen hervorgehobenen Themen und den damit verbundenen Aktivitäten von Eurojust.

Empfehlungen des Rates	Weitere Vorgehensweise
Den Rat informieren über die beabsichtigten Ergebnisse der Abordnung von Verbindungsstaatsanwälten für die operative Arbeit von Eurojust und darüber, ob konkrete Pläne in dieser Hinsicht bestehen.	Gespräche über die Abordnung von Verbindungsstaatsanwälten an Drittstaaten - auch über Fragen des Haushalts - und die Vorbereitungen für die Einführung eines rechtlichen Rahmens werden fortgesetzt.
Die Effizienz des Fallbearbeitungssystems weiter erhöhen und die notwendigen technischen Voraussetzungen mit den relevanten Mitgliedsstaaten schaffen.	<i>Siehe Abschnitt 1.3.</i> Ende 2014 waren elf sichere Verbindungen eingerichtet und in Betrieb.
Die sich aus Artikel 13 und 14 ergebenden Verpflichtungen einhalten und die Arbeit an benutzerfreundlichen Methoden fortsetzen, um eine strukturierte Übermittlung von Informationen von den Mitgliedsstaaten an Eurojust zu ermöglichen.	<i>Siehe Abschnitt 1.3</i> Ende 2014 setzte Eurojust ein Verfahren zur Vereinfachung des Formblatts in Gang.
Den Rat über das Ergebnis der Bewertung des KoDD informieren.	Der KoDD ist ein Instrument, das nur in Notfällen oder Ausnahmefällen eingesetzt werden sollte. Außerhalb der normalen Bürozeiten sind die meisten nationalen Tische ohne Nutzung des KoDD direkt über ihre Mobiltelefone erreichbar. Das Ergebnis der sechsten Runde der gegenseitigen Bewertungen bestätigt die Eurojust-Einschätzung, nach der dieses Instrument flexibler gestaltet werden sollte. Eurojust hat die EU-Gesetzgeber auf diesen Umstand aufmerksam gemacht (<i>siehe</i> Ratsdokument 8488/14, S. 23-25). Die externe Bewertung von Eurojust gemäß Artikel 41a des Eurojust-Beschlusses, die den KoDD umfasst, dauert an.
Die Entwicklung von Langzeit-Traineeprogrammen in Zusammenarbeit mit dem EJTN fortsetzen und die Erweiterung ihres Umfangs erwägen.	<i>Siehe Abschnitt 2.2, Kästchen zu „Eurojust und Fortbildung“.</i> Das Langzeit-Austauschprogramm wurde positiv bewertet, eine Erweiterung um einen Monat wurde in Erwägung gezogen und die Kurzzeit-Studienbesuche werden 2015 wieder eingeführt.
Das beratende Forum soll die bestehenden Herausforderungen bei der Handhabung des Europäischen Haftbefehls oder der gegenseitigen Rechtshilfeersuchen angehen.	<i>Siehe Kapitel 4 Schwerpunkt des Jahres.</i> Die Sitzungen des beratenden Forums, die am 11. Juni und 12. Dezember stattfanden, befassten sich mit dem EuHB und Rechtshilfeersuchen.

Zu beachtende Punkte	Weitere Vorgehensweise
Sechste Runde der gegenseitigen Bewertungen der Umsetzung und Arbeitsweise der Eurojust- und EJM-Beschlüsse.	<i>Siehe Thema: Bewertung und Perspektiven für die Zukunft. Alle Ergebnisberichte wurden dem externen Gutachter zur Verfügung gestellt. (Art. 41a Eurojust-Beschluss).</i>
Zugangsbeschränkter Bereich im JIT-Netzwerk und das Projekt zur JIT-Bewertung.	<i>Siehe Abschnitt 1.4.</i>
Zusammenarbeit mit Europol und OLAF.	<i>Siehe Abschnitt 2.4.</i>
Teilnahme von Eurojust an EMPACT.	<i>Siehe Abschnitt 2.1.</i>
Strategisches Projekt zur Umweltkriminalität.	<i>Siehe Abschnitt 2.3.2.</i>

Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten

Die Anzahl der Anträge auf Zugang der Öffentlichkeit zu Eurojust-Dokumenten 2014 blieb stabil und betrug insgesamt fünfundzwanzig Erstanträge, von denen vierundzwanzig direkt von Eurojust empfangen wurden. In einem Fall wurde Eurojust als dritte Partei konsultiert, nachdem ein Antrag bei einer anderen europäischen Institution eingegangen war. Es gingen keine Zweitanträge im Jahr 2014 ein.

Zweiundzwanzig der fünfundzwanzig Anträge waren nicht fallbezogen. In sieben dieser zweiundzwanzig Fälle wurde der Zugang vollumfänglich gewährt. In einem Fall wurde der Zugang zum gewünschten Dokument verweigert, weil dessen Offenlegung den Schutz des öffentlichen Interesses unterlaufen hätte (Artikel 4(1)(a) des Beschlusses des Eurojust-Kollegiums zu den Vorschriften über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten von Eurojust von 2004, hier als „Vorschriften über den Zugang zu Dokumenten von Eurojust“ bezeichnet).

In einem anderen Fall wurde der Zugang zum gewünschten Dokument verweigert, weil die Kriterien gemäß Artikel 2 (1) der Vorschriften über den Zugang zu Dokumenten von Eurojust nicht erfüllt waren. In den verbleibenden drei Fällen waren entweder die gewünschten Dokumente nicht im Besitz von Eurojust (zwei Anträge) oder es wur-

den weitere Informationen benötigt, um das Dokument auffindig zu machen (ein Antrag). Im letzteren Fall wurde von Eurojust ein Ersuchen um Klärung (gemäß Artikel 6 (2) der Vorschriften über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten) übermittelt, auf das der Antragsteller jedoch nicht reagierte.

Im Hinblick auf die drei Anträge auf Zugang zu fallbezogenen Dokumenten waren die gewünschten Dokumente entweder nicht im Besitz von Eurojust (zwei Anträge) oder es wurde weitere Klärung zur Auffindung des Dokuments benötigt (ein Antrag). Im letzteren Fall wurde von Eurojust ein Ersuchen um Klärung (gemäß Artikel 6 (2) der Vorschriften über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten) übermittelt, auf das der Antragsteller jedoch nicht reagierte.

Eurojust hat auch ein neues [öffentliches Dokumentenverzeichnis erstellt](#), das über die Eurojust-Website zugänglich ist. Ende Dezember enthielt das öffentliche Verzeichnis mehr als 650 Dokumente von Eurojust. Sobald neue Dokumente verfügbar werden, wird das öffentliche Verzeichnis regelmäßig aktualisiert. Dadurch soll der Zugang zu Eurojust-Dokumenten für Bürger erleichtert, sowie die Transparenz und Verfügbarkeit von Informationen über die Tätigkeit von Eurojust erhöht werden.

Dank und Abschied

Wir danken **Mariana Ilieva Lilova**, ehemaliges nationales Mitglied für *Bulgarien*, **Annette Böriner**, ehemaliges nationales Mitglied für *Deutschland*, **Sylvie Petit-Leclair**, ehemaliges nationales Mitglied für *Frankreich*, **Robert Sheehan**, ehemaliges nationales Mitglied für *Irland*, **Francesco Lo Voi**, ehemaliges nationales Mitglied für *Italien*, und **João Manuel Da Silva Miguel**, ehemaliges nationales Mitglied für *Portugal*, für ihre Arbeit und ihren wertvollen Beitrag zu Eurojust.



© Eurojust, 2015

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf ohne schriftliche Einwilligung von Eurojust in irgendeiner Form und unabhängig von der Art und Weise oder den dafür eingesetzten Mitteln (elektronisch, mechanisch, durch Fotokopieren, Aufzeichnen, Speichern und Abrufen in Datenspeicherungsanlagen) vervielfältigt oder verarbeitet werden.

Wir bedanken uns bei allen Abteilungen für ihren Beitrag.

Design/DTP: Michèle Wilks-Speer

Fotos: Jakov Minić (Eurojust); Shutterstock.



EUROJUST

Maanweg 174, 2516 AB Den Haag, Nederlande

Tel.: +31 70 412 5000 - E-Mail: info@eurojust.europa.eu - Website: www.eurojust.europa.eu